

Preußische Allgemeine



Nr. 39 · 30. September 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Eskalation oder Endkampf?

Russlands Mobilmachung im Ukrainekrieg und die Frage, ob die moderne Welt in Ost und West einem solchen Szenario gewachsen ist **Seite 3**



Am Pranger Ungarns Regierung im Visier der EU-Kommission **Seite 2**



Schwierige Zeiten
Eindrücke aus Königsberg im Sommer 2022 **Seite 23**

VON KONRAD BADENHEUER

Trotz des Ukrainekriegs blieb bis in den August hinein die Lage der meisten Unternehmen noch ganz ordentlich. Das hat sich jäh geändert: Deutschland steht vor einer historischen Rezession. Der Index des Münchener ifo-Instituts für die Geschäftserwartungen stürzte zuletzt auf 75,2 Punkte ab. Unklar ist, ob der Bundesregierung der volle Ernst der Lage bewusst ist. Aber selbst wenn: Ein mittel- und langfristiges Konzept zur Lösung der Probleme hat sie erkennbar nicht.

Reihenweise drosseln derzeit Industriebetriebe ihre Produktion, weil die hohen Energiepreise ihre Aktivitäten unrentabel machen. Der Bund versucht, mit Rettungspaketen zu helfen. Die Sache ist eilig, aber die Regierungsparteien streiten lang und öffentlich über den richtigen Weg – Stichwort Gasumlage. Die diskutierten Lösungsansätze wirken allesamt hilflos, nicht zuletzt, weil die Industrie – anders als in der Corona-Krise – in ihrer ganzen Breite betroffen ist. Etwa 15 Prozent der Industriebetriebe erwägen Produktionskürzungen oder gleich die Stilllegung. Fast überall schmelzen die Erträge, Produktionsverlagerungen ins Ausland sind in den Chefetagen ein heißes Thema.

Der Staat fällt als Retter aus

Staatliche Hilfsprogramme, die die absehbare Insolvenzwelle abwenden könnten, wären kaum bezahlbar. Um allein die Strom- und Gaspreise für die Privathaushalte um nur einen Cent pro Kilowattstunde zu senken, müsste der Staat laut Bundesregierung 3,8 Milliarden Euro pro Jahr aufwenden. Für die bedrängte Industrie würde dies bei den aktuellen Energiepreisen wohl eher einen Bedarf von 100 als von 50 Milliarden Euro bedeuten.

Die Notlage der Unternehmen lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Eine rapide schrumpfende Kaufkraft der Verbraucher trifft auf massiv höhere Kosten

VOLKSWIRTSCHAFT

Deutschland steht am Beginn einer historischen Rezession

Während die Kaufkraft der Bürger schrumpft, steigen die Kosten der Erzeuger auf allen Ebenen – und dem Staat als vermeintlichem Retter geht die Luft aus

für Energie, Vorprodukte und zunehmend auch für Personal. Vor dieser Kombination hat die deutsche Wirtschaft noch nie gestanden. Die Konjunkturforscher haben deswegen zuletzt ihre Vorhersagen dramatisch korrigiert, etwa das ifo-Institut. Noch im Juni hatte es für 2023 einen Boom mit 3,7 Prozent realem Wachstum erwartet. Am 12. September nahm das Institut diese Prognose zurück auf minus 0,3 Prozent – was zwei Wochen später schon wieder viel zu optimistisch erscheint angesichts des eingangs erwähnten ifo-Indexes für die Geschäftserwartungen.

All das geschieht in einer Zeit, in der die EZB damit begonnen hat, ihre Niedrigzinspolitik zu beenden. Doch auch nach der Erhöhung Anfang September sind die Zinsen historisch niedrig und passen in keiner Weise zur rapiden Geldentwertung. Viele stöhnen jetzt über Zinsen für Baufinanzierungen von etwa 3,5 Prozent. Doch ist dieser Zinssatz bei einer Inflationsrate von acht Prozent immer noch niedrig, da ein Kreditnehmer real viel weniger zurückzahlen muss, als er aufgenommen hat. In den frühen 1980er Jahren kostete bei Inflationsraten um die sieben Prozent das Baugeld real etwa elf Prozent.

Solche Zinsen würden heute nicht nur die Bauwirtschaft in die Knie zwingen, sondern auch die hoch verschuldeten Staaten. Lässt die EZB die Zinsen jedoch auf Dauer tiefer als die Inflation, so bedeutet das eine anhaltende Enteignung der

Sparer und womöglich noch viele Jahre der Geldentwertung. Manche Experten rechnen vor, dass die EZB mit dem Geldmengenwachstum der letzten Jahre bereits eine Geldentwertung von 40 bis 70 Prozent sozusagen programmiert hat.

Rasende Geldentwertung

Zuletzt haben reihenweise Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Inflationsprognosen nach oben korrigiert, die EZB selbst sogar schon zum fünften Mal seit Frühjahr 2021. Sie alle nähern sich damit den von der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* seit Dezember 2021 mit klarer Begründung vorhergesagten Werten von 15 Prozent und mehr. Die Bundesbank erwartet demnächst Inflationsraten von über zehn Prozent, aber auch das erscheint optimistisch angesichts eines Anstiegs der Erzeugerpreise von zuletzt sage und schreibe 45,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Aber egal, wie schnell und wie weit die Zinsen steigen: Es zeichnet sich ab, dass die Notenbank mitten in einen Konjunktureinbruch hinein hart sanieren muss. Genau das sollte an sich nie geschehen, aber jetzt hat die EZB keine andere Wahl mehr.

Leider sind mit dieser Lagebeschreibung noch nicht einmal alle Probleme benannt worden, nur drei davon seien nachgetragen: Das Erste ist die demographische Entwicklung. Die absehbare „Mutter aller Krisen“ wird dadurch verschärft, dass gerade jetzt quer über alle Branchen Fach-

kräfte in Rente gehen, die oft nicht mehr ersetzt werden können. Das Zweite sind die größeren Lasten für die äußere Sicherheit. Das Dritte schließlich ist die begrenzte Kompetenz vieler Entscheidungsträger. Wirtschaftsminister Robert Habeck ist, höflich ausgedrückt, kein neuer Ludwig Erhard. Vor allem sein krampfhaftes Festhalten an der Stilllegung der letzten drei AKW mitten in einer akuten Energiekrise lässt an seiner Urteilskraft zweifeln.

Aus dem Innenministerium ist jetzt ein Papier durchgesickert, das vor einer Radikalisierung und vor gewalttamen Demonstrationen in den nächsten Monaten warnt. Angesichts der realen Lage erscheinen solche Warnungen begründet. Die innere Zerrissenheit des Landes könnte auch deswegen gravierende Ausmaße erreichen, weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch klare Fehlleistungen viel Glaubwürdigkeit verloren hat und Millionen Menschen nicht mehr erreicht.

Außerdem gibt es Hinweise, dass selbst mitten in einer absehbar schweren Wirtschaftskrise die Aktienkurse und auch die Immobilienpreise bald kräftig steigen könnten – bei den Geldanlegern liegen einfach zu große Summen herum und warten auf Anlage. Ein Börsenboom, während Millionen Normalverdiener ihre Stromrechnungen kaum mehr bezahlen können? Noch ist es nicht soweit, aber eines ist klar: Mit einer solchen Gemengelage war unser Land noch nie konfrontiert.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die deutsche Justiz unterschätzt das Risiko der IS-Rückkehrerinnen **Seite 4**

Kultur

Zu Besuch im serbischen Novi Sad – Europas Kulturhauptstadt 2022 **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Der Verein „Herder“ in Mohrungen feierte sein 30-jähriges Bestehen **Seite 13**

Reise

Temeswar. Porträt einer Stadt im Banat mit deutscher Geschichte – und Gegenwart **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Ungarn am europäischen Pranger

Berechtigte Kritik oder politisch motivierte Strafe für einen eigenständigen Weg? Unter großem medialen Echo eröffnete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen das Land an der Donau. Hintergründe zu einem besonderen Fall

VON BENCE BAUER

Die EU-Kommission geht in die Vollen und aktiviert den seit Anfang 2021 gelgenden neuen Rechtsstaatlichkeits-Konditionalitätsmechanismus erstmals gegen Ungarn. Dabei wird der Entzug von 7,5 Milliarden Euro an EU-Mitteln in Aussicht gestellt, sofern das Land keine Schritte gegen die von der EU-Kommission vorgebrachte angebliche Korruption unternimmt.

Begriffliche Unklarheiten

Nicht nur in Ungarn, auch in anderen Mitgliedsländern der Union erscheinen die weitverzweigten Mechanismen, Verfahren und Entschlüsse von EU-Gremien rätselhaft und wenig transparent. Daher ist es immer wieder wichtig, eine Differenzierung vorzunehmen, welches Organ welche Entscheidung trifft, inwiefern hierauf reagiert werden kann und was die konkreten Rechtsfolgen sowie etwaige finanzielle Konsequenzen sind. Besonders im Falle von Ungarn tut eine Unterscheidung dringend not.

Defizitverfahren

Überschreitet ein Land das Budgetdefizit von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so kann der Rat für Wirtschaft und Finanzen ein formales Verfahren mit Geldstrafen einleiten. Viele südeuropäische Länder konnten von der Sonderregelung profitieren, nach der in einer schweren Wirtschaftskrise keine Sanktionen drohen. Diese Schritte haben Kritikern zufolge insgesamt zu einer Aufweichung der Stabilitätskriterien geführt, sodass viele Länder dauerhaft gegen diese Vorlage verstößen.

Ungarn hingegen entwickelt sich gegen diesen Trend. Das früher schon in Gang gesetzte Defizitverfahren konnte durch solides Haushalten und gute Wirtschaftspolitik bereits im Jahre 2013 formal beendet werden. Damals anerkannte die EU-Kommission, dass Ungarn erfolgreich das Defizit zurückgefahren hatte. Im Bereich solides Haushalten sind die Länder Mittel- und Osteuropas vorbildlich und kaum von den sparsamen skandinavischen oder nordeuropäischen Ländern zu unterscheiden.

Vertragsverletzungsverfahren

Im Falle mangelnder Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht leitet die EU-Kommission sogenannte Vertragsverletzungsverfahren ein, etwa bei der PKW-Maut gegen Deutschland. Auch gegen Ungarn wurden bereits zahlreiche derartige Verfahren auf den Weg gebracht, zu Beginn des Jahres 2022 waren insgesamt 60 anhängig. Diese betreffen vor allem technische Angelegenheiten und in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbare oder diskutierte Detailfragen. Zum Vergleich: Gegen Deutschland waren zum selben Zeitpunkt 68 solche Verfahren eröffnet, insgesamt reicht die EU-weite Skala per 2022 von 31 (Dänemark) bis 106 (Spanien) Verfahren.

Ungarn bewegt sich somit im oberen Drittel und steht im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedern relativ gut dar. Trotzdem herrscht in der breiten europäischen Öffentlichkeit der Eindruck vor, als hätte das Land immer wieder gegen EU-Auflagen verstößen. Zur Wahrheit gehört auch, dass gerade aufgrund vieler vermeintlicher Mängel die Entscheidungen der ungarischen Regierung besonders streng überwacht werden. In fast allen solchen gegen Ungarn gerichteten Vertragsverletzungsverfahren konnten sich Regierung und Kommission einigen.

Artikel 7-Verfahren

Dieses 1998 eingeführte Rechtsinstrument soll die Verletzung der EU-Werte ahnden und kann im Extremfall den Stimmrechts-



Im Zentrum der Brüsseler Kritik: Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán

Foto: imago images / Belga

entzug des betreffenden Landes stipulieren. Erstmals eingeleitet wurde das Artikel 7-Verfahren seitens der EU-Kommission gegen Polen, dem Land wurde zum Vorwurf gemacht, das Justizsystem rechtsstaatwidrig umgestaltet zu haben.

Auch gegen Ungarn kam es bereits zur Eröffnung eines Artikel 7-Verfahrens, nämlich durch die Annahme des sogenannten Sargentini-Berichts im Europäischen Parlament (EP) im September 2018. Rechtsexperten weisen allerdings immer wieder darauf hin, dass Artikel 7-Verfahren des Europäischen Parlaments eindeutig einen stärkeren parteipolitischen Gehalt haben als derartige Entscheidungen der Kommission, die als Hüterin der Verträge nach rechtlichen Gesichtspunkten entscheidet. Jedenfalls beinhaltete der EP-Beschluss eine lange Liste von Vorwürfen an Ungarn – insgesamt eine fast lückenlose Ansammlung aller Bereiche, in denen es seit dem Amtsantritt der konservativen Regierung von Viktor Orbán Reformen gegeben hatte. Da der Bericht als Anklage konzipiert war, differenzierte er auch nicht danach, ob die zuvor teilweise von der Kommission beanstandeten Maßnahmen in der Zwischenzeit nicht etwa korrigiert worden waren, was bei den meisten zutraf.

Das Europäische Parlament auf Abwegen

In diese Kerbe schlugen viele politische Beobachter, die in den diversen Stellungnahmen gegen Ungarn wie den Tavares-Bericht von 2013, den Sargentini-Bericht von 2018 oder den Delbos-Corfield-Bericht von 2022 ein nach demselben Schema angelegtes politisches Unterfangen sahen, die von links-grünen-liberalen politischen Formationen ausgegangen, die die ungarische Regierung wegen ihrer konservativen Politik angriffen.

In der Tat sind die Wegmarken der Ungarn ein Gegenentwurf zur Identitätspolitik anderer EU-Nationen. Viele Maßnahmen unterliegen tatsächlich einer anderen politischen Beurteilung, wenn man Konservative oder beispielsweise Grüne und Linke fragt. Problematisch wird es, wenn Dogmen der Identitätspolitik zu angeblichen Werten der EU verklärt werden und Aktionen gegen Mitgliedsländer gestartet werden, die diesem Trend aus eigener Überzeugung nicht folgen. Dadurch ist das Europäische Parlament in den letzten Jahren zu einem Forum parteipolitischer europäischer Auseinandersetzungen geworden, in denen auch einzelne Politikfelder von Mitgliedsländern Gegenstand der Debatten werden.

Nach den Verteilungsplänen sollten Ungarn aus dem Finanztopf des Wiederaufbau- und Resilienzfonds etwa sieben Milliarden Euro zustehen, also etwa eine Milliarde pro Jahr im Finanzzeitraum 2021 bis 2027. Jedoch wurde der von Ungarn vorgelegte Wiederaufbauplan von der Europäischen Kommission bis dato nicht akzeptiert. Eine Einigung beim Wiederaufbaufonds muss bis Jahresende erfolgen. Insbesondere sollen nach Meinung der EU-Kommission Verbesserungen im System der öffentlichen Ausschreibungen erfolgen, bei Gesetzesvorhaben breitere gesellschaftliche Konsultationsmechanismen greifen und in Korruptionsentscheidungen der Staatsanwaltschaft sollte der Rechtsweg offenstehen. In all diesen Fragen ist sich die ungarische Regierung sicher, eine Einigung erzielen zu können.

Der Konditionalitätsmechanismus

Unmittelbar nach dem Sieg des konservativen Parteienbündnisses aus Fidesz und KDNP am 3. April 2022 gab EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel bekannt, den

Konditionalitätsmechanismus gegen Ungarn zur Anwendung bringen zu wollen. Der Mechanismus sieht die Streichung von EU-Mitteln vor, wenn einem Mitgliedsland schwere Versäumnisse im Umgang mit EU-Geldern nachgewiesen werden könnten, durch systematische oder einzelne Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit oder im Bereich der EU-Haushaltsführung.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht das öffentliche Vergabewesen des Landes. Damit kann die Kommission die Auszahlung des regular Ungarn zustehenden Geldbetrages aus dem ordentlichen Haushalt des Finanzrahmens 2021 bis 2027 blockieren. Der ungarischen Regierung wurde Zeit gegeben, bis November ein gutes Dutzend gesetzgeberischer Maßnahmen umzusetzen.

Anfang September beschloss die Budapester Regierung, die Einrichtung einer unabhängigen Korruptionsbekämpfungsbörde vorzutreiben und bis Mitte November einzurichten. Außerdem soll eine Task Force zur Korruptionsbekämpfung ins Leben gerufen werden, diese soll paritätisch mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren besetzt sein. Ebenso soll eine Kontrollbehörde zur Überprüfung des öffentlichen Vergabewesens gegründet werden. Nach Auskunft des ungarischen Generalstaatsanwalts leitet seine Behörde in allen vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) empfohlenen Fällen ein formales Verfahren ein.

Budapest handelt

Als erstes konkretes Gesetzesvorhaben wurde am 19. September 2022 die Drucksache Nr. T/1202 in die Ungarische Nationalversammlung eingebracht. Inhalt dieser ist eine Reihe von Einzelregelungen, um den Bedenken der EU-Kommission entgegenzukommen. Beispielsweise sollen die staatlichen Finanzbehörden offiziell Amtshilfe für OLAF leisten können. Ferner sollen Mitglieder der Kuratorien von öffentlichen Aufgaben erfüllenden Stiftungen im Falle von Unvereinbarkeitsfällen an der Entscheidungsfindung nicht teilnehmen. Außerdem werden einzelne Bestimmungen des Gesetzes über die öffentliche Vergabe geändert. Justizministerin Judit Varga zeigte sich zuversichtlich, auf alle Kritikpunkte der EU-Kommission im Zusammenhang mit dem Rechtsstaatlichkeits-Konditionalitätsmechanismus einzugehen und diesen offensiv und schnell zu begegnen. In der Vergangenheit wurden konkret formulierte Sachargumente seitens der Kommission von den ungarischen Entscheidungsträgern immer wieder zufriedenstellend adressiert.

Wie in der Vergangenheit ist auch jetzt davon auszugehen, dass die sachlich formulierten Anliegen der Europäischen Kommission bei den ungarischen Regierungsvertretern auf fruchtbaren Boden fallen und abgearbeitet werden. Diese haben immer wieder hervorgehoben, auf konkrete fachliche Be standungen positiv zu reagieren, wie auch bei früheren Einwänden. Schließlich geht es um den europäischen Rechtsrahmen, zu dem sich auch Ungarn unzweideutig bekannt hat.

Anders hingegen verhält es sich bei politisch motivierten Angriffen seitens einer gegnerischen Mehrheit im Europäischen Parlament. Diese werden in Ungarn kaum ernst genommen und motivieren die Ungarn vielmehr, sich in ihrer Politik nicht beirren zu lassen. Ungarn zeigt nämlich aller Welt, dass eine zeitgemäße dezidiert konservative Politik Erfolg haben kann. Die Angriffe gegen diesen Weg werden als Bedrohung der nationalen Souveränität aufgefasst, die den Ungarn aufgrund ihrer historischen Erfahrungen überaus wichtig ist.

● **Dr. Bence Bauer** ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts am Mathias Corvinus Collegium (MCC) in Budapest.
www.mcc.hu

Das Ende des Heroismus

Die russische Mobilmachung im Ukrainekrieg führte zur Flucht von hunderttausenden Männern und offenbart, dass nicht nur die Gesellschaften des Westens keine Lust mehr auf Kriege haben. Doch was folgt daraus für den Fortgang des Kriegs im Osten?

von HERFRIED MÜNKLER

Durch die jüngst verkündete und unmittelbar in Gang gesetzte Teilmobilmachung der russischen Streitkräfte hat Präsident Wladimir Putin die von ihm bislang verwendete, den Krieg als Krieg leugnende Formel von der „militärischen Spezialoperation“ selbst Lügen gestraft. Eine Mobilmachung gehört nun einmal zum Krieg, gleichgültig, ob sie nur einen Teil der Reservisten betrifft oder gleich als Generalmobilmachung alle Reservisten kampfbereit macht.

Mobilmachung heißt, dass eine Gesellschaft vom Frieden - auf den Kriegsfuß versetzt wird. Damit zieht der Krieg in den gesellschaftlichen Alltag ein, von der Organisation der Arbeitsabläufe, bei denen die zum Militär Eingezogenen ersetzt werden müssen, bis hin zur vorherrschenden Mentalität einer Gesellschaft. Das hatten Putin und seine Entourage eigentlich vermeiden wollen. Deswegen hatten sie die Verwendung des Wortes „Krieg“ in den Medien unter Strafe gestellt. Sie wollten einen Eroberungskrieg führen, ohne dass vom Krieg die Rede war: zunächst, um das völkerrechtliche Verbot der Führung eines Angriffskriegs zu unterlaufen, vor allem aber, um keine Besorgnis, keine Unruhe, keinen Widerspruch in Russland auftreten zu lassen.

Fliehende Russen

Das ist misslungen. Der Ansturm vieler russischer Männer auf Flugtickets, mit denen sie vorzugsweise in die Türkei gelangen wollten, die sich stauenden Autokolonnen an den Grenzen zu Finnland, nach Georgien und in die zentralasiatischen Republiken zeigen, dass der Krieg bei einem Teil derer, die nun damit rechnen müssen, an die Front geschickt zu werden, keineswegs auf begeisterte Zustimmung stößt. Das wird noch deutlicher werden, wenn die Gefallenenzahlen weiter ansteigen. Jetzt zeigt sich, dass keineswegs nur die liberalen Gesellschaften des Westens, sondern auch Russland, jedenfalls das Russland der größeren Städte, vor allem aber die russische Mittelschicht zu dem postheroischen Gesellschaften gehören, die auf die Kriegsgeschichte ihrer Länder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit Distanz und Ablehnung zurückblicken und diesen Rückblick unter die Parole des „Nie wieder!“ gestellt haben.

Der Konflikt zwischen politischer Propaganda und der Erfahrung des Krieges wird das propagandistische Gerede schnell in sich zusammenfallen lassen. Das Bittere daran ist, dass es in Russland der realen Kriegserfahrung bedurfte und bedarf, um die zuvor offenbar recht wirkmächtige Propaganda zu widerlegen. Das führt zur Beobachtung einer Paradoxie: die postheroische Mentalität eines Teils der russischen Bevölkerung ist erst durch den mutigen, tapferen, um nicht zu sagen: heroischen Widerstand der angegriffenen Ukrainer ins Spiel gekommen.

Die Diagnose des Postheroischen wird häufig missverstanden und mit der des *Unheroischen* verwechselt. Das ist falsch. Dass postheroische Gesellschaften auf spezifische Herausforderungen, wie etwa den Angriff einer überlegenen Macht, heroisch reagieren können, zeigt das Beispiel der Ukraine, die bis zum Beginn der russischen Pressionen und Angriffe ebenfalls eine postheroische Gesellschaft war. Postheroisch sind Gesellschaften dann, wenn sie eine notorisch defizitäre demografische Entwicklung haben und das religiöse Feuer, aus dem sich unbedingte Opferbereitschaft speist, in ihnen erloschen ist. Heroische Gemeinschaften und Gesellschaften befinden sich ständig im Modus der Kampfbereitschaft; es ist eine dauernde Anstrengung, sie ruhig und in Frieden zu halten. Postheroische Gesellschaften hingegen lassen sich nur mühsam



Keinen Bock auf Krieg: Dreißig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben auch die jungen Russen keine Lust mehr, für Moskaus Politik ihre Knochen zu Felde zu tragen. Das Bild zeigt zwei Männer Anfang der Woche an der Grenze zu Georgien, die versuchen, das Land zu verlassen
Foto: ddp images

und nur unter der Bedingung einer großen äußeren Bedrohung in Kampfbereitschaft versetzen. Aber wenn sie sich verteidigen müssen, wenn es um ihren Fortbestand, ums Überleben in der selbst und frei gewählten Existenzweise geht, sind sie sehr wohl zu heroischem Widerstand in der Lage.

Ob der Eintritt in einen solchen Prozess der Selbstheroisierung gelingt oder scheitert, hängt offenbar davon ab, ob eine Gesellschaft als Verteidiger oder Angreifer in den Krieg eintretet, ob sie durch die Aggression eines anderen in den Krieg hineingezwungen wird und sich verteidigt, um der zu bleiben, der sie ist, oder ob sie über einen anderen herfällt, um ihm einen Willen aufzuzwingen, der nicht der seine ist. Die Differenz zwischen Verteidiger und Angreifer scheint existentiell zu sein, sonst hätte die russische Propaganda nicht mit allen nur vorstellbaren Lügen versucht, Russland, den Angreifer, als Angegriffenen darzustellen. Das hatte sicherlich auch mit dem völkerrechtlichen Verbot des Angriffskrieges zu tun, aber mindestens ebenso dürfte die russische Selbstdarstellung damit zu tun gehabt haben, dass man den Kampfeswillen und die Opferbereitschaft der Bevölkerung auf diese Weise stimulieren wollte. Auch dieses Vorhaben kann mit der Entscheidung zur Teilmobilisierung als gefährdet angesehen werden, denn die Entsendung der jetzt Mobilisierten wird auch den bislang für die Propaganda Empfänglichen deutlich machen, dass Russland einen Eroberungskrieg führt.

Akte der Verzweiflung

Von westlichen Politikern ist jetzt zu hören, dass sie in der russischen Teilmobilmachung keinen Akt der militärischen Stärke sehen, sondern eher einen der Verzweiflung, bei dem man zu Mitteln mit erheblichem Selbstzerstörungsrisiko greift. Dass die Entwicklung der nächsten Monate in diese Richtung geht, ist nicht unwahrscheinlich, wenn drei Bedingungen erfüllt werden: dass die jetzt an die Front geschickten russischen Reservisten keine größere Kampfkraft entwickeln als die bisher eingesetzten Verbände aus Berufs- und Zeitsoldaten; sodann, dass die ukrainische Armee den zuletzt gezeigten Kampfeswillen beibehält und weiterhin so taktisch

flexibel und kreativ agiert wie in den Schlachten von Kiew und Charkiw; und vor allem, dass der Westen weiterhin in dem erforderlichen Umfang und der geforderten Qualität Waffen und Munition liefert, um sicherzustellen, dass die quantitative Überlegenheit der Russen an Soldaten und Material keine ausschlaggebende Relevanz erlangt. Es spricht manches dafür, dass alle drei Voraussetzungen eintreten.

Offenbar rechnet auch die russische Führung mit einer solchen Entwicklung, sonst hätte sie nicht die bislang mehrfach angekündigten und immer wieder verschobenen Referenden im Donbass in aller Eile durchführen lassen. Wobei klar ist, dass es sich hier nicht um freie Abstimmungen handelt, wie sie nur nach einem Abzug der russischen Truppen und unter Kontrolle der Vereinten Nationen hätten durchgeführt werden können. Es ging und geht darum, aus ukrainischem Staatsgebiet durch Scheinabstimmungen Territorium der Russischen Föderation zu machen. Würde man der Scheinlegitimation der angeblichen Referenden folgen, so wäre die ukrainische Armee bei der Rückeroberung des russisch besetzten ukrainischen Staatsgebiets nämlich mit einem Mal der Angreifer und die russischen Besatzer wären die Verteidiger.

Mit diesem gefälschten Rollentausch will die Führung im Kreml sich eine Reihe von Optionen eröffnen, unter anderem die Perspektive, dass die eigenen Truppen eine höhere Kampfmotivation entwickeln als bisher. Sie will sich weiterhin die Möglichkeit einer Heroisierung ihrer Bevölkerung mit dem Trick gefälschter Referenden erschleichen. Des Weiteren geht es darum, dem russischen Besatzungsregime so eine Legitimation zu verschaffen, die es den bislang Neutralen ermöglicht, offen eine prorussische Position zu beziehen, insofern die Annexion von Teilen des Donbass und der ukrainischen Schwarzmeerküste als Erfüllung des Mehrheitswillens der dortigen Bevölkerung anzusehen sei. Dass das gelingt, wird man bezweifeln dürfen, weil die Anerkennung eines solchen Vorgehens die Grenzen auch von Ländern in Frage stellen würde, die eigentlich die Nähe zu Russland suchen. Vor allem China dürfte damit ein Problem haben: Würde es die Refe-

Ob der Eintritt in einen Prozess

der Selbstheroisierung gelingt oder scheitert, hängt offenbar davon

ab, ob eine Gesellschaft als Verteidiger oder Angreifer in den Krieg eintritt, ob sie durch die Aggression eines anderen in den Krieg hineingezwungen wird und sich

verteidigt, um der zu bleiben, der sie ist, oder

ob sie über einen anderen herfällt, um ihm einen Willen aufzuzwingen, der nicht der seine ist

renden in der Ukraine anerkennen, müsste es auch ein auf Taiwan abgehaltenes Referendum zur Abspaltung von China anerkennen.

Eskalationsrisiken

Vor allem aber transportieren die Referenden ein unbekämpfbares Eskalationsrisiko, da die russische Nuklearstrategie vorsieht, dass beim Vorstoß gegnerischer Truppen auf russisches Gebiet, als welches nach der Referendumsktion ja die entsprechenden Oblaste gelten würden, Atomwaffen gegen die „Angreifer“ eingesetzt werden können. Man kann das in die lange Reihe der auf Einschüchterung abzielenden Drohungen des Kremls an die Adresse der Europäer einordnen, die deren militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine einschränken sollen, damit die quantitative Überlegenheit Russlands an der Donbass-Front zum Tragen kommen kann.

Im hier besprochenen Kontext der postheroischen Gesellschaft und des Heroisierungsdefizits in Russland drängt sich die Feststellung auf, dass Atomwaffen die mithin unheroischsten Waffen sind, die in der Geschichte des Krieges zum Einsatz gebracht worden sind. Die Permanenz, mit der vom Kreml die Atomwaffendrohung in immer neuen Varianten wiederholt wird, spricht dafür, dass Putin und seine Entourage um die Heroisierungsdefizite Russlands wissen und diese mit nuklearen Eskalationsdrohungen zu kompensieren suchen. Die Europäer aber sollten wissen, welche Lerneffekte ein Nachgeben gegenüber den russischen Drohungen haben würde: die Heraufkunft einer Welt, in der nukleare Erpressung an der Tagesordnung ist, weswegen alle möglichen Mächte, die jetzt an den Besitz von Atomwaffen noch nicht einmal denken, eilends bestrebt sein werden, sich solche zu beschaffen.

Prof. Dr. Herfried Münker war bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Büchern gehören „Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918“ (2013) und „Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma 1618–1648“ (2017, jeweils Rowohlt).
www.rowohlt.de

MELDUNGEN

„Suum cuique“ wird bleiben

Berlin – Die Feldjäger, also die Militärpolizei der Bundeswehr, werden auch künftig den Wahlspruch „Suum cuique“ (Jedem das Seine) auf dem Verbandsabzeichen und der Barettmütze tragen. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, hatte in einem Brief an Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) im Mai gefordert, die Lösung zu streichen, da er in seiner deutschen Übersetzung auch am Tor des KZ Buchenwald geprangt habe. Dieses Ansinnen hat das Bundesverteidigungsministerium nun zurückgewiesen. „Suum cuique“ wurzelt tief in einer bis in die Antike zurückreichenden Rechtstradition, die Verwendung bei der Bundeswehr gehe auf den von König Friedrich I. von Preußen im Jahre 1701 gestifteten Schwarzen Adlerorden zurück. „Die Feldjägertruppe knüpft damit unmittelbar an die ehrenvolle preußische Überlieferung an“, so der Sprecher des Verteidigungsministeriums. H.H.

Kliniken lassen Staat abblitzen

Berlin – Deutschlands Kliniken sind seit dem 17. September gesetzlich verpflichtet, regelmäßig tagesaktuelle Daten zur sogenannten Corona-Infektionslage zur Verfügung zu stellen. Sie weigern sich aber, dieser Forderung nachzukommen, obwohl bei Nichterfüllung ein Bußgeld von 25.000 Euro droht. Als Grund für den Widerstand gab die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) gegenüber Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) an, dass „Praxistauglichkeit und Umsetzbarkeit dieser Datenabfragen ... vielfach komplett ausgeblendet“ worden seien und auch die „inhaltliche Definition“ der Angaben unbestimmt sei. Über den Kurznachrichtendienst Twitter vermeldet die DKG: „Die Digitalisierung verschlafen und trotzdem nach Daten rufen. Die Krankenhäuser sind nicht in der Lage, die von der Politik geforderten Corona-Daten zu liefern. Wir werden alle Kliniken unterstützen, die in der Folge von Sanktionen betroffen sind.“ W.K.

Schon bei Siebenjährigen

Berlin – Die AG SPD-Queer Tempelhof-Schöneberg hat eine radikale Erweiterung des geplanten „Selbstbestimmungsgesetzes“ gefordert, mit dem die Ampelkoalition den Geschlechtswechsel ab der Vollendung des 14. Lebensjahrs erleichtern will. Die SPD-AG wünscht, dass schon siebenjährige Kinder – und auch gegen den Willen ihrer Eltern – ihr Geschlecht und ihren Vornamen auf dem Standesamt wechseln können. Der entsprechende SPD-Kreisverband schloss sich dem Antrag an. Für Aufregung sorgte ein Bericht der „Bild“-Zeitung, dem zufolge im Vorstand der SPD-AG der Soziologe Rüdiger Lautmann sitzt, der unter Pädophilie-Vorwurf steht. Sein Buch „Die Lust am Kind“ bezeichnete der „Spiegel“ als „Pädophilie verherrlichend“. Lautmann wies die Vorwürfe zurück. Unterstützung bekam der 86-jährige ehemalige Professor von der Pädophilienplattform „Krumme 13“. R.M.

TERRORABWEHR

Vor Rückkehrerinnen wird gewarnt

Deutsche Justiz scheint das von IS-Musliminnen ausgehende Sicherheitsrisiko zu unterschätzen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit 2011 reisten mehr als 1150 Personen aus Deutschland nach Syrien und in den Irak, um sich der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) anzuschließen. Rund ein Viertel davon waren Frauen. Viele von diesen sitzen nun in Gefängnissen und Lagern der kurdischen Selbstverwaltung oder in irakischem Haft, aber mindestens 90 IS-Anhängerinnen kehrten nach Deutschland zurück. Zunächst gingen die Justizbehörden davon aus, dass Frauen in der Terrormiliz keine wesentliche Rolle gespielt und somit auch keine schweren Straftaten begangen hätten. Das änderte sich aber ab 2018 mit der Aufdeckung mehrerer spektakulärer Einzelfälle.

So konnten Jennifer W. aus Niedersachsen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die religiöse Minderheit der Jesiden nachgewiesen werden, was zu einer Verurteilung zu zehn Jahren Haft führte. Ein weiteres Beispiel ist Jalta A. aus Bremen, die für Beihilfe zum Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Versklavung für fünfzehn Jahre ins Gefängnis musste.

Und dann wäre da noch Sarah O. aus Baden-Württemberg. Sie erhielt eine Jugendstrafe von sechseinhalb Jahren wegen sieben schwerer Delikte, darunter auch Freiheitsberaubung mit Todesfolge. Bis August dieses Jahres mussten sich insgesamt 26 deutsche IS-Rückkehrerinnen vor deutschen Gerichten verantworten, in 25 Fällen kam es zu Verurteilungen.

Über die genauen Einzelheiten gibt nun ein „CEP Policy Paper“ Auskunft. Das Counter Extremism Project ist eine gemeinnützige internationale Organisation zur Eindämmung der Gefahren durch extremistische Ideologien. Die Organisation beauftragte die Analystin ihres Berliner Büros Sofia Koller mit der Erarbeitung des Berichtes.

Milde Urteile für schwere Untaten

Laut diesem wurden 25 weibliche IS-Angehörige wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland beziehungsweise deren Unterstützung zur Rechenschaft gezogen, 15 wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, zehn wegen Kriegsverbrechen gegen das Eigentum und sonstige Rechte, acht

wegen Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht gegenüber den eigenen Kindern, sechs wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, fünf wegen Entziehung Minderjähriger, vier wegen Kriegsverbrechen gegen Personen, drei wegen Freiheitsberaubung sowie je eine wegen Beihilfe zum Völkermord, Beihilfe zum Mord und Fahrlässiger Tötung.

Das durchschnittliche Strafmaß hierfür lag indes nur bei drei Jahren und zehn Monaten. Das resultierte nicht zuletzt aus der komplizierten Beweislage. Diese führte auch zu langen Untersuchungshaftzeiten, die ebenso im Urteil berücksichtigt wurden wie die Zeiten, welche die IS-Rückkehrerinnen vor ihrer Rückkehr in irakischen oder syrischen Gefängnissen verbracht hatten.

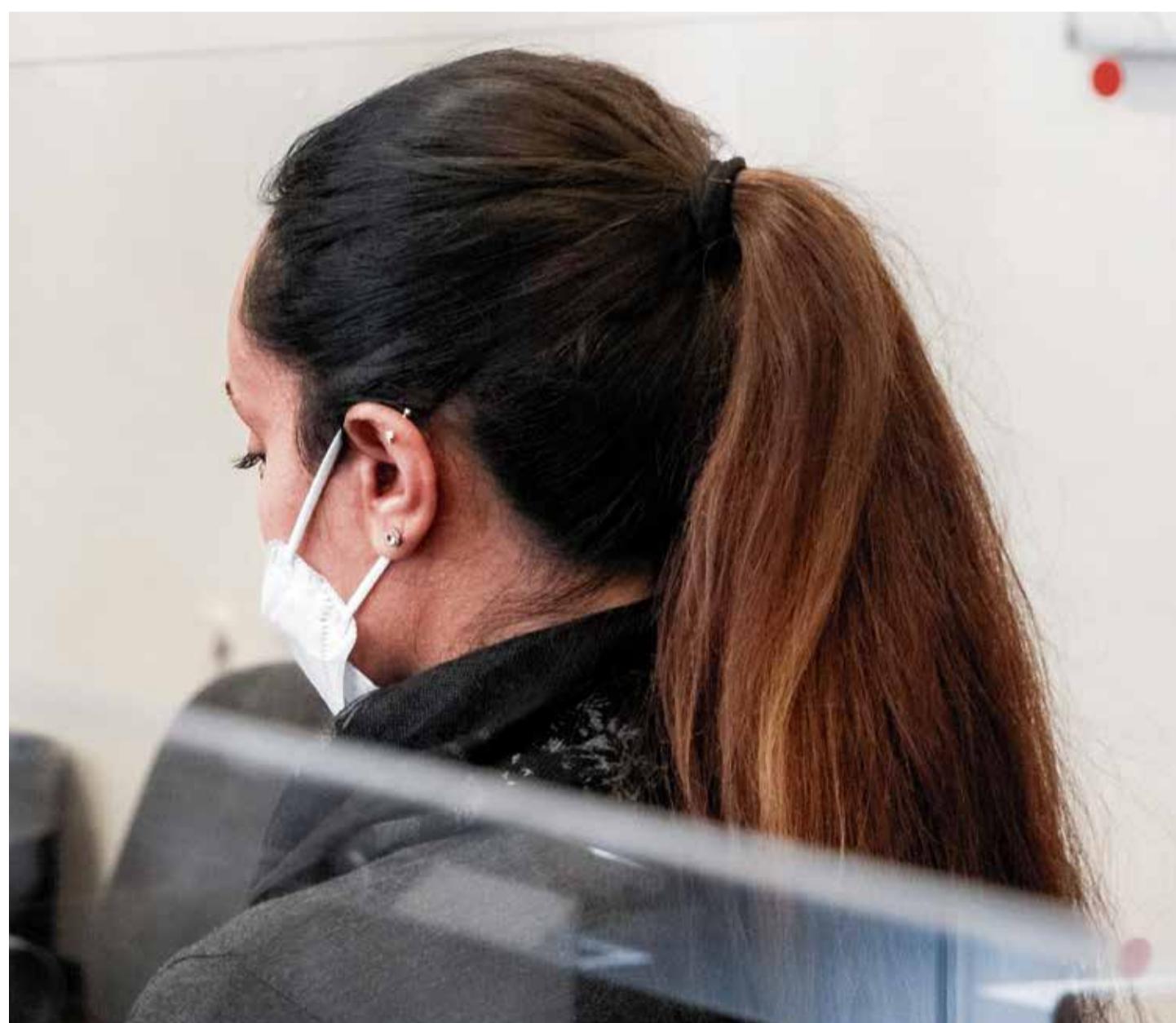
Als weiteren Grund unterstellt Koller der deutschen Justiz „gender-spezifische Vorurteile“. So traue sie den radikalen Musliminnen kaum zu, genauso gefährlich zu sein wie männliche Terroristen. Vielmehr würden sie als „naiv, passiv und Opfer der Entscheidungen ihrer Partner wahrgenommen“. Dabei gebe es viele deutliche Hinweise auf eine erhebliche Radikalisierung.

„Gender-spezifische Vorurteile“

Und tatsächlich dienten manche der Lebensgefährtinnen von IS-Kämpfern in der Hisba genannten religiösen Sittenpolizei der Terrormiliz. Carla-Josephine S. beispielsweise war Fahrerin bei der Khatiba Nusaybah, einer ausschließlich weiblichen Einheit der Hisba. Darüber hinaus wurden etliche der IS-Frauen im Umgang mit Waffen und Sprengstoffgürteln geschult.

Ebenso spricht deren Verhalten während der Inhaftierung im Irak oder Syrien Bände. Anstatt sich vom Islamischen Staat zu distanzieren, setzten sie dessen Verhaltensregeln in der Gefangenschaft durch und drangsalierten Mithäftlinge, die nicht mehr auf der Linie der Organisation lagen.

Aus all dem leitet Koller folgende dringende Empfehlung für die Justiz- und Sicherheitsbehörden in Deutschland ab: Deutsche Frauen, die „den IS auch jenseits von Haushaltführung und Kindererziehung in unterschiedlichen Rollen unterstützt haben“, müssten ohne Ausnahme als „Sicherheitsrisiko“ betrachtet und dementsprechend behandelt werden.



Als Angeklagte in einem Saal des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg: Die IS-Rückkehrerin Jalta A. aus Bremen Foto: pa

VORRATSDATEN

Wirklich „ein guter Tag für die Bürgerrechte“?

Vieldeutiges Urteil des Europäischen Gerichtshofs – Bei Datenspeicherung könnte alles beim Alten bleiben

Durch das Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten vom 17. Dezember 2015 wurde den deutschen Telekommunikationsanbietern auferlegt, ohne Anlass und auf Vorrat folgende Kundendaten zu speichern sowie auf richterliche Anordnung an die Strafverfolgungsbehörden oder Organe der Gefahrenabwehr herauszugeben: Standortdaten bei Telefonaten mit einem Mobiltelefon und mobiler Internetnutzung; Rufnummern, Zeit und Dauer aller Telefonate; Rufnummern, Sende- und Empfangszeit sämtlicher Text-Nachrichten sowie IP-Adressen aller Internetnutzer beziehungsweise Zeit und Dauer der Internetnutzung.

Die Reaktion hierauf waren zahlreiche Klagen und Verfassungsbeschwerden, darunter auch von Unternehmen wie der

Deutschen Telekom. Während das Bundesverfassungsgericht passiv blieb, entschieden das Verwaltungsgericht Köln und das Oberverwaltungsgericht Münster 2017/18, dass die Anbieter solche Kundendaten nicht zur Verfügung stellen müssen. Das anschließend angerufene Bundesverwaltungsgericht beschloss am 25. September 2019, die Angelegenheit zur endgültigen Klärung an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg zu übergeben. Und dieser kam vorletzten Dienstag zu einem Urteil.

Laut dem EuGH verstößt die deutsche Regelung zur verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung gegen EU-Recht. Die Verbindungs- und Standortdaten, welche gespeichert werden sollten, sind nach Ansicht der Luxemburger Richter dazu geeignet, hochpräzise Schlussfol-

gerungen über das Privatleben einer Person zu treffen, beispielsweise im Hinblick auf Gewohnheiten des täglichen Lebens und soziale Kontakte. Damit ließen sich Profile von Personen erstellen, und das liefte auf eine Verletzung von deren Grundrechten hinaus.

Die Entscheidung des EuGH wurde vielfach begrüßt. So meinte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP): „Ein guter Tag für die Bürgerrechte! Wir werden die anlasslose Vorratsdatenspeicherung nun zügig und endgültig aus dem Gesetz streichen.“

Das heißt aber keineswegs, dass der Staat nicht doch Schlupflöcher finden kann, um weiter Überwachungsmaßnahmen durchzuführen. Denn der EuGH erlaubt eine zeitlich befristete „allgemeine und unterschiedslose“ Speicherung der

fraglichen Daten „zum Schutz der nationalen Sicherheit, zur Bekämpfung schwerer Kriminalität und zur Verhütung schwerer Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit“. Außerdem erklärte er auch die anlasslose Vorratsdatenspeicherung der IP-Adressen für zulässig.

Damit stellt sich die Frage nach der Definition dessen, was als Gefahr für die öffentliche Sicherheit gilt. Dass staatliche Organe kreativ sein können, wenn es darum geht, diesbezügliche „Phänomenbereiche“ zu konstruieren, hat der Verfassungsschutz während der Corona-Pandemie bewiesen, als er die „Delegitimierung des Staates“ durch „Agitation“ zu einer Bedrohung der demokratischen Grundordnung erklärte. Und auch die Begriffe „nationale Sicherheit“ und „Verhütung“ sind juristisch äußerst dehnbar. W.K.

ENERGIEPOLITIK

Klima-, „Aktivisten“ zunehmend isoliert

Attacke auf Kraftwerk Jänschwalde löst heftige Reaktionen aus: Minister fordert „empfindliche Strafen“

VON NORMAN HANERT

Straßenblocken sogenannter Klimaschützer sind von vielen Politikern bislang meist zurückhaltend, mitunter auch mit Verständnis kommentiert worden. Doch inzwischen steckt Deutschland in einer massiven Energiekrise. Radikale Klima-„Aktivisten“ könnten mit einer Aktion im Kraftwerk Jänschwalde daher eine rote Linie überschritten haben.

Am frühen Morgen des 19. September waren „Aktivisten“ einer bisher noch nicht in Erscheinung getretenen Gruppierung „Unfreiwillige Feuerwehr“ auf das Gelände des Kohlekraftwerks vorgedrungen und hatten sich an Gleisen und Förderbändern gekettet. Die Folge war der Ausfall von zwei 500-Megawatt-Kraftwerksblöcken. Auf Twitter ist ein Video aufgetaucht, das einer der beteiligten „Klimaschützer“ während der Aktion aufgenommen hat.

Der kurze Film vom Gelände des Kraftwerks gibt einen interessanten Einblick in die Denkweise der grünen Extremisten. Der jugendlich wirkende Mann erklärt zunächst, dass vier Kohleförderbänder blockiert würden: „Hier hat sich eine Person oben, auf dem Förderband, angekettet. Andere Leute haben sich quasi da unten an diese Pfeiler drangemacht und liegen dabei unter dem Förderband.“ Weiter führt „Aktivist“, wie er sich nennt, in seiner Beschreibung aus: „Das ist massiv gefährlich. Da kann jederzeit was runterfallen.“ Die Verantwortung für die gefährliche Situation sieht „Aktivist“ dann aber beim Kraftwerksbetreiber: „Die schalten die Förderbänder wieder an, obwohl die Leute noch drunter liegen.“

„Kein Aktivist, sondern Verbrecher“

Abschließend befindet er: „Das ist ein absoluter fucking Skandal. Hier werden Menschenleben gefährdet. Das soll sofort aufhören, genauso wie diese beschissene weiße Wolke da oben.“ Vermutlich war dem „Klimaschützer“ dabei nicht bewusst, dass die „weiße Wolke“ lediglich aus harmlosem Wasserdampf aus den Kühltürmen des Kraftwerks Jänschwalde besteht.

Polizeikräfte hatten bereits am Vormittag begonnen, besetzte Kraftwerksbereiche wieder zu räumen. Allerdings konnte der Kraftwerksleiter Andreas Thiem erst am frühen Nachmittag ver-



„Angriff auf die Versorgungssicherheit“: Klima-Extremisten blockieren die Gleise zum Kohlekraftwerk Jänschwalde Foto: pa

künden: „Wir sind dabei, die Mindestlast wieder anzufahren.“ Davor war die Hälfte eines der größten deutschen Kraftwerke über Stunden außer Betrieb. Der Kraftwerksbetreiber Leag bezeichnete die Aktion dementsprechend auch als einen „Angriff auf die Versorgungssicherheit“. Nachdem Kraftwerk und Tagebau Jänschwalde bereits mehrmals Ziel von Aktionen radikaler Klima-„Aktivisten“ gewesen sind, war diese Bewertung durch den Energieversorger nicht überraschend.

Ungewöhnlich scharf fiel diesmal allerdings die Reaktion von der Landesregierung in Potsdam aus: Innenminister Michael Stübgen (CDU) sprach von einem „Sabotageakt in Jänschwalde“ und forderte „empfindliche Strafen“ für die Täter.

In einer Mitteilung zitierte das märkische Innenministerium Stübgen zudem mit den Worten: „Wer Ölleitungen sabotiert, provoziert Umweltkatastrophen, wer sich auf Autobahnen klebt, riskiert schwere Verkehrsunfälle, und wer Kraftwerke lahmlegt, spielt mit der Strom- und Wärmeversorgung von Krankenhäusern,

Schulen und tausenden Haushalten.“ Wer für seine Weltanschauung absichtlich andere in Gefahr bringe, sei kein Aktivist, sondern ein Verbrecher.

Die Staatsanwaltschaft Cottbus ermittelte wegen der Aktion in Jänschwalde unter anderem wegen Hausfriedensbruchs und Störung öffentlicher Betriebe. Dringend tatverdächtig sind nach Angaben der Staatsanwaltschaft 17 Personen. Das Amtsgericht Cottbus hatte gegen vier Aktivisten Untersuchungshaft angeordnet, nachdem diese Angaben zu ihrer Person verweigert hatten.

Vorbereitungen für den Ernstfall

Zeitgleich zur deutlichen Reaktion des märkischen Innenministers bereiten sich Kommunen und Städte in Brandenburg auf eine Mangellage bei der Energieversorgung und auf die Gefahr eines Stromausfalls vor. Die Landeshauptstadt Potsdam richtet für den Fall eines großflächigen Stromausfalls bereits mehrere Notfallhallen her, die den Bürgern als Anlaufstellen dienen sollen. Auch mit Kliniken

und Einrichtungen im Sozial- und Pflegebereich stimmt die Stadt derzeit Notfallpläne ab.

Der Berliner Senat scheint einen längeren großflächigen Stromausfall eher für unwahrscheinlich zu halten. Im Abgeordnetenhaus sagte Innenstaatssekretär Torsten Akmann (SPD), die Wahrscheinlichkeit eines mehrere Tage oder gar Wochen dauernden Ausfalls sei auch in der aktuellen Energiekrise „als sehr gering einzustufen“. Laut Akmann könnte es im schlimmsten Fall passieren, dass bei einer fehlenden Erdgasversorgung auch die Stromnetze an bestimmten Orten und für begrenzte Dauer abgeschaltet würden.

Trotz dieser eher optimistischen Einschätzung des Senats bereiten sich Polizei, Feuerwehr und andere Behörden der Hauptstadt inzwischen auch auf längere Stromausfälle vor. Akmann bestätigte, dass die Berliner Polizei derzeit Einsatzpläne entwickelt, um bei einem Stromausfall die öffentliche Sicherheit und den Schutz kritischer Infrastrukturen gewährleisten zu können.

● KOLUMNE

Neues vom Wahlskandal

von VERA LENGSFELD

Nach langer Verzögerung werden die zahllosen Pannen bei der Abgeordnetenhaus- und Bundestagswahl in Berlin endlich Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung sein. Bei den Sozialdemokraten, die sich in aktuellen Umfragen mit Platz drei hinter der CDU und den Grünen begnügen müssen, liegen deshalb die Nerven blank. Sie scheuen eine Neuwahl, auch eine partielle, wie der Teufel das Weihwasser. Drei Tage vor der Anhörung des Berliner Verfassungsgerichtshofes sorgen Aussagen von Parlamentspräsident Dennis Buchner (SPD) für Aufsehen. „Nicht alles, was passiert ist, ist aus meiner Sicht skandalisierungsfähig“, erklärte er der Presse. „In den allermeisten Fällen geht es einfach darum, dass der Wahlakt später beendet wurde. Und wenn man um 18 Uhr noch in der Schlange steht und dann noch wählen darf, dann ist das für mich etwas, was zu Unrecht skandalisiert wird.“

Das kann man als Versuch sehen, das Urteil des Gerichts zu beeinflussen, was Buchner natürlich bestreitet. Aber wie soll man seine weitere Einlassung werten, dass aus seiner Sicht einzige die Kriterien der Verhältnismäßigkeit und der Mandatsrelevanz maßgeblich für die Entscheidung des Gerichts sein sollten? Letztere sei bei den Zweitstimmen nicht, bei den Erststimmen „ganz wenig gegeben“. Da greift der Parlamentspräsident doch wohl der Beurteilung des Gerichts vor, betont aber gleichzeitig die Unabhängigkeit der Justiz, um von seinem skandalösen Verhalten abzulenken.

Wie es wirklich aussah, diese Informationen verdanken wir Marcel Luthe. Wer im Wahllokal wählt, wird im Wählerverzeichnis abgehakt. Vielerorts ist das nicht geschehen. So können Manipulationen wie diese kaum nachgewiesen werden: In einem Wahllokal gab es bei 395 Wählern erstaunliche 417 abgegebene Stimmen. Das soll nicht mandatsrelevant sein?

● MELDUNG

Fahrschüler müssen warten

Berlin – Fahrschüler müssen in der deutschen Hauptstadt derzeit bis zu vier Monate auf ihre praktische Prüfung warten. Nach Angaben des Vorsitzenden des Berliner Fahrlehrer-Verbands, Stephan Ackerschewski, ist die Lage prekär und spitzt sich immer mehr zu. Aus einer Antwort des Senats auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Johannes Kraft (CDU) geht hervor, dass die Prüfstellen nicht weniger Prüfungen anbieten. Laut Verkehrsverwaltung wurden bis Ende Juli dieses Jahres bereits rund 35.700 praktische Fahrerlaubnisprüfungen abgenommen. Im Jahr 2019, also vor der Corona-Pandemie, lag die Gesamtzahl der Prüfungen bei rund 63.300. Allerdings sind während der Lockdown-Zeiten keine praktischen Fahrerlaubnis-Prüfungen durchgeführt worden, sodass sich ein Nachholbedarf angestaut hat. Zudem ist das Interesse an Führerscheinen und einer vom öffentlichen Nahverkehr unabhängigen Mobilität nach wie vor groß. N.H.

WOHNUNGSNOT

Senat versucht die Bau-Wende

Eine konzertierte Kommission soll die Blockade beim Wohnungsbau brechen

In Berlin werden zu wenig Wohnungen gebaut. Obwohl der Senat immer wieder neue Zielzahlen veröffentlicht, werden diese Versprechungen nicht erreicht. Letztens sollten es 20.000 jedes Jahr sein. Nun hat die Landesregierung eine „Baukommission“ ernannt, die nach eigenem Bekunden den „Weg zum Bau von 10.000 neuen Wohnungen“ jährlich ebnen soll.

Real sinkt die Anzahl der in Berlin genehmigten Bauanträge, daraus resultiert die ebenfalls sinkende Anzahl der fertiggestellten Wohnhäuser. Dem steht eine wachsende Bevölkerung gegenüber. Aus den vergangenen Jahren waren zwar immer mehr Asylbewerber-Anträge abgelehnt worden. Da Berlin aber nicht abschieben will, blieben die abgelehnten Bewerber trotzdem in der Stadt. Dann

kamen noch Tausende Ukrainer hinzu. Wie groß ihre Zahl ist, weiß niemand.

Damit wächst der Druck auf den Wohnungsmarkt zusätzlich, doch das nötige Neubaumvolumen wird weit verfehlt. Die Wohnungsverbände machen dafür ein baufindliches Klima im Senat und in Teilen der Stadt sowie überlastete Ämter auf Bezirks- und Landesebene verantwortlich. Weitere Hemmnisse sind vielfältige Auflagen zum Umwelt- und Klimaschutz. Ein Beispiel dafür ist die neue Bauordnung, die unter anderem vorschreiben soll, dass alle Dächer mit einer Neigung von bis zu zehn Grad und neu bebaute Grundstücke zu mindestens 20 Prozent begrünt werden müssen.

Berlins Bausenator Andreas Geisel (SPD) will die Verordnung immerhin

noch nicht in den kommenden Monaten umsetzen, um die prekäre Lage am Wohnungsmarkt nicht weiter zu verschärfen. Die Situation sei heute eine andere als 2021, als die Verordnung beschlossen worden sei, so der Senator. Unter der Leitung der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) konstituierte sich zudem eine neue Kommission, die zunächst in den Bezirken Lichtenberg und Spandau Bauvorhaben durchgesetzt hat.

Geisel sieht die Lösung der meisten Schwierigkeiten darin, dass nun ressortübergreifend Entscheidungen herbeiführt werden. Der Bausenator klagt über mehrere Einzelfälle: „Drei Jahre ist dieses Vorhaben jetzt nicht bewegt worden wegen verschiedenster Probleme.“ Viele Bauvorhaben steckten fest im Dickicht

der Verwaltungen. Geisel will dagegen eine Kultur des „Ermöglichen“ etablieren. Und Giffey will Druck machen: „Auch angesichts der vielen Geflüchteten aus der Ukraine ist klar, dass der Neubau von Wohnungen absolute Priorität haben muss.“ Die Kommission werde „zügig Hürden und Hemmnisse bei unseren großen Bauvorhaben aus dem Weg räumen und Streitfragen auf höchster Ebene entscheiden ... Wir bringen die Dinge im Monatsrhythmus auf die Tagesordnung.“

Ärger indes droht aus der Umweltverwaltung: „Ab spätestens 2030 soll eine ‚Netto-Null-Versiegelung‘ erreicht werden“, fordert Umweltstaatssekretärin Silke Karcher (Grüne). Damit wären größere Neubauprojekte kaum umzusetzen.

Frank Bücker

● MELDUNGEN

EU-Hilfsgüter verschwunden

Straßburg – Von den humanitären Hilfsgütern im Wert von mehr als 360 Millionen Euro, die die EU zwischen März und August in die Ukraine geschickt hat, seien Waren im Wert von 342 Millionen Euro gestohlen worden. Das berichtet die zum Europarat gehörende und auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung aktive Staatengruppe Groupe d'États contre la Corruption (GRECO). Als Beispiel nennt GRECO die Oblast Saporischschja. Dort verschwanden in den letzten sechs Monaten 22 Schiffscontainer, 389 Eisenbahnwaggons und 220 Lastwagen mit Hilfslieferungen aus der EU. Wie die britische Zeitung „The Daily Telegraph“ parallel meldete, erreichten auch Medikamente und andere dringend benötigte medizinische Güter ihren Bestimmungsort nicht und tauchten dann später auf dem Schwarzen Markt auf. Parallel zum Bekanntwerden dieses Ausmaßes an Korruption verkündete die Ukraine, sie benötige 350 Milliarden Euro Wiederaufbauhilfe. W.K.

„Polen muss beheizt werden“

Warschau – Angesichts gestiegener Energiekosten und Knappheit bei Kohle wird in Polen in privaten Haushalten zunehmend Hausmüll in Öfen verbrannt. Wie der Rundfunk Berlin Brandenburg berichtet, ist der Preis für Kohle in Polen im Vergleich zum Vorjahr um das Dreifache gestiegen. Weil aus Russland keine Kohle mehr importiert wird, ist das Brennmaterial inzwischen so knapp, dass sich vor heimischen Kohlegruben und Verkaufsstellen kilometerlange Warteschlangen von Kaufwilligen bilden. Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende der Regierungspartei PiS, hatte im September öffentlich erklärt: „Man muss jetzt mit allem heizen, nur nicht mit Reifen und solchen Sachen. Polen muss nun mal beheizt werden.“ Laut einer Umfrage des polnischen Umweltministeriums ist in fast jeder siebten polnischen Gemeinde mittlerweile der Umfang des eingesammelten Mülls zurückgegangen. N.H.

„Agentin“ Alla Pugatschowa

Moskau – Die seit Sowjetzeiten berühmte russische Diva Alla Pugatschowa, die als Sängerin und Liedermacherin auch im Westen bekannt wurde, hat in den sozialen Netzwerken mit einer Ankündigung für Furore gesorgt: Sie wolle den Status eines „ausländischen Agenten“ beantragen aus Solidarität mit ihrem Ehemann Maxim Galkin. Der Komiker und TV-Moderator war auf die Schwarze Liste des Staates gesetzt worden, weil er Putins militärische Spezialoperation öffentlich als „Überfall auf die Ukraine“ bezeichnet hatte. Schon zu Beginn des Kriegs hatte er sich kritisch geäußert, weshalb das Ehepaar nach Israel ausgereist war. Die 73-jährige Pugatschowa kehrte im August nach Moskau zurück. Aufgrund ihrer Popularität wird sie kaum mit einer Verfolgung zu rechnen haben, da der Versuch, die Künstlerin mundtot zu machen, bereits Ende der 1980er Jahre scheiterte. Putins Sprecher Dmitrij Peskov sagte, er habe von Pugatschowa noch keine anti-russischen Äußerungen gehört. MRK

ISLAMISCHE WELT

Tapfere Musliminnen

Wie in Afghanistan und Kurdistan scheinen auch im Iran die Frauen mutiger zu sein als ihre Landsmänner

VON BODO BOST

Dass die Frauen in islamischen Ländern tapferer sind als die Männer hatten sie bereits im letzten Jahr in Afghanistan bewiesen, als die Männer vor den Taliban wegliefen und die Frauen gegen diese auf die Straße gingen. Auch haben die Kurden den Islamischen Staat in Syrien in großem Maße wegen ihrer tapferen Fraueneinheiten besiegt, welche die Gotteskrieger das Fürchten lehrten.

Diesmal ist der Gottesstaat Iran an der Reihe, der von einer Welle wachsender, von Frauen angeführter Demonstrationen überrollt wird. Wieder einmal antwortet

das Mullah-Regime auf die einzige Art und Weise, die es zu kennen scheint: mit Polizeigewalt.

Alles begann mit dem Tod der 22-jährigen Kurdin Mahsa Amini am 16. September in Teheran, drei Tage nachdem sie von der Sittenpolizei, der ominösen Gasht-e Ershad, verhaftet worden war. Der Grund war ein Kopftuch, das im iranischen Gottesstaat, der ganz auf den Prinzipien des Koran und dem Machterhalt der Mullahs beruht, Pflicht ist und das in einer Weise getragen wurde, die als unpassend empfunden wurde. Da keine Autopsie durchgeführt werden durfte, welche die Wahrheit über die Todesumstände hätte ans Licht bringen können, glaubt kaum noch

jemand den Unschuldbeteuerungen der Behörden. Hundertausende Iraner, vor allem weibliche und junge, gingen schließlich auf die Straßen, diesmal auch in „heiligen Städten“ wie Ghom. Dabei kamen Dutzende weitere Menschen ums Leben.

Frauen haben Status von Kindern

Besonders stark sind die Proteste im kurdischen Teil des Iran, aus dem Amini stammte. Videos zeigten, wie Frauen bei Kundgebungen mit entblößtem Kopf ihre Haare mit wütenden Scherenschnitten abschnitten, während andere unter Beifall ihre Schleier ins Feuer warfen. Die neuen Proteste sind stärker als die Unruhen, die

2019 durch eine Erhöhung der Treibstoffpreise ausgelöst wurden. Sie waren damals von den iranischen Behörden gnadenlos niedergeschlagen worden. Internationalen Menschenrechtsorganisationen zufolge waren seinerzeit innerhalb von drei Tagen mehr als 300 Menschen getötet worden.

Der seit 2021 amtierende ultrakonservative Präsident Ebrahim Raissi hatte im Juli „präventive Maßnahmen“ verkündet, um zu verhindern, dass „die Feinde des Iran und des Islams“ den „religiösen Werten und Grundlagen der Gesellschaft“ schaden könnten.

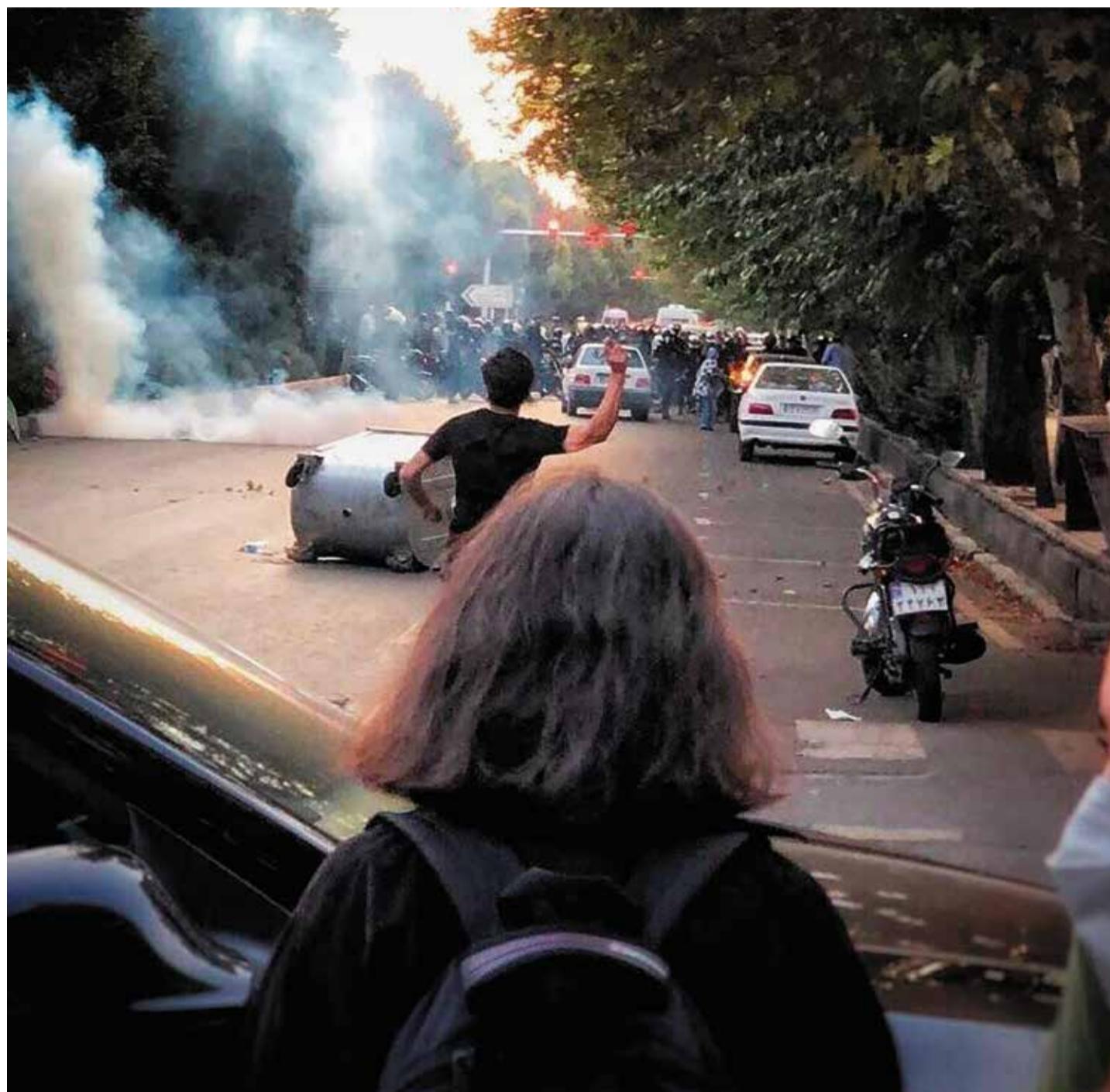
Nach dem strengen Islam, der im Gottesstaat Iran herrscht, haben Frauen vor Gericht und in der Gesellschaft in etwa die Stellung von Kindern, die einen männlichen Vormund und eine männliche Sittenpolizei zur Aufsicht brauchen. Frauen können im Iran nur noch durch Zwang und extreme Gewalt kontrolliert werden. Deshalb auch brannten bei den Demonstrationen Bilder von religiösen und militärischen Führern.

Verrat durch Politikerinnen

Die jetzige Gewalt gegen die Frauen, die auch im Iran die Hälfte der Gesellschaft stellen, ist ein brutaler Rückschritt nach der Milde, für die der letzte Präsident Hassan Rohani während seiner Amtszeit plädiert hatte. Dieser hatte 2018 der Religionspolizei ihre „Aggressivität“ vorgeworfen, die durch eine Videoaufnahme deutlich wurde, in der drei ihrer Mitglieder gewalttätig auf eine Frau losgegangen waren, die beschuldigt wurde, ihren Schleier nicht richtig zu tragen.

Im Stich gelassen werden die mutigen Frauen im Iran vor allem auch von den angeblich emanzipierten Frauenrechtlerinnen im Westen, die den Kampf der Frauen im Iran nicht unterstützen, weil dieser nicht ihrer Ideologie von „cancel culture“ entspricht und so für sie ein Kopftuch ein Zeichen der Emanzipation ist. Auch unterstützen westliche Politikerinnen die Politik radikal-islamischer Regime, wenn sie sich bei offiziellen Staatsbesuchen in den entsprechenden Ländern aus Opportunismus oder Bequemlichkeit Kopftücher umbinden.

Dass es auch anders geht, zeigt die CNN-Journalistin Christiane Amanpour, die sich aus Solidarität mit den verfolgten kopftuchlosen Frauen im Iran weigerte, für ein Interview mit dem iranischen Präsidenten am Rande der UN-Vollversammlung in New York ein Kopftuch anzuziehen, und lieber das Interview platzen ließ.



Frauen gehen im Iran aus Protest gegen den Tod der Kurdin Mahsa Amini in Polizeigewahrsam auf die Straße: Demonstration auf dem Teheraner Keshavarz Boulevard

Foto: imago/zuma wire

SOZ-GIPFEL

Die Luft wird dünner für Wladimir Putin

Russlands „strategische Partner“ China und Indien übten in Samarkand deutliche Kritik

Der Ukrainekrieg, die Teilmobilmachung und nun die Drohung mit Atomwaffen: Wladimir Putins Handeln kommt bei seinen „strategischen Partnern“ nicht gut an, wie vor Kurzem auf dem Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) im usbekischen Samarkand deutlich wurde.

Vor allem China und Indien kritisieren Putins Eskalation im Ukrainekrieg. Chinas Staatschef Xi Jinping forderte Russland und alle beteiligten Parteien zum Dialog auf, um den Konflikt zu beenden, und bot seine Vermittlung an. Putin räumte Verständnis für die Bedenken ein, gab jedoch der Ukraine die Schuld.

Für Moskau ist die „Strategische Partnerschaft“ mit China besonders wichtig. Gerät diese in Schieflage, bedroht dies Russlands Zukunft. China und Russland eint einerseits, dass sie ein politisches und wirtschaftliches Gegengewicht zu den USA und dem Westen bilden wollen, andererseits verfolgt China eigene Interessen, vor allem wirtschaftliche. Der Krieg hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft des Reichs der Mitte. Da die Ukraine für das Projekt der Neuen Seidenstraße, einer Handelsroute von China über Zentral- und Westasien nach Europa, eine Rolle spielt, unterhält Peking auch Beziehungen nach Kiew. Eine enge Zusammenarbeit mit Russland könnte zu Sekundärsanktionen des Westens führen, was Chinas Absatz in Europa gefährden dürfte.

Deutsche Kritik äußerte Indiens Premierminister Narendra Modi, der sagte, dass „die heutige Zeit keine Ära des Krieges“ sei. Empfindlicher noch dürfte den Kremlherrn die Kehrtwende Kasachstans in Richtung „neuer strategischer Maßstäbe“ treffen. In dem Versuch, sich von Russland unabhängig zu machen, erhielt der kasachische Präsident Kasym-Jomart Tokajew Rückendeckung aus China. Xi Jingping erklärte in Samarkand die Bereitschaft, Astana Garantien für die territoriale Integrität zu gewähren.

Innenpolitisch droht Putin Gefahr aus mehreren Richtungen. Alleingänge der Militärpolizei oder des Tschetschenen Ramsan Kadyrow würden zur Schwächung seiner Macht führen. Auch innerhalb der Eliten soll es Widersprüche geben. Erschwerend hinzukommt eine Rezession, die sich zu einer Depression ausweiten könnte. Misserfolge in der Ukraine sowie die Abkehr bisheriger Partner werden Auswirkungen auf die Gesellschaft und Wirtschaft haben. Die „Nesawissimaja gazeta“ betitelte einen Artikel mit „Der Druck auf Wladimir Putin wird immer größer“, in dem offen über die Ereignisse in Samarkand berichtet wird. M. Rosenthal-Kappi

VON WOLFGANG KAUFMANN

Lithium-Ionen-Akkumulatoren, wie sie beispielsweise in Elektroautos zum Einsatz kommen, haben zahlreiche Nachteile. So ist Lithium ein relativ seltener Rohstoff, dessen Förderung der Umwelt schadet. Außerdem sind die Batterien teuer und nicht sonderlich langlebig. Darüber hinaus enthalten sie einen brennbaren Elektrolyten, der insbesondere dann fatale Wirkung entfaltet, wenn es zu Kurzschlüssen kommt. Und die treten deutlich öfter auf als erwünscht, was aus der Bildung von Dendriten resultiert. Das sind schmale Spitzen aus Lithium, die sich während des Wechsels zwischen den Lade- und Entladevorgängen auf einer Elektrode aufbauen und schließlich bis zur Gegenelektrode hinüberwachsen.

Aus diesem Grunde beschloss der emeritierte Professor für Materialchemie am renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT) Donald Sadoway eine brauchbare Alternative zum Lithium-Ionen-Akku zu finden, was ihm auch gelang. Dabei wurde er von insgesamt 15 Forschern der Peking University, Yunnan University, Wuhan University of Technology, University of Louisville, University of Waterloo sowie dem MIT und dem Argonne National Laboratory in Illinois unterstützt. Über ihren Erfolg berichten die Wissenschaftler in einem Artikel in der Fachzeitschrift „Nature“.

Ein Non plus ultra der Stromspeicherung?

Darin werden zunächst die Hauptbestandteile des neuen Akkus genannt. Das sind Aluminium, Schwefel und Steinsalz, alles Materialien, die überall auf der Erde reichlich vorhanden und ohne Probleme zu gewinnen sind, womit die Hersteller nicht mehr auf die fragilen globalen Lieferketten oder dubiose Förderländer angewiesen wären und billig produzieren könnten. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegen die Kosten für einen Aluminium-Schwefel-Akku nur bei einem Sechstel vergleichbarer Modelle mit Lithium-Ionen-Technologie.

Doch das sind nicht die einzigen Vorteile der Erfindung von Sadoway und seinen Kollegen. So kann sich die zwischen den Elektroden aus Aluminium und Schwefel befindliche Elektrolytlösung aus geschmolzenen Salzen unter keinen Umständen entzünden. Das bewege Sadoway zu folgenden Worten: „Die Zutaten sind billig, und das Ding ist sicher.“

Darüber hinaus erlaubt die neue Akku-Konfiguration ein sehr schnelles Aufladen. Und die Batterie übersteht viele hundert Ladezyklen ohne Verschleißerscheinungen. Das liegt vor allem daran, dass die wegen ihres niedrigen Schmelzpunkts



Soll mithilfe von Aluminium-Schwefel-Akkus verhindert werden: Plötzlicher Brand eines mit herkömmlichen Lithium-Akkus betriebenen Elektrofahrzeugs wie hier ein Taxi in China

Foto: pa

ALUMINIUM-SCHWEFEL-AKKU „Die Zutaten sind billig, und das Ding ist sicher“

Ein emeritierter Professor gibt sich überzeugt, eine in vielerlei Hinsicht bessere Alternative zum Lithium-Ionen-Akkumulator entwickelt zu haben

tes ausgewählte Salzmischung die Bildung von Dendriten verhindert. Im Interview mit der MIT-Pressestelle teilte Sadoway hierzu mit: „Wir haben Experimente mit sehr hohen Laderaten durchgeführt, in weniger als einer Minute aufgeladen, und wir haben nie Zellen aufgrund von Dendritkurzschlüssen verloren.“ Zunächst sei es nur darum gegangen, Salze mit niedrigem Schmelzpunkt zu finden. Als „glücklicher Zufall“ habe sich dann noch die Resistenz gegen Dendritbildungen ergeben.

Um die neue Technologie marktreif zu machen, gründeten Sadoway und ein weiterer Batterieexperte namens Luis Ortiz die Firma Avanti, die nun auch die entsprechenden Patente hält. „Die erste Auf-

gabe für das Unternehmen besteht darin zu demonstrieren, dass es in großem Maßstab funktioniert“, sagte der ehemalige MIT-Professor. Dazu gehörten diverse Stresstests über eine Unzahl von Ladezyklen und unter ganz unterschiedlichen äußereren Bedingungen. Momentan lasse sich noch nicht sagen, wann der Aluminium-Schwefel-Akku im Alltag zum Einsatz kommen könnte.

Die Bewährung in der Praxis steht noch aus

Ungeachtet dessen hat Sadoway die Vision, dass seine Erfindung nicht nur dazu führt, dass Elektrofahrzeuge bessere Batterien erhalten. Außerdem soll sie auch deren Aufladen optimieren, wenn nicht

gar revolutionieren. Größere Aluminium-Schwefel-Akkus an den Ladestationen würden es ermöglichen, bei Bedarf mehrere E-Autos gleichzeitig in allerkürzester Zeit aufzuladen, und dass ohne die teure Installation neuer stärkerer Stromleitungen zur Versorgung der Ladestationen.

Abgesehen von Elektroautos schwelbt Sadoway auch vor, mit Großakkus Einfamilienhäuser oder kleinere Unternehmen zu versorgen, wenn Windräder oder Solarenergieanlagen witterungsbedingt keinen Strom erzeugen. Mit Lithium-Ionen-Batterien wäre dies aus Kostengründen kaum möglich, zumal das verfügbare Lithium nicht für den flächendeckenden Einsatz solcher Backup-Speichersysteme ausreichen würde.

SOZIALPOLITIK

Hubertus Heil wegen Bürgergeld in der Kritik

Liberale sowie der Deutsche Landkreistag und der Landkreistag Sachsen-Anhalts kritisieren „Fehlanreize“

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat vorgeschlagen, dass der Regelsatz für das neue Bürgergeld, das zum Jahreswechsel Hartz IV ablösen soll, für alleinstehende Erwachsene 502 Euro im Monat beträgt. Im Vergleich zum bisherigen Hartz-IV-Regelsatz würde dies einen Anstieg um mehr als 50 Euro bedeuten.

Sozialverbände hatten unter Hinweis auf die hohe Inflation eine Erhöhung um etwa 200 Euro gefordert. In die entgegengesetzte Richtung gehen Äußerungen aus den Reihen des liberalen Koalitionspartners von Heils SPD. So mahnte der FDP-Sozialpolitiker Jens Teutrine: „Eine Erhöhung der Regelsätze über die Inflationsanpassung hinaus wäre in Zeiten von Arbeits- und Fachkräftemangel allerdings das falsche Signal.“

Bereits im Sommer hatten die Liberalen gefordert, aus dem Bürgergeld dürfe kein bedingungsloses Grundeinkommen werden.

Ende August hatte bereits der Deutsche Landkreistag in einer Stellungnahme zum Referentenentwurf für das Bürgergeld-Gesetz vor „Fehlanreizen und systemischen Verwerfungen im Existenzsicherungsrecht“ gewarnt. Der Landkreistag verwies bei seiner Kritik auf die geplante Einführung eines unverbindlichen Kooperationsplans und einer sechsmonatigen Vertrauenszeit ohne Möglichkeit der Sanktionierung von Empfängern des Bürgergelds.

Aus Sicht des Landkreistags würden damit Arbeitsanreize systematisch reduziert: „Dies lässt sich gegenüber Erwerbs-

tägen in unteren Einkommensgruppen nicht mehr erklären.“

Der von Heil vorgelegte Gesetzentwurf sieht zudem auch vor, dass in den ersten zwei Jahren des Bezugs von Bürgergeld die Angemessenheit der Wohnunggröße zunächst keine Rolle spielen soll. Auch hier sieht der Deutsche Landkreistag die Gefahr von Fehlanreizen, die auch negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt haben können. Laut dem Landkreistag sei erfahrungsgemäß nämlich zu befürchten, dass die Mieten schnell nach oben gehen werden.

Vor Kurzem meldete sich auch der Landkreistag von Sachsen-Anhalt mit Kritik an den bisherigen Plänen des Bundesarbeitsministers zu Wort. Auch aus dem mitteldeutschen Bundesland heißt es, das

neue Bürgergeld schaffe „Fehlanreize“, weil es zu attraktiv sei.

Landkreistagsgeschäftsführer Heinrich Lothar Theel stellte zudem den Zeitplan zur Einführung des Bürgergeldes in Frage. Das bisherige Hartz IV soll nach den Vorstellungen von Heil bereits zum 1. Januar 2023 vom Bürgergeld abgelöst werden.

Theel wies gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) jedoch darauf hin, dass die deutschen Kommunen einen Vorlauf von mindestens sechs Monaten brauchen würden, um sich auf die Umstellung vorzubereiten. Es sei absurd, ein Bundesgesetz, das möglicherweise im November im Bundestag beschlossen werde, im Januar vor Ort umsetzen zu wollen, so Theel gegenüber der „Magdeburger Volksstimme“. Norman Hanert

MELDUNGEN

Goldene Handschläge

Wolfsburg – Wie das Wirtschaftsmagazin „Capital“ unter Berufung auf Geschäftsberichte der Volkswagen AG meldet, hat der Konzern in den letzten zehn Jahren um die einhundert Millionen Euro an Abfindungen an Vorstandsmitglieder gezahlt, die ihre Posten räumen mussten. Die höchste Summe erhielt dabei der bis April 2018 im Amt befindliche Vorstandsvorsitzende Matthias Müller. Als dieser das Unternehmen verließ, flossen 17,8 Millionen Euro. Knapp sieben Millionen Euro bekam die frühere Richterin am Bundesverfassungsgericht Christine Hohmann-Dennhardt, die ganze 13 Monate lang im Vorstand saß und für „Integrität und Recht“ verantwortlich zeichnete. Ebenfalls über eine Abfindung freuen konnte sich der wegen seiner mutmaßlichen Verwicklung in den Diesel-Abgasskandal angeklagte ehemalige VW-Chef Martin Winterkorn. Allerdings sollen die zunächst vorgesehenen 9,3 Millionen Euro später reduziert worden sein – wie weit, ist unbekannt. W.K.

Bau-Aufträge zurückgezogen

München – Laut einer Umfrage des ifo-Forschungsinstituts berichteten 11,6 Prozent der Wohnungsbauunternehmen in Deutschland, dass Bauherren Aufträge zurückgezogen hätten. Eine Umfrage im Vormonat hatte bereits ein ähnliches Bild ergeben. Als Gründe für die Stornierungen nennt das ifo-Institut den starken Anstieg der Material- und Energiepreise, höhere Zinsen und gekürzte staatliche Zuschüsse. 36,4 Prozent der befragten Unternehmen berichteten auch über Materialmangel. Nach Angaben des ifo-Wohnungsbauexperten Felix Leiss verfügen die Bauunternehmen derzeit noch über prall gefüllte Auftragsbücher, „aber mit Blick auf die künftige Entwicklung greift die Angst um sich“. Nach Angaben des ifo-Instituts planen viele Bauunternehmen weitere Preiserhöhungen. N.H.

„Das ist reine Symbolpolitik“

Innsbruck – Der Chef und Gründer der Firma MK Illumination, Klaus Mark, hat der Forderung der „Deutschen Umwelthilfe“, nur noch maximal einen Weihnachtsbaum pro Stadt zu beleuchten, entschieden widersprochen. MK Illumination ist Beleuchtungs-Weltmarktführer mit Sitz in Innsbruck. „Weihnachtsbeleuchtung auszuschalten ist reine Symbolpolitik, die keinem etwas nützt. Im Gegenteil: Sie schadet nur den Städten und den Menschen“, so Mark gegenüber der „Wirtschaftswoche“. Die festliche Beleuchtung verursache nur 0,0007 bis 0,001 Prozent des Stromverbrauchs einer Stadt. Die Lichter lockten aber Menschen in die urbanen Zentren und kurbelten so die Wirtschaft an. Außerdem lebe seine Branche von der Illumination. Allein MK Illumination beschäftigt weltweit rund 1000 Mitarbeiter. Viele Gemeinden seien durch die Debatte verunsichert. Wer aber eine professionelle Weihnachtsbeleuchtung für seine Stadt haben wolle, müsse sie jetzt bestellen, so Mark. H.H.

KOMMENTARE

Ideologischer Rundfunk

ROBERT MÜHLBAUER

Ein Fernseher, der Strom aus der Luft holt und Energie erzeugt? Die ARD-Korrespondentin aus Afrika war da einer ganz heißen Sache auf der Spur. Und die „Tagesschau“ brachte ihren Beitrag über den vermeintlichen Wunderfernseher des Erfinders aus Zimbabwe. In der Deutschen Welle durfte der „Erfinder“ jammern, Rassismus verhindere, dass sich seine Erfindung durchsetze. Es dauerte drei Tage, bis die ARD-„Tagesschau“ die Fake News verschämt korrigierte. Eigentlich nur eine Posse. Aber sie verweist auf tiefere Probleme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR), dessen Qualität nachlässt und der eine starke grün-linke Schlagseite hat.

Das ÖRR-System steht unter verschärfter Beobachtung, seit die Affären im Skandalsender RBB um die inzwischen gefeuerte Intendantin Patricia Schlesinger ans Tageslicht kamen. Deutschland leistet sich das teuerste öffentliche Rundfunksystem der Welt. Rund neun Milliarden Euro müssen die Bürger zusammen jedes Jahr für ARD, ZDF & Co. abdrücken. Laut einer neuen INSA-Umfrage fordern über 80 Prozent der Bundesbürger, die Zwangsbeiträge abzuschaffen. Der ÖRR leistet sich Doppel- und Dreifachstrukturen und zahlt Luxusrenten. Intendanten erhalten Traumgehälter von bis zu 413.000 Euro im Jahr. FDP-Chef Lindner moniert, die Intendantengehälter müssten gedeckelt werden. Die Rundfunkkommission der Länder hat, auf Druck der CDU, den Sendern nun aufgetragen, sie müssten sparsamer wirtschaften.

Das Allerschlimmste ist aber nicht die Fettsucht und Verschwendug im System, sondern die eklatante ideologische Schlagseite nach links. Ein großer Teil der ÖRR-Journalisten verbreitet ungeniert grün-rote Propaganda. Der Moderator Georg Restle vom WDR steht dafür exemplarisch. 92 Prozent der ÖRR-Nachwuchsredakteure wählen Grüne, Linkspartei oder SPD, ergab die Umfrage unter Volontären. Nachrichtensprecher wollen das Publikum mit „Gender-Sprache“ zwangsbeglücken. Es wäre höchste Zeit, den Augiasstall auszumisten.

Die EZB blufft

HANS HECKEL

In der Theorie ist alles klar: Um die Inflation wieder einzufangen, muss die Notenbank vor allem die Zinsen kräftig anheben. Anfang der 1980er Jahre hob der Chef der US-Fed, Paul Volcker, den Leitzins auf einen Wert, der um vier Prozentpunkte über der Teuerungsrate lag. Damit bekam er den US-Dollar wieder stabil. Andere Zentralbanken wie die Bundesbank folgten dem gleichen Kurs und besiegten die Inflation in ihren Ländern, sodass eine lange Zeit relativer Preisstabilität folgen konnte.

Bei einer Inflation von nahe zehn Prozent in der Euro-Zone müsste die EZB nach dem Vorbild Volckers ihren Leitzins also auf knapp 14 Prozent glatt verzehnfachen. Anfang der 80er Jahre löste der „Volcker-Schock“ eine weltweite Rezession aus. Ein EZB-Leitzins von 14 Prozent würde heute dagegen den Zusammenbruch ganzer Staaten und Volkswirtschaften in der Euro-Zone

heraufbeschwören, da deren Verschuldung in unserer Zeit um ein Vielfaches höher liegt als vor 40 Jahren.

Damit steckt die EZB in der Klemme ohne einen Ausweg, der nicht in die Katastrophe führt. Der anstehende Regierungswechsel in Italien hat die Lage eher noch weiter zugespitzt. Die siegreiche Georgia Meloni hat den Italienern umfangreiche staatliche Wohltaten versprochen, die nur bei weiterhin lockerer Geldpolitik finanziert werden können, also Zinsen weit unter der Teuerungsrate. Will die EZB nicht den Zwangsaustritt des drittgrößten Mitgliedstaates aus dem Euro riskieren, wird sie da mitspielen müssen.

Und da die Europäische Zentralbank – im krassen Kontrast zur alten Bundesbank – durchaus bereit ist, die Geldwertstabilität zugunsten politischer Ziele hintanzustellen, wird sie dies auch tun. Daher sind Ankündigungen der Zentralbank, sie wolle sich der Inflation „entgegenstemmen“, reiner Bluff.



Schreckte als Anführerin eines Mitte-Rechts-Bündnisses EU-weit das Establishment auf: Die Vorsitzende der Partei „Fratelli d’Italia“ und künftige italienische Ministerpräsidentin, Giorgia Meloni Foto: imago images/Independent Photo Agency Int.

LEITARTIKEL

Römisches Menetekel

RENÉ NEHRING

Die Aufregung war groß Anfang der Woche. Als in der Nacht zum Montag die ersten Prognosen für das Ergebnis der italienischen Parlamentswahl eintrudelten, schienen die Albträume zahlreicher europäischer Eliten und die Träume europäischer Populisten wahr zu werden. Seit den Morgenstunden des 26. September steht nun fest: Italien bekommt eine Mitte-Rechts-Regierung aus den Parteien „Fratelli d’Italia“ („Brüder Italiens“, unter der Führung von Giorgia Meloni), „Lega“ (geführt von Matteo Salvini) und „Forza Italia“ („Vorwärts Italien“, unter der Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi).

Vor allem das linke Spektrum des politischen Establishments in Berlin, Paris, Brüssel und anderen Hauptstädten zeigte sich am Montag erwartungsgemäß schockiert: Als „kein gutes Zeichen für Europa“ bezeichnete etwa die Grünen-Europaabgeordnete Alexandra Geese als eine von vielen Stimmen ihres Lagers das Ergebnis der Wahl.

Ganz anders zeigte sich Manfred Weber, Vorsitzender der konservativen EVP-Fraktion im EU-Parlament. Er war nicht nur im Vorfeld der Wahl nach Italien gereist, um Silvio Berlusconi offen zu unterstützen, sondern gratulierte ihm auch im Nachhinein zum Wahlerfolg und verteidigte die Schwesterpartei „Forza Italia“ als „eine zutiefst europäische Kraft“.

Brüsseler Drohungen

Dass diese Einschätzung nicht alle Christdemokraten teilen, zeigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) vor der Wahl während eines Auftritts an der Universität von Princeton. Auf die Frage einer Studentin, welche Befürchtungen sie mit einem rechten Wahlsieg verbinde, entgegnete sie: „Wenn sich die Dinge in eine schwierige Richtung entwickeln – ich habe von Ungarn und Polen gesprochen –, dann verfügen wir über Instrumente.“ Eine unverhohlene Drohung, die nicht nur ein zweifelhaftes Demokratieverständnis offenbart, sondern sehr wahrscheinlich auch Wasser auf die Mühlen des Wahlkampfes der seit Jahren gegen die als Fremdbestimmung empfundene Politik Brüssels wetternden Rechtsparteien war.

Von der Leyens Drohung ist nicht zu letzzt deshalb befremdlich, weil das Mitte-Rechts-Bündnis – unabhängig davon, wie man inhaltlich zu ihm stehen mag – anders als die Vorgängerregierungen der letzten Jahre über eine Mehrheit im italienischen Parlament verfügt. Dass es der Präsidentin der EU-Kommission offenkundig lieber ist, dass ihr genehmte Ministerpräsidenten ohne Rückhalt im Parlament regieren als eine von der Mehrheit der Wähler getragene, zeigt eine überaus fragwürdige Prioritätensetzung.

Der Weltuntergang fällt aus

Nun, da sich die erste Aufregung gelegt hat, ist es an der Zeit für ein paar abwägende Gedanken. Diese ergeben zum einen, dass sich mit der Wahl in Italien letztlich die Verhältnisse in der Europäischen Union kaum ändern werden; zum

Dass tatsächlich ein Umdenken einsetzen wird, darf indes bezweifelt werden

anderen jedoch, dass auch jene, die es gut mit der EU halten – vor allem das Brüsseler Establishment –, ihren Kurs der letzten Jahre überdenken sollten.

Wer sich die Zusammensetzung der künftigen Regierung in Rom ansieht, erkennt schnell, dass diese maßgeblich von den gleichen Kräften getragen wird wie in den 1990er Jahren das erste Kabinett Berlusconi. Lediglich die Reihenfolge war eine andere, und die „Fratelli d’Italia“ hießen damals noch „Alleanza Nazionale“. Die lodernde grün-weiß-rote Flamme des neofaschistischen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) tragen die „Fratelli“ freilich genauso wie damals die „Alleanza“.

Auch in den neunziger Jahren war der Aufschrei zunächst groß. Doch schon bald zeigte sich für die Kritiker des Mitte-Rechts-Bündnisses, dass Italien und die EU nicht untergingen – und für deren Anhänger, dass auch die Kräfte rechts der Mitte keine andere Republik herbeizubringen konnten.

Inzwischen sind die Spielräume für die italienische Politik noch enger, nicht

zuletzt aufgrund einer stetig gestiegenen Staatsverschuldung und der damit einhergehenden Abhängigkeit von EU-Geldern, beziehungsweise von der Notenpresse der EZB. Mögen insbesondere Meloni und Salvini auch gegen Brüssel, Frankfurt oder Berlin poltern, letztendlich wissen sie, dass ihr Land – anders als die Briten, die vor dem Brexit als Nettozahler auf eigenen Beinen standen – ohne die Union und ohne deren deutsche Beitragszahlungen kaum bestehen kann.

Gleichwohl sollten sich die Eliten in Brüssel und in den anderen europäischen Hauptstädten keineswegs zurücklehnen. Vielmehr bestätigt die Wahl der Italiener wie schon zuvor der Schweden, Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Franzosen etc. eine wachsende Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik der etablierten Kräfte in der EU. Anstatt – wie nun von der Leyen – den Bürgern zu drohen, wäre es höchste Zeit, deren Sorgen zu hören und ernst zu nehmen – sowie entsprechend zu handeln. Es ist geradezu erschreckend, wie selbstverständlich Spatenpolitiker die Wähler vor einer „falschen“ Stimmabgabe warnen – ohne die Frage zu diskutieren, warum die Bürger nicht mehr denjenigen Kräften vertrauen, bei denen sie jahrzehntelang zuvor ihr Kreuz gesetzt haben.

Mahnung an die EU-Eliten

Dass tatsächlich ein Umdenken einsetzen wird, darf indes bezweifelt werden. Erst vor wenigen Tagen veröffentlichte die EU-Kommission ein Papier, das ihr in künftigen Krisenfällen – die allein sie bestimmt – weitere Kompetenzen einräumen soll; bis hin zur Möglichkeit, Unternehmen vorschreiben zu können, was diese zu produzieren haben. Aus einem Staatenbund, der sich einst über „vier Freiheiten“ (die Freiheit des Personenverkehrs, des Warenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs sowie des Kapitalverkehrs) definierte, ist längst ein Gebilde mit dem Anspruch eines Superstaats geworden, der in immer weitere Bereiche des öffentlichen Lebens eingreift – und dennoch in Stunden der Bewährung regelmäßig versagt.

Mögen die Italiener auch keine Option auf einen Alleingang haben, so zeigt der Trend der letzten Wahlen in den EU-Ländern doch eindeutig eine wachsende Bereitschaft der Bürger, sich die Übergriffigkeit der Union nicht mehr länger gefallen zu lassen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit; Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseiten, Bildredaktion, Ostpreußen: Heide Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatbericht: Christiane Rinser-Schratt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuhmann. Es gilt Preiseiste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Kulturfestung an der Donau

Novi Sad in Serbien taucht als Europas Kulturhauptstadt 2022 mit einer Vielzahl an kreativen Impulsen aus der Deckung hervor

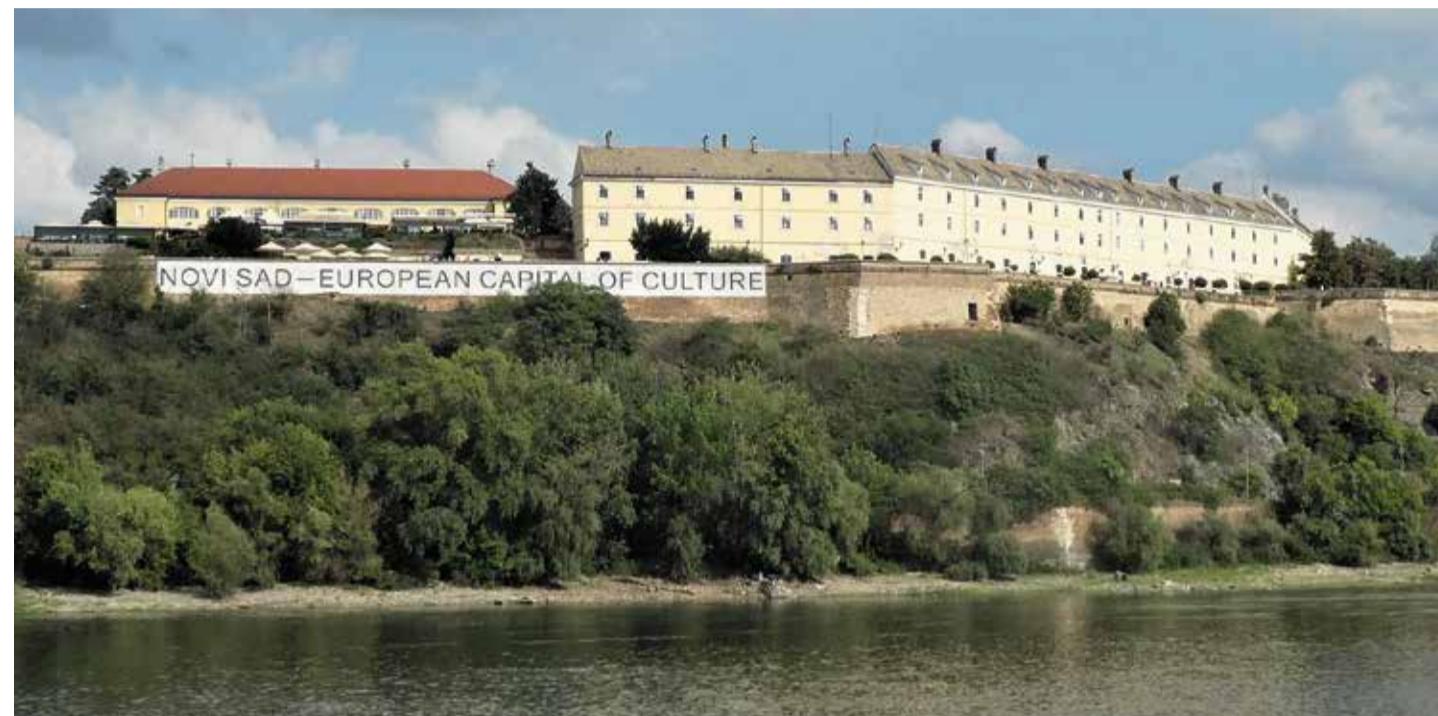
VON HELGA SCHNEHAGEN

Im Restaurant „Veliki“ in der Kürschnergasse liegt die DNA der Woiwodina auf dem Tisch. Die dekorative Papierunterlage unter dem Teller gibt mit vielen Beispielen einen lockeren Einblick in den multikulturellen und multinationalen Charakter von Serbiens nördlichster Provinz in der Pannonischen Tiefebene.

So erfährt man, dass es hier ein tschechisches Dorf gibt und mehrere ukrainische Dörfer, im 9. Jahrhundert der bulgarische Herzog Salan die Region beherrschte, 1690 die ersten Albaner zusammen mit Serben in die Woiwodina kamen, im 18. Jahrhundert Siedler aus dem Elsass und Lothringen mehrere Dörfer gründeten, Immigranten aus Italien und Katalonien sich in Seidenfabriken und beim Bau der Eisenbahn verdingten, die Stadt Bečkerek, heute Zrenjanin, von den katalanischen Neubürgern Neu-Barcelona genannt wurde, nach der Oktoberrevolution viele Russen, meist Intellektuelle, in der Woiwodina Zuflucht suchten und 1946 rund 5000 Griechen, Mali Idjoš die einzige Stadt in Serbien ist und in der Montenegrinisch als offizielle Sprache anerkannt ist.

Die Provinz an Save, Donau und Theiß umfasst etwa ein Viertel von Serbiens Staatsfläche und ist damit etwas größer als Hessen. Novi Sad, Neusatz auf Deutsch, ist mit rund 300.000 Einwohnern ihre Hauptstadt.

Von den rund zwei Millionen Einwohnern der Woiwodina stellen die Serben mit etwa 65 Prozent die absolute Mehrheit. Daneben leben hier als anerkannte Minderheiten 29 ethnische Gruppen, darunter an zweiter Stelle Ungarn (15 Prozent), danach Slowaken, Russinen (Ruthenen) und Rumänen, weiter Deutsche, Juden, Armenier, Kroaten, Bunjewatzen (Bunjevci), Schokatzen (Šokci), Tschechen, Italiener, Russen, Franzosen, Bulgaren,



Das „Gibraltar an der Donau“: Die Festung Peterwardein von Novi Sad wirbt für die Kulturhauptstadt

Foto: Schnehagen

ren, Roma, Slowenen, Türken, Albaner, Goraner und Zinzaren.

Wer jetzt ein buntes ethnisches Durcheinander auf den Straßen der Provinzhauptstadt erwartet, wird eines Beseren belehrt. Novi Sads Einwohnerschaft gibt sich modern. Der Sprachkundige merkt genauso wenig, dass es fünf Amtssprachen gibt: Serbisch, Ungarisch, Slowakisch, Ruthenisch, Rumänisch. Erst der zufällige Blick auf das Schild der Stadtbibliothek in kyrillischer und lateinischer Schrift offenbart die Mehrsprachigkeit.

Geschlossen präsentiert sich genauso die hübsche Altstadt mit ihrer vertrauten europäischen Architektur aus Barock, Historismus und Klassizismus bis hin zum Bauhaus. Sie ist heute eine mit Terrassen-Cafés und Restaurants gespickte einladende Fußgängerzone. Rund um den zentralen Freiheitsplatz geht die Homogenität sogar so weit, dass selbst die orthodoxe St.-Georgs-Kathedrale kein typi-

scher Kuppelbau ist, sondern im Stil einer katholischen Barockkirche erbaut wurde. Tolerant gab man sich nur bei der orthodoxen Innenausstattung.

Verstecke, Fallen, Hinterhalte

Nicht nur Brautpaare zieht es zum Hochzeitsfoto auf die Festung Peterwardein. Das „Gibraltar an der Donau“ ist eine der komplexesten, größten und am besten erhaltenen Festungen Europas. Österreichische Militäringenieure folgten bei dem Bau von 1692 bis 1780 dem System des französischen Festungsbaumeisters Sébastien Vauban. Dessen ganze Raffinesse offenbart die Führung durch die unterirdischen Galerien. Auf dem einen Kilometer langen Gang durch das komplizierte Kampf-, Kommunikations- und Minensystem – Gesamtlänge 20 Kilometer auf vier Etagen – kann man die ausgeklügelten Verstecke, Fallen und Hinterhalte nur bestaunen.

Die Festung ist die Keimzelle von Novi Sad. Zu ihren Füßen entstand erst die barocke Unterstadt, dann als Brückenkopf das heutige Novi Sad, das bis 1918 Teil des Habsburgerreichs war. Die Varadin-Brücke schafft die Verbindung über die Donau. Sie ist die erste der drei Donau-Brücken, die schon ein Jahr nach dem NATO-Angriff wieder aufgebaut war. 2005 folgte die Freiheitsbrücke und 2018 die Žeželjev Most, eine kombinierte Straßen- und Eisenbahnbrücke. In Novi Sad endete Europas Kriegsgeschichte nicht im April 1945, sondern im Juni 1999. Alle Schäden sind beseitigt. Nur die Betonstützen der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Eisenbahnbrücke ragen mahnend aus dem Wasser.

Seit dem 1. März 2012 gilt Serbien offiziell als Beitrittskandidat der EU. Ein Status, der die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt ermöglichte. Im Vorfeld schon wurde ihr Programm mit dem prestigeträchtigen Melina-Mercou-

ri-Preis für die Erhaltung von Kulturlandschaften ausgezeichnet. Bereits 2019 war Novi Sad zur Europäischen Jugendhauptstadt gekürt worden. Nicht unwe sentlich war dafür das Exit-Festival. Zu diesem „besten großen europäischen Festival“ pilgern jeden Juli tausende junge Menschen auf die Festung.

Im aktuellen Krieg in der Ukraine verhält sich das traditionell russlandfreundliche Serbien offiziell neutral. Dass es damit als Europäische Kulturhauptstadt zwischen allen Stühlen sitzt, hat das Konzept nicht geschmälert. „Wir haben trotz des Krieges unser Programm wie geplant durchgeführt“, erklärt Nemanja Milenković, Chef der Foundation Novi Sad ECoC, und hofft, „auch das Vermächtnis des Projekts leiten zu dürfen.“

So entstanden für das Kulturhauptstadttjahr neun neue Kulturstätten, zum Beispiel in alten Fabriken wie der einstigen Seidenmanufaktur. Nach Milenković ist es das größte Investment der letzten 50 Jahre. Potential für die Nachnutzung ist vorhanden. Allein die Universität von Novi Sad besuchen 50.000 Studenten. Schon jetzt nimmt die IT-Branche einen wichtigen Platz ein. Das Kulturhauptstadtt-Projekt, so hofft man, wird die Kultur- und Kreativwirtschaft weiter stärken.

Auch die bestehenden 35 Kulturstätten dürfen vom diesjährigen Aufsehen profitieren. Das Museum der Woiwodina will seine eindrucksvolle Schau zur Frühgeschichte der Region „Ein neolithischer Nachttraum“, die am 15. Oktober endet, virtuell ins Netz stellen (www.muzejvojvodine.org.rs). Und die Ausstellung „Parallelen Timișoara / Novi Sad“ in der Galerie Matica Srpska, einem der reichsten Kunstmuseen in Serbien, weist schon jetzt auf die Nähe zu Rumäniens Kulturhauptstadt 2023, Temeswar, hin (siehe dazu auch Seite 21).

● www.novisad.travel

TV-KRITIK

Maliziöse Menschen im Hotel

Wahrheit trifft auf Fiktion im ARD-Zweiteiler über eine reale Luxusherberge: „Das weiße Haus am Rhein“

Morgens im Hotel: Ein Gast mit Hitlerbart schiebt sein Tablet mit den Frühstücksresten in den Flur. Darauf hat der Gast aus dem Nebenzimmer nur gewartet. Er nimmt vom Tablet zwei Brötchen, piekst Gabeln hinein als wären es Beine und führt dann mit den Teigteilen einen kuriosen Tanz auf. Adolf Hitler und Charlie Chaplin, Tür an Tür im Rheinhotel Dreesen bei Bad Godesberg? Beide sind dort tatsächlich einmal abgestiegen. Dass sie sich aber jemals begegnet sind, gehört ins Reich der Phantasie.

Historische Wahrheit und Fiktion verbinden sich in dem ARD-Zweiteiler „Das weiße Haus am Rhein“ (3. Oktober um 20.15 Uhr und 21.45 Uhr im Ersten) zu einer spannenden Revue vor dem Hintergrund der Weimarer Republik. Die Geschichte beginnt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, als im Hotel noch französische Besatzer residieren, und endet kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Die Hoteliersfamilie Dreesen passt sich den Wechselfällen der Geschichte so gut an wie irgend möglich, vor allem der mit einem dunklen Geheimnis aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrte Junior

Emil (Jonathan Berlin) versucht, die konervative Herberge umzumodeln. Plötzlich tanzen halbnackte Revuegirls aus Paris im ehemaligen Ballsaal, und spätestens, als die Tochter des Hauses von einem farbigen Soldaten ein Kind erwarten, werden die verstaubten Ansichten der Eltern Fritz und Marie (Benjamin Sadler und Katharina Schüttler) sowie der Pat-

riarchin Adelheid (Nicole Heesters) auf eine Probe gestellt.

Höhepunkt der Geschichte ist ein Attentatsversuch auf Hitler, ausgeübt vom früheren Hausmädchen der Familie (Henriette Confurius), das nach seinem Rauswurf zu den Kommunisten übergelaufen ist. Dass der Hotelierssohn von einem Kriegskameraden erpresst wird, ein alter

Rheinschiffer mit drei Leichen an Bord über den deutschesten aller Flüsse schippert, die bornierte Hoteliersgattin mit der im Foyer wartenden Hitler-Geliebten Eva Braun kungelt und mit ihr gemeinsame Ausflüge unternimmt – falls es nicht ganz so war, so ist es zumindest gut erfunden.

In der folgenden Dokumentation

„Rheinhotel Dreesen – das weiße Haus am Rhein“ (23.35 Uhr) wird die wahre Ge-

schichte erzählt, die auch ohne phantasti-

che Wendungen turbulent genug ist. Tat-

sächlich galt das Dreesen lange als Hitlers

Lieblingshotel, auch Wilhelm II., Greta

Garbo, Marlene Dietrich und besagter

Chaplin schrieben sich ins Gästebuch ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Haus teils ein Flüchtlingslager, dann Sitz des französischen Hochkommissariats. In der Bonner Republik gingen dort Spitzenpolitiker wie Helmut Kohl und Helmut Schmidt ein und aus. Nach der Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin wurde es stiller um die Nobelherberge. Aber das Hotel trotzt weiterhin den wechselnden Zeitleküpfen genauso wie dem Rheinhochwasser und wird mittlerweile in

fünfter Generation geführt. Anne Martin



Zurück zu Hause: Emil Dreesen und sein Freund Robert kehren vom Krieg heim

400 JAHRE SEBASTIANI

Königsberger Parnaß-Blumen

Vor 400 Jahren, am 30. September 1622, wurde in Weimar der Barockkomponist Johann Sebastiani geboren, der von 1663 bis 1679 als Kapellmeister am Hofe des Kurfürsten von Brandenburg in Königsberg tätig war. Aus diesem Anlass führt das Ensemble Wunderkammer mit dem Vokalensemble Älbgut am 30. September in der Berliner Emmaus-Kirche (Onkel-Tom-Straße 80) um 19.30 Uhr seine „Matthäus-Passion“ auf, und am 2. Oktober um 17 Uhr erklingt in der Berliner Lindenkirche (Homberger Straße 48) mit den „Parnaß-Blumen“ ein Konzert mit zum größten Teil von Sebastiani vertonten Liedern der Königsberger Dichterin Gertraud Möller (1641–1705). In dem in Kooperation mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa Veranstalteten Konzert wird die Sopranistin Isabel Schicketanz vom Ensemble Wunderkammer begleitet. Zum 400. Geburtstag Sebastianis ist außerdem beim Label Covello Classics die CD mit den „Parnaß-Blumen“ erschienen. Internet: www.kulturforum.info/de/termine tws

BORDEAUX-BRIEF

Mit der Blauen und der Roten Mauritius

Vor 175 Jahren, am 4. Oktober 1847, verschickte Edward Francis aus Port Louis, der Hauptstadt von Mauritius, einen Brief nach Bordeaux. Francis war Weinhändler und wollte seinen Lieferanten Ducan & Lurguie in Frankreich wissen lassen, dass 48 Fässer Wein bei ihm eingegangen seien. Dieser sogenannte Bordeaux-Brief ist das zweiteuerste philatelistische Sammlerstück der Welt und war bis 2014 sogar das teuerste.

Sein Wert resultiert vor allem aus der Blauen und der Roten Mauritius, mit der er frankiert ist. Dabei hätte die blaue Zwei-Pence-Marke für Auslandspost genügt, denn die rote Ein-Penny-Marke war für Inlandspost gedacht. Möglicherweise war der Absender mit den neuen Briefmarken noch nicht genügend vertraut, war mit deren Ausgabe doch erst wenige Tage vor der Frankierung, am 22. September, begonnen worden. Dass es sich bei den beiden Marken auf dem Bordeaux-Brief um Exemplare der ersten Serie handelt, ist sehr schön an der Beschriftung „POST OFFICE“ statt „POST PAID“ zu erkennen.

Zusätzlichen Wert erhält der Brief durch die diversen Poststempel, die seinen langen Weg vom Absender zum Adressaten widerspiegeln. Über England, Boulogne und Paris erreichte das Schreiben nach 85 Tagen am 28. Dezember 1847 seinen Zielort.

Aufgrund ihrer Seltenheit wurden die Blaue und die Rote Mauritius, die ersten beiden Briefmarken aus der britischen Kronkolonie überhaupt, für



Bordeaux-Brief Foto: Wikimedia

Philatelisten interessant. Unter anderem der in Paris lebende und arbeitende Briefmarkenhändler, Philatelist und Herausgeber der Fachzeitschrift „Le Philatéliste Français“ Théophile Lemaire schrieb über sie. Das bekam ein ebenfalls an Briefmarken interessierter Schüler aus Bordeaux mit und erzählte davon seiner Mutter. Die Weinhändlerwitwe erinnerte sich, dass ihr Ehemann Geschäfte mit Mauritius gemacht hatte und erlaubte ihrem Sohn, die Firmenkorrespondenz daraufhin zu durchsuchen. Er fand den Bordeaux-Brief mit den beiden Marken.

Im darauffolgenden Jahr, 1903, verkaufte der Junge ihn für 1600 Pfund Sterling, gut zweihunderttausend Euro. Für ein Kind ist das viel. Bedenkt man die zwischenzeitlich bezahlten Preise, ist es hingen wenig. 1993 erzielte der Brief bei einer Versteigerung einen Preis von 6,125 Millionen Schweizer Franken. Den Zuschlag erhielt ein unbekannter Bieter aus Singapur. Über spätere Besitzwechsel ist nichts bekannt. Bis dahin hatte das Schreiben unter anderem Lemaire, Brunet l'Argentière, dem Präsidenten des Novartis-Vorläuferunternehmens Ciba Alfred F. Lichtenstein, Arthur Hind, dem Mitgründer von Afi Esca Maurice Burrus sowie dem japanischen Geschäftsmann, Schriftsteller und Philatelisten Kanai Hiroyuki gehört. Manuel Ruoff



Mit Mitarbeitern ein Jahr vor seiner Verhaftung im Reichsluftfahrtministerium: Oberleutnant Harro Schulze-Boysen (im Vordergrund)

Foto: Ullstein

ZWEITER WELTKRIEG

Wie rot war die „Rote Kapelle“?

Vor 80 Jahren wurde der Kreis um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack enttarnt, verhaftet und abgeurteilt. Seine Bewertung in Bundesrepublik und DDR war abhängig von Zeitgeist und politischer Großwetterlage

VON NORMAN HANERT

Rote Kapelle“ ist keine Eigen-, sondern eine Fremdbezeichnung. Unter diesem Namen fasste die Gestapo Gruppen zusammen, denen sie eine Nähe zur und Funkkontakt mit der Sowjetunion unterstellte, mit der sich das Dritte Reich seit 1941 im Kriegszustand befand.

Stefan Roloff schreibt hierzu in seinem 2002 bei Ullstein erschienenen Buch „Die Rote Kapelle“: „Wegen ihres Kontaktes mit den Sowjets wurden die Brüsseler und Berliner Gruppen von der Spionageabwehr und der Gestapo unter dem irreführenden Namen Rote Kapelle zusammengefasst. Ein Funker, der mit seinen Fingern Morsecodezeichen klopfte, war in der Geheimdienstsprache ein Pianist. Eine Gruppe von „Pianisten“ bildete eine „Kapelle“, und da die Morsezeichen aus Moskau gekommen waren, war die „Kapelle“ kommunistisch und damit rot.“

Dieser „Roten Kapelle“ ordnete die Gestapo auch eine Gruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack zu. Im Rahmen der Zerschlagung dieser Gruppe lief ausgehend von der Gestapo-Zentrale in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße am 31. August 1942 eine Verhaftungswelle an, bei der bis zum 12. September des Jahres über einhundert Personen festgenommen wurden.

Auftakt der Verhaftungswelle war die Festnahme des Oberleutnants der Luftwaffe Harro Schulze-Boysen am 31. August 1942. Der Großneffe des Großadmirals Alfred von Tirpitz wird in seinem Büro im Reichsluftfahrtministerium festgenommen und in das Gestapo-Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße gebracht. Schulze-Boysens Ehefrau Libertas versuchte zunächst noch zu fliehen, wurde aber am 3. September auf dem Berliner Anhalter Bahnhof, bereits im Zug sitzend, von der Gestapo verhaftet. Die Enkelin

des Fürsten Philipp zu Eulenburg hatte in der Kulturfilmzentrale des Reichspropagandaministeriums gearbeitet.

Am 7. September 1942 tauchte die Gestapo auch auf der Kurischen Nehrung auf, auf der sie Arvid Harnack, Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, und seine Ehefrau Mildred, eine gebürtige US-Amerikanerin, festnahm. Bis zum 12. September 1942 wurden über 120 Angehörige der Berliner Gruppe um Schulze-Boysen und Harnack verhaftet. Bis Juni 1943 gelang es der Gestapo, durch Verhöre oder Bespitzelung in den Zellen der Verhafteten nochmals 80 Personen aus dem Umfeld des Kreises zu identifizieren.

130 Personen wurden verhaftet

Insgesamt wurden von September 1942 bis zum März 1943 fast 130 Personen verhaftet. Mindestens 57 von ihnen wurden vom Reichskriegsgericht oder vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, beginnend in der Haft Selbstmord oder wurden ohne Gerichtsurteil ermordet. Noch kurz vor Weihnachten, am 22. Dezember 1942, wurden elf Männer und Frauen im Straf-

gefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet. Adolf Hitler hatte nicht nur alle Gnaden gesuche abgelehnt, sondern in einigen Fällen auch härtere Strafen gefordert als die vom Reichskriegsgericht verhängten.

Die Gruppe umfasste gleichgesinnte Menschen verschiedenster Herkunft und politischer Orientierung. Schulze-Boysen hatte vor 1933 als Herausgeber der Zeitschrift „Gegner“ mit nationalkommunistischen Ideen geliebäugelt. Zur Gruppe gehörten aber auch der vormalige preußische Kultusminister Adolf Grimme, ein religiös geprägter Sozialdemokrat. Die Bandbreite der Aktionen reichte von der Hilfe für Juden bis hin zum Verteilen von Flugblättern. Ein engerer Kreis um Schulze-Boysen sammelte und übermittelte allerdings auch geheime militärische Informationen an den KGB-Vorläufer NKGB.

Angesichts dieser Gemengelage ist nicht erstaunlich, dass sich die Bewertung der Gruppe im Laufe der Jahrzehnte immer wieder geändert hat, je nach politischer Großwetterlage und Zeitgeist. Geprägt von der Atmosphäre des Kalten Krieges und auch von Enttarnungen

sowjetischer Agenten wie Klaus Fuchs, Georg Blake, Donald Maclean, Guy Burgess oder Kim Philby wurde der Schulze-Boysen/Harnack-Kreis im Westen Deutschlands zunächst oftmals nur als reines Spionagenetzwerk von Landesverrättern angesehen.

SU-Agenten oder Widerständler?

Als Zeichen für eine Neubewertung kann der ARD-Mehrteiler „Die Rote Kapelle“ von 1972 stehen. Die Produktion auf Grundlage des Buchs „Kennwort Direktor“ von Heinz Höhne schilderte die Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe zwar auch als Nebenarm eines größeren Agentennetzes des sowjetischen Militärgeheimdienstes in Westeuropa unter Führung des „Gran Chef“ Leo Trepper, daneben aber auch als Widerstandsorganisation.

Auch die Geschichtsschreibung in der DDR hatte ihre Probleme mit der Gruppe um Schulze-Boysen und Harnack. Greta Kuckhoff, eine Überlebende, konnte 1948 in Ost-Berlin mehrere Artikel zum Prozess gegen Mitglieder der Gruppe in den Zeitschriften „Aufbau“ und „Die Weltbühne“ veröffentlichen. Lange galt es in der DDR als Tabu, öffentlich über sowjetische Geheimdienstaktivitäten zu berichten. Erst als die Sowjetunion im Jahr 1969 durch die posthume Verleihung von Militärorden an Schulze-Boysen und andere Gruppenmitglieder die Spionagetätigkeit publik machte und damit bestätigte, setzte auch in der DDR eine breite Thematisierung ein.

Im Jahr 1970 drehte die DEFA den Film „KLK an PTX – Die Rote Kapelle“. Entworfen wurde darin das Bild einer kommunistisch gelenkten antifaschistischen Widerstandsgruppe, deren führende Köpfe zugleich auch als „Kundschafter“ für die Sowjetunion aktiv waren.

In der heutigen Berliner Republik überwiegt die Darstellung der „Roten Kapelle“ als Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus, während die Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Armegeheimdienst GRU und dem NKGB entweder immer stärker in den Hintergrund gerückt oder als zweifelhaft dargestellt wird. Ungeachtet der 1969 durch das Präsidium des Obersten Sowjets verliehenen Rotbanner-Orden an Mitglieder der „Roten Kapelle“ heißt es bei der Bundeszentrale für politische Bildung beispielsweise nun: „Was und wie viel Harnack und Schulze-Boysen tatsächlich der sowjetischen Seite berichteten, war in der historischen Forschung lange umstritten. Ein durchgängiger Kontakt kam wohl nicht zustande.“

Mitglieder des Schulze-Boysen/Harnack-Kreises



Arvid Harnack wurde am 19. Dezember 1942 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und drei Tage später im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee erhängt.

Libertas Schulze-Boysen wurde am 9. Dezember 1942 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und 13 Tage später in Berlin-Plötzensee enthauptet.

Adolf Grimme war Kultusminister Preußens und Niedersachsens sowie der erste Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR).

VON HEIDRUN BUDDE

Am 19. Dezember 1974 stellte ein Heinz B., wohnhaft in Stendal, einen Bauantrag für ein Einfamilienhaus an den Bürgermeister der Stadt Wernigerode. Der Antragsteller trug vor, dass er einen Herzinfarkt erlitten habe und ärztlicherseits empfohlen worden sei, den Wohnsitz in eine ruhigere Gegend zu verlegen. Wörtlich: „Auf Grund meines Alters und des gegenwärtigen Gesundheitszustandes stehe ich unmittelbar vor meiner Berentung, so daß ich den Entschluß faßte, jetzt diesen Antrag zu stellen. Von Seiten der SED-Stadtleitung wurde mir die entsprechende Unterstützung zugesagt.“

Diese Antragstellung war eine große, aber im Hintergrund wohl organisierte Lüge, denn die Akte zeigt heute auf, dass sich Heinz B. als „Strohmann“ von der Staatssicherheit benutzen ließ. Er wusste, dass hier das „konspirative Objekt“ mit der Deckbezeichnung „Schloß Waldblick“, Register-Nummer XV/1758/76, auf den Weg gebracht wurde, was allerdings öffentlich nicht bekannt werden durfte. B. und der Architekt wurden zur absoluten Verschwiegenheit verpflichtet, und sie zogen das „Bau-Schauspiel“ bis zur Abnahme am 7. April 1976 durch.

Das Einfamilienhaus in Wernigerode war von Anfang an Eigentum der Staatssicherheit. Doch zunächst baute vorgeblich eine Privatperson ein Eigenheim, um es danach als „Gästehaus des Ministerrates“ zur Verfügung zu stellen. Das alles war Tarnung, denn tatsächlich wurde das Haus als „Schulungs-, Ausbildungs-, Erholungs- und Treffobjekt“ für Westzuträger genutzt.

Gewährung von Privilegien als Zuckerbrot

Das Objekt kam in die Rechtsträgerschaft der Versorgungseinrichtung des Ministerrates (VEM), um den wahren Eigentümer zu verheimlichen. Die Abteilung Recht und Grundstücksverkehr der VEM, zuständig für die Verwaltung des Hauses, war eine „Maulwurfseinrichtung“ der Staatssicherheit.

Die Akten belegen, dass sich die Zahl der unter der Scheinadresse der VEM geführten Objekte bis 1990 kontinuierlich verringerte: von zirka 500 im Jahre 1985 über 382 1986 auf 202 1990. 298 Objekte wurden bis 1990 an andere Nutzer beziehungsweise Eigentümer übertragen, sodass ein Rückschluss auf die ursprüngliche Verwendung bis heute kaum möglich ist.

Welche Belohnung Heinz B. für seine „konspirative Mitarbeit“ bekam, war der Akte nicht zu entnehmen, aber wer in so geheime Vorhaben eingebunden wurde, der hatte ganz sicher Vorteile davon. Die Staatssicherheit verfügte beispielsweise über sogenanntes Operativgeld, das für „politisch-operative Zwecke“ wie Geldgeschenke an „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) zu verwenden war. (Operativgeldordnung vom 15. April 1983 „Vertrauliche Verschlußsache Mfs 0008-26/83“). Dafür standen Mark der DDR, aber auch „Valutamittel“ zur Verfügung. Allerdings überwies die Staatssicherheit Geldzuwendungen nicht mit eigenem Absender. Am 16. Juni 1984 erhielt beispielsweise der Sportclub Dynamo Berlin 10.000 Mark. In der Geldanweisung heißt es: „Als Absender ist das Konto MdI (Ministerium des Innern) zu verwenden.“

Neben finanziellen Geschenken konnte die Staatssicherheit bei der Erfüllung anderer Wünsche behilflich sein. So war beispielsweise der Posten eines Reiseleiters außerordentlich begehrt, weil diese Personen lukrative Reisen umsonst oder für wenig Geld in Anspruch nehmen konnten. Öffentliche Ausschreibungen gab es für diese Tätigkeit allerdings nicht. Das schanzen sich die SED-Genossen untereinander zu.

Reiseleiter im Tourismus waren nicht nur für organisatorische Fragen zuständig, sondern sie hatten daneben eine politische Aufpasserfunktion, insbesondere

GÜNSTLINGSWIRTSCHAFT

„Ausnutzen der materiellen Interessiertheit“

Mit Privilegien versuchte das SED-Regime in der Bevölkerung Abhängigkeiten zu schaffen



Während sonstige DDR-Bewohner über zehn Jahre lang warten mussten, wurde ein „langjähriger Mitarbeiter der SED-Kreisleitung“ schon einmal vorzeitig mit einem Pkw dieses Typs beliefert: Ein Wartburg 353

Foto: Torsten Mause

„Tatsache ist jedenfalls, daß der Besitz dieser echten oder auch scheinbaren Funktionärsprivilegien die Besitzer in eine Art Abhängigkeitsverhältnis von der SED und dem Apparat brachte, aus dem man sich nur schwer lösen konnte, weil eben bei Insubordination der Privilegienverlust drohte“

Thomas Ammer

Historiker, ehemaliger DDR-Oppositioneller und politischer Häftling in der DDR sowie von 1992 bis 1998 Mitarbeiter im Sekretariat der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

tigen DDR-Bewohner über zehn Jahre lang warten mussten.

Die Staatssicherheit und die SED waren über die Mangelwirtschaft in der DDR bestens informiert und nutzten den Wunsch nach ein wenig Luxus und nach Privilegien in der geschlossenen Gesellschaft gezielt aus. Allerdings veröffentlichten sie keine konkreten Rechtsansprüche. Es war eine gönnerhafte und willkürliche Gebermentalität hinter vorgehaltener Hand, um Abhängigkeiten zu schaffen. Die Staatssicherheit nannte es „Ausnutzen der materiellen Interessiertheit“.

Am 26. Januar 1993 gab Thomas Ammer auf der 25. Sitzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ zu Protokoll: „Allgemein bekannt ... sind die Privilegien, wie sie nur unter den Bedingungen einer Mangelwirtschaft, wie sie in der DDR bis 1989 bestand, zu verstehen sind, also bevorzugte Wohnraumzuweisung, Zuweisung hochwertiger Konsumgüter, teilweise bessere Entlohnung als im Durchschnitt, berufliche Karrierechancen, bessere Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder ... Tatsache ist jedenfalls, daß der Besitz dieser echten oder auch scheinbaren Funktionärsprivilegien die Besitzer in eine Art Abhängigkeitsverhältnis von der SED und dem Apparat brachte, aus dem man sich nur schwer lösen konnte, weil eben bei Insubordination der Privilegienverlust drohte ... also alles Verluste, die doch recht schwer wogen und viele daran gehindert haben, einmal ein deutliches Wort zu sprechen. ... Regeln wie ‚demokratischer Zentralismus‘, Parteidisziplin, Fraktionsverbote und wie das alles heißt, haben nicht nur für die Einhaltung der Hierarchie gesorgt, sondern bis unmittelbar vor dem Ende des Regimes weitgehend offene Diskussionen verhindert, dringend nötige Entscheidungen verzögert oder unmöglich gemacht ...“

Als nach der Kapitulation ihrer Streikkräfte von den Deutschen nichts mehr zu befürchten war, sprengten Dänen am 16. Mai 1945 das Düppel- und im Folgemonat auch das Arnkiel-Denkmal.

NORDSCHLESWIG

Erinnerung an Düppel und Alsen

Nach dem Beginn des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864 zogen sich die Dänen vor der preußisch-österreichischen Übermacht vom Festlandteil ihres Gesamtstaates weitgehend zurück. Schließlich blieb ihnen noch ein großer Brückenkopf: die Düppeler Schanzen. 11.000 Dänen versuchten ihn gegen 37.000 Preußen zu verteidigen. Das Kräftenringen gewannen die Preußen mit der Erstürmung der Schanzen am 18. April 1864. Die geschlagenen Dänen zogen sich auf die Insel Alsen zurück.

Damit mussten sie den Festlandteil ihres Gesamtstaates vorerst verloren geben. Andererseits fühlten sie sich auf ihren Inseln sicher, da sie sich anders als zu Lande zur See den klassischen Landmächten Preußen und Österreich überlegen fühlten. Der Glaube, auf den Inseln sicher zu sein, erwies sich jedoch als Illusion. Den Preußen gelang es nämlich, den Alsensund zu überqueren und nach der gewonnenen Schlacht um Alsen, in der 23.000 Preußen auf 10.000 Dänen trafen, ihrerseits einen Brückenkopf auf Alsen zu bilden. Diese Desillusionierung der Dänen führte schließlich dazu, dass sie die Aussichtslosigkeit der Fortführung der Kampfhandlungen einsahen und sich geschlagen gaben. Mit Schleswig-Holstein mussten sie im Frieden von Wien auch auf Düppel und Alsen verzichten.



Düppel-Denkmal Foto: Wikimedia

Preußens damaliger König Wilhelm I. entschied, dass vor Ort als auch in seiner Hauptstadt jeweils Denkmäler an diese Schlachtensiege seiner Truppen erinnern sollten. Mit dem Gesamtprojekt aus dem Düppel- und dem Arnkiel-Denkmal sowie der Siegessäule in Berlin wurde Heinrich Stark, ein deutscher Architekt der Schinkelschule aus dem Hofbauamt, betraut.

Während die Siegessäule ungleich imposanter ausfiel, waren die beiden aus Granit und Oberkirchner Sandstein geschaffenen Denkmäler vor Ort einander sehr ähnlich. Beide waren um die 21/22 Meter hoch, und auch die Baukosten waren vergleichbar.

Neben den Denkmälern selbst weist auch deren Geschichte Ähnlichkeiten, ja sogar Parallelen auf. Nachdem die Grundsatzentscheidung noch im Kriegsjahr erfolgt war, wurde am 21. April 1865 der Grundstein gelegt. Der Deutsche Krieg von 1866 führte zu einer Unterbrechung, sodass es mit dem Bau erst 1868 so richtig losging. Vor eineinhalb Jahrhunderten, am 30. September 1872, erfolgte dann die feierliche Enthüllung.

Als nach der Kapitulation ihrer Streikkräfte von den Deutschen nichts mehr zu befürchten war, sprengten Dänen am 16. Mai 1945 das Düppel- und im Folgemonat auch das Arnkiel-Denkmal.

Manuel Ruoff

VON ROBERT MÜHLBAUER

Nein, den neuen Sarrazin haben wir nicht. Die Verkäuferin in der bekannten Münchener Buchhandlung Lehmkuhl schüttelt den Kopf, tippt dann mit säuerlichem Gesicht in ihrem Computer herum. Thilo Sarrazin bereitet ihr offenkundig Bauchweh. Dessen neues Werk „Die Vernunft und ihre Feinde“ könne sie nicht bestellen, behauptet sie dann – es klingt wenig überzeugend. Der potentielle Kunde wird weggeschickt. In einer anderen Buchhandlung ein paar Straßen weiter ist das Buch, das immerhin auf der Bestsellerliste steht, problemlos zu kaufen.

Dass Bücher, die gegen den dominanten Zeitgeist stehen, gefährlich sind und zuweilen unterdrückt werden, weiß man aus der Geschichte. Aber auch in angeblich besonders freien westlichen Gesellschaften gibt es immer wieder Druck, Bibliotheken zu „säubern“. Missliebige Bücher sollen verschwinden. Vor Kurzem berichtete die Bundesgeschäftsführerin des Deutschen Bibliotheksverbands (dbv), Barbara Schleihagen, in einem Gespräch von zunehmendem Druck, Bücher aus dem Bestand zu verbannen. „Wir sehen die Entwicklung mit Sorge“, sagte Schleihagen, deren Verband 9000 Bibliotheken vertritt, gegenüber der Katholischen Nachrichtenagentur KNA.

Meist handele es sich um politische Literatur, aber auch bei manchen religiösen und esoterischen Werken verlangten Nutzer, dass die Büchereien sie aussortieren. „Häufiger wird auch das Entfernen von Kinderbüchern verlangt“, so Schleihagen. Es gebe eine „starke Sensibilisierung, welche Bücher man Kindern zu lesen geben möchte und welche nicht“. Die Debatte um Winnetou-Bücher, das böse I-Wort (Indianer) und Karl-May-Klischees ist noch frisch.

Selbst vor „1984“ wird gewarnt

Die Universitätsbibliothek Freiburg ging vor Jahren schon weiter. Dort wanderten Bücher aus einem rechten Verlag, dem „Antaios“-Verlag, in eine Art Giftschrank. Nur in einem „Sonderlesesaal“ dürfen Bibliotheksnutzer die Werke noch in Augenschein nehmen, quasi betreutes Lesen, wie der Bibliothekar Uwe Jochum damals sarkastisch schrieb.

In der deutschen Bibliotheksszene gibt es schon seit Längerem ein Tauziehen hinter den Kulissen, wie man mit den missliebigen Büchern, Autoren und Verlagen umgehen soll. „Rechte drängen ins Regal“, titelte die linke „Tageszeitung“ vor drei Jahren und verwies explizit auf die Bestseller von Sarrazin und andere erfolgreiche „Rechtspopulisten“.

Eine liberale Fraktion in den Bibliotheken findet, dass die Konsumenten selbst entscheiden sollten, was sie lesen. Der Kommunikationswissenschaftler



„Schutz“ vor unbequemen Ansichten: In den Bibliotheken greift die Zensur um sich

Foto: imago/Westend61

MEINUNGSFREIHEIT

Wenn Bücher gefährlich werden

Bibliotheken in Deutschland sondern vornehmlich „rechte Literatur“ aus. Englische Universitäten kleben „Trigger-Warnungen“ in viele Werke. Der Bürger wird zunehmend bevormundet

Hermann Rösch von der TH Köln sagte: „Bibliotheken sollen frei von Zensur sein, sollen Meinungs- und Informationsfreiheit garantieren, sollen die informationelle Grundversorgung sichern, sollen sich aber auch an der Stärkung des demokratischen Systems beteiligen und die Menschenwürde achten.“ Durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen könnten Bibliotheken missliebige Bestseller einordnen, so die Hoffnung der liberalen Fraktion.

Eine andere Faktion unter den Bibliothekaren hingegen praktiziert das Modell Scheiterhaufen. Der Leiter der Stadtbibliothek Duisburg, Jan-Pieter Barbier, griff mutig ins Regal und entfernte sämtliche Katzen-Krimis des deutsch-türkischen Autors Akif Pirinçci, nachdem dieser sich polemisch-rechtspopulistisch und islamfeindlich geäußert hatte. Barbier meinte damals im Deutschlandfunk, es könne keine Trennung zwischen dem Autor „harmloser“ Bücher (Krimis mit der Detektiv-Katze Felidae) und dem gefährlichen Sachbuchautor („Deutschland von Sinnen“) geben. Der Autor wird insge-

samt dem Müll übergeben. Wohin der schleichende Zensurzug führt, kann ausgerechnet in Großbritannien beobachtet werden, einem Land mit eigentlich langer liberaler Tradition, das stolz ist auf die praktizierte Rede- und Meinungsfreiheit.

Dort sind die aus den USA stammenden „Trigger Warnings“ in vielen Bibliotheken und besonders Universitätsbibliotheken inzwischen gang und gäbe. Ein spezieller Hinweis soll Leser vorab warnen, dass sie „verstörende“ Inhalte gewartigen müssten. Ironie der Geschichte: Selbst George Orwells dystopischer Roman 1984, der vor einem manipulativen Überwachungsregime warnt, wurde an der Universität Northampton mit einer Trigger-Warnung versehen. Er enthalte „herausfordernde Dinge mit Verbindung zu Gewalt, Gender, Sexualität, Klasse, Rasse, Missbrauch, politischen Ideen und beleidigender Sprache“, so die Warnung.

Eine große Recherche der Zeitung „The Times“ hat vor Kurzem aufgezeigt, wie viele Werke der Weltliteratur – von Shakespeare, Chaucer, Jane Austen, Charlotte Brontë, Charles Dickens und Agatha

Christie – inzwischen mit den Warnhinweisen versehen wurden. Mehr als tausend Beispiele für Bücher und Texte, auch von vielen zeitgenössischen Autoren und teils auch von Linken, werden an Universitäten nur noch mit Warnhinweis ausgehändigt.

Gar nicht erst ins Regal lassen

Die Zeitung hatte bei 140 Hochschulen unter Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz angefragt und bekam erschreckende Einblicke, wie sehr inzwischen Formen der weichen Zensur oder Abschreckung um sich greifen. Dozenten der Universitäten Exeter und Sussex beispielsweise säuberten die Literaturlisten ihrer Kurse um all jene Autoren, denen in irgendeiner Weise „offensive“ Ansichten vorgeworfen werden. Andere Unis wie Warwick, Exeter und Glasgow machten die umstrittenen Texte zur optionalen Lektüre.

Die Gründe für Trigger-Warnungen muten oft bizarr an. Vor der Novelle „The Underground Railroad“ des linken, schwarzen Pulitzer-Preisträgers Colson Whitehead wird gewarnt, weil sie eine

drastische Schilderung der Sklaverei enthält. August Strindbergs Theaterstück „Fräulein Julie“ sollten Studentinnen und Studenten der Uni Sussex besser nur vorgewarnt lesen, weil darin ein Selbstmord vorkommt. Kritiker in den angelsächsischen Ländern sagen, dass die Studenten zu „Schneeflocken“ verhätschelt würden, wie in Watte gehüllt. Sie sollten geschützt werden vor unbequemen, „verletzenden“ Ansichten oder den rauen Dingen des Lebens. Alles, was in der woken Weltsicht keinen Platz hat, könnte ihnen wehtun und sie beschädigen.

Der bevormundende Zug, unbequeme Literatur vom Bürger fernzuhalten, ist aber auch in Deutschland längst Realität. Da die explizite „Trigger-Warnung“ oft genug eher den gegenteiligen Effekt haben mag, Leser erst recht neugierig zu machen, verfährt man hierzulande eher deutsch-direkt und lässt unbequeme politische Bücher gar nicht erst ins Regal beziehungsweise in die Rezensionsspalten der großen Zeitungen, damit sie niemanden auf dumme Gedanken bringen. Bücher sind eben gefährlicher Stoff.

ABERGLAUBEN

Imam macht Frauenfußball für Waldbrände verantwortlich

Marokkanischer Geistlicher: Der sündige Sport hat den Zorn Allahs geweckt – Die Feuersbrünste des Sommers waren die Folge

Im Juli dieses Jahres wüteten ausgedehnte Waldbrände nicht nur hierzulande, sondern auch im Norden Marokkos, wobei die Flammen dort immer wieder durch heftigen Wind angefacht wurden. Deshalb mussten die Sicherheitskräfte schließlich mehrere tausend Familien aus der Umgebung der Ortschaften Larache, Ouarzazate, Taza und Tetouane evakuieren. Am Ende verfügte das ohnehin karge Marokko dann über 2000 Hektar Wald weniger – zudem starb mindestens ein Mensch.

Natürlich gab es daraufhin erregte Diskussionen über die Ursache der Brände, wobei besonders oft von Brandstiftung oder Fahrlässigkeit im Umgang mit

offenem Feuer die Rede war. Dahingegen vertrat der islamische Prediger Hamza Elkhaldi aus Benslimane eine ganz andere Ansicht: Sowohl die trockene Hitze von bis zu 48 Grad Celsius als auch die Dürre und die Waldbrände des Sommers 2022 sowie die in Marokko wie fast überall auf der Welt gestiegenen Lebensmittelpreise seien auf den Zorn Allahs zurückzuführen. Und der habe einen sehr nachvollziehbaren Grund, nämlich: den Frauenfußball.

Tatsächlich fand in Marokko zwischen dem 2. und 23. Juli der Afrika-Cup der Frauen statt. An dieser Kontinentalmeisterschaft nahmen zwölf Mannschaften teil, darunter auch eine aus dem Magreb-

Staat, was insofern schon als Sensation galt, als sich in den 22 Jahren zuvor kein marokkanisches Frauenteam für das Turnier qualifizieren konnten. Doch den Fußballerinnen aus dem Gastgeberland der Meisterschaft gelang noch mehr: Sie siegten in der Vorrunde über Burkina Faso, Uganda sowie den Senegal und zogen so ins Viertelfinale ein.

„Zweifellos verboten“

Dann schlugen sie Botswana und im folgenden Halbfinale nach einem spannenden Elfmeterschießen auch Nigeria, das bevölkerungsreichste Land des schwarzen Kontinents. Im Endspiel unterlagen die Marokkanerinnen dann zwar mit 1:2

gegen Südafrika, dürfen wegen des Erreichens des Finales nun aber an der Weltmeisterschaft 2023 in Australien und Neuseeland teilnehmen. Außerdem wurde die Marokkanerin Ghizlane Chebbak zur besten Spielerin des Wettbewerbs gewählt.

Das alles hielt den Imam jedoch nicht davon ab, auf Facebook gegen die Austragung des Afrika-Cups in seinem Land zu polemisieren. Der Frauenfußball sei im Islam „zweifellos verboten“, was allein schon aus der „unzulässigen“ Sportbekleidung resultiere. Daher hätten nicht bloß die Spielerinnen selbst schwer gesündigt, sondern auch alle Zuschauer – ganz gleich ob im Stadion oder vor dem

Fernsehgerät. Und deswegen werde Marokko nun von allerlei Plagen heimgesucht, die nur durch tätige Reue abgewendet werden könnten.

Wer angesichts von soviel Fanatismus und Aberglaube die Nase rümpfen will, sollte bedenken, dass in unserer angeblich so aufgeklärten westlichen Gesellschaft mittlerweile ähnlich absurde Theorien über Kausalitäten kursieren. Ein typisches Beispiel hierfür ist die von der Volkswagen-Stiftung geförderte Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), derzufolge die angeblich menschgemachte Erderwärmung zu einem signifikanten „Anstieg von Hassrede im Internet“ geführt habe. W.K.



SÜDLICHES OSTPREUSSEN

„Alles für die Landwirtschaft“

Große Ausstellungsfläche für die Herbstmesse – Besonderes Augenmerk galt der jungen Generation

VON DAWID KAZANSKI

Die Herbst-Landwirtschaftsmesse ist eine Veranstaltung mit einer langen Tradition im südlichen Ostpreußen. Die Messe ist eine hervorragende Gelegenheit, sich von Experten beraten zu lassen, Erfahrungen auszutauschen und sich über technologische Innovationen zu informieren. Die diesjährige Messe, die unter dem Motto „Alles für die Landwirtschaft“ stand, zog an einen neuen Standort. Sie wurde erstmals auf dem Landeplatz in Griesien veranstaltet.

Der neue Ausstellungsort bot eine viel größere Ausstellungsfläche und gewährleistete hervorragende Verkehrsbedingungen, da das Dorf an der Schnellstraße S51 liegt. Hunderte von Parkplätzen erwarteten die Besucher. Am ersten Septemberwochenende konnten zahlreiche Aussteller in dem Ort nahe Allenstein ihre umfangreiche Produktpalette präsentieren. Die Messebesucher interessierten sich für die modernen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte sowie für Ausrüstungen für den Viehbestand, Düngemittel und Pflanzenschutzmittel.

Geräte und Zuchttiere

In verschiedenen Zonen warteten die Aussteller mit ihren Angeboten. An Ständen konnten die Besucher Kunsthandwerk sowie Obst- und Gartenpflanzen kaufen, und Experten gaben Ratschläge zur effizienten Nutzung erneuerbarer Energien, zum Pflanzen und Beschneiden von Bäumen sowie zur Anlage eines schönen, duftenden Gartens und eines gesunden Obstgartens. Wie jedes Jahr nahmen an der Messe auch Aussteller mit traditionellen und regionalen Lebensmitteln sowie einer breiten Palette von Produkten aus der Lebensmittelverarbeitung teil.

Parallel zur Messeveranstaltung fand in zwei riesigen Zelthallen die Ermland-Masuren-Zuchttierausstellung statt, auf der sich Züchter von Milch- und Fleischrindern, Pferden, Schafen und Ziegen prä-



Erstmals auf dem Landeplatz in Griesien: Ausstellung von landwirtschaftlichen Maschinen

Foto: D.K.

sentierten. Die Organisatoren bereiteten auch eine internationale Konferenz, das „Innovationsforum“, vor, auf der Gäste aus dem In- und Ausland über bewährte Verfahren und Lösungen in der Landwirtschaft sprachen. Experten aus den industriellen Branchen berichteten über ihre Erfahrungen mit der Anwendung neuer Technologien in der landwirtschaftlichen Praxis. Bei einer Reihe von Podiumsdiskussionen mit Experten erhielten die Landwirte zahlreiche Tipps zur Verbesserung ihrer Produktivität.

Der Höhepunkt der zweitägigen Landwirtschaftsmesse, die vom Ermäldisch-Masurenischen Landwirtschaftsberatungszentrum organisiert wurde, war der Besuch des EU-Kommissars für Landwirtschaft, Janusz Wojciechowski, der die

gern gehörte Nachricht verkündete, dass die Europäische Kommission den nationalen Strategieplan genehmigt habe.

EU-Kommissar versprach Zuschüsse

Die Republik Polen ist trotz des Streits mit Brüssel über die Rechtsstaatlichkeit im polnischen Justizsystem eines von sieben EU-Ländern, denen dieses Privileg zuteil geworden ist. Der nationale Strategieplan bildet den Ausgangspunkt für die Festlegung der Grundsätze der gemeinsamen Agrarpolitik für die nächsten fünf Jahre, in denen Ziele wie die Verbesserung der Einkommen von Landwirten, der Umweltschutz und die Erhaltung der Artenvielfalt festgelegt werden. Der Plan legt besondere Wert auf die Bedürfnisse der Viehzüchter, damit die junge Generation ihre

Zukunft in der Rinder-, Schweine-, Schaf- oder Pferdezucht sieht.

Laut Wojciechowski müssen die polnischen Landwirte nicht befürchten, dass ihre Betriebe nicht mehr wachsen: „Die Landwirte bieten uns Ernährungssicherheit, wir müssen ihnen finanzielle Sicherheit bieten. Der von der Europäischen Kommission genehmigte nationale Strategieplan ermöglicht das.“ Die entwickelte Konzeption sieht unter anderem eine Angleichung der Fördermittel für kleinere landwirtschaftliche Betriebe sowie Beihilfen für die Tierhaltung in Abhängigkeit vom Wohlergehen der Tiere vor. Ein Landwirt, der das Wohlergehen der Tiere im Sinne der Vorschriften in vollem Umfang gewährleistet, kann mit hohen Zuschüssen rechnen.

MELDUNGEN

Heizen mit Abfällen

Allenstein – Auf einer der größten Baustellen Allensteins nahe dem Ostkreuz der Umgehungsstraße entsteht die Anlage für die thermische Umwandlung von Abfällen, eine der modernsten in Europa, die die Stadt bei der Wärmeproduktion unabhängig machen und das System der Abfallwirtschaft schließen soll. Am 14. September wurde offiziell die Druckprobe des Kessels der Anlage beendet. Dabei wurde ein Druck von 157 Bar angelegt, weit mehr als die bei normaler Nutzung entstehenden 65 Bar. „Ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Produktion von grüner, sauberer elektrischer und Wärmeenergie“ kommentierte Krzysztof Witkowski, der Vorsitzende der Gesellschaft Dobra Energia Dla Olsztyna (Gute Energie für Allenstein) den erfolgreichen Test. Ab der zweiten Hälfte kommenden Jahres soll die Energie aus der Anlage Häuser und Wohnungen der Allensteiner wärmen, und so die Nutzung fossiler Brennstoffe deutlich weiter senken. U.H.

Nehrungskanal eröffnet

Elbing/Kahlberg – Am 17. September wurde die Fertigstellung des Schiffahrtskanals vom Frischen Haff zur Danziger Bucht feierlich begangen, der nördlich von Elbing die Frische Nehrung durchschneidet. Präsident Duda, Premier Morawiecki und der Vorsitzende der Partei PiS, Kaczyński, betonten die patriotische Seite der Investition, die eine Fahrt der Schiffe durch das Pillauer Tief und damit russisches Hoheitsgebiet überflüssig machen soll. Kritiker halten den Kanal für zu flach, um große Schiffe mit Tragfähigkeit für einen ökonomisch sinnvollen Transport durchzulassen. Ökologische Vorbehalte gibt es, da der Kanal Wildtieren ihren natürlichen Weg von der Nehrung auf das Festland abschneidet. U.H.

MOHRUNGEN

Drei Jahrzehnte für die Völkerverständigung

Zu seinem 30. Jubiläum beging der Verein der deutschen Bevölkerung „Herder“ traditionell den Geburtstag des Philosophen

Gegen Ende August begeht der Verein der deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen traditionell den Geburtstag des dort geborenen großen Philosophen Johann Gottfried Herder. Dieses Jahr stand bei der Feier, die im Gemeindehaus der Michal-Kozal-Gemeinde stattfand, das 30-jährige Bestehen des Vereins im Mittelpunkt.

Neben der großen Anzahl Freunde und Wegbegleiter aus den 30 Jahren der Aktivität des Vereins aus der Bundesrepublik und der Republik Polen zeichneten zwei Dinge die Feierlichkeiten in der Kirche und im Gemeindesaal der Michal-Kozal-Gemeinde in Mohrungen aus: Sie war vom Gottesdienst bis zum letzten Ton der Tanzmusik am Ende der Feier ökumenisch und komplett deutsch-polnisch gehalten.

Mitten am Tag hört man selten einen Hahn krähen. Das war in Mohrungen bei der 30-Jahr-Feier des Vereins auch kein

Weckruf, sondern der Startschuss zum Auftritt der regionalen Tanzgruppe „Saga“ von der Deutschen Minderheit in Bartenstein. Während bei diesem Tanz

ein Tänzer als Hahn im Korb allein mit einigen jungen Damen fertig werden musste, gelang es den Organisatoren, eine ähnlich einsame Position auf sprach-

licher Ebene zu verhindern. Sämtliche Grußworte, unter anderem von Ingrid Tkacz von der Kreisgemeinschaft Mohrungen auf Deutsch oder von Mohrungens Vizebürgermeister Leszek Biernacki auf Polnisch, wurden in die jeweils andere Sprache übersetzt. Wer beide Sprachen konnte, sprach in beiden, wie Róża Kałkowska von der deutschen Gesellschaft in Elbing oder der Vorsitzende des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, Heinrich Hoch, der dem Verein „Herder“ eine Erinnerungstafel zum Geschenk machte.

Wiktor Marek Leyk, der Beaufrater des Marschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren für Minderheitenfragen, ergriff das Wort für Lob und Dank an die Gesellschaft „Herder“ zuerst auf Deutsch, ehe er auf Polnisch auf aktuelle Ereignisse und die historisch traditionelle Vielfalt der Kulturen in Ostpreußen einging. Eine Vielfalt, die auch der evangelische Pastor



Ein Gruß vom Verband: Heinrich Hoch (l.) überreicht eine Erinnerungstafel an Urszula Manka (r.), Monika Krzenzek (M.) trägt den Blumenstrauß

Wojciech Płoszek im Gottesdienst als Gast in der katholischen Michal-Kozal-Kirche thematisierte. Deren Pfarrer Dariusz Piórowski hielt später auf der Feier einen Vortrag zum berühmten Sohn Mohrungens und Namensgeber des Vereins Johann Gottfried Herder.

Im Sinne dieses Vertreters der Völkerverständigung und des europäischen Gedankens feierten im Gemeindesaal Protestanten und Katholiken, Polen und Deutsche gemeinsam einen Verein, der diese Ideale, die deutsche Kultur und die Erinnerung an ihn selbst hochhält – und das konsequent seit 30 Jahren. Gestärkt von der Torte zu diesem Anlass, die die Vorsitzende des Vereins Urszula Mańska feierlich anschneidet, nutzten die Gäste an diesem sommerlich heißen Sonnabend die Chance, zur Musik der Gruppe „Sonet“ aus Mohrungen mit Tanz das gemeinsame Vergnügen ausklingen zu lassen, und auf weitere 30 Jahre anzustoßen. Uwe Hahnkamp

Wir gratulieren...



Vortlage, Martha, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 3. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Barkschat, Karl-Heinz, aus Schelldorf, Kreis Ebenrode, am 2. Oktober

Kobiolka, Hildegard, geb. Mattern, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 1. Oktober

Schönemann, Waltraut, geb. Negraszus, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober

Sdorra, Fritz, aus Maschen, Kreis Lyck, am 6. Oktober

Serafin, Friedel, aus Klein Schläffen, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG**ZUM 100. GEBURTSTAG**

Giebler, Gertraut, geb. Wietz, aus Wehlau, am 30. September

Kusserow, Harry, aus Groß Warnau, Kreis Lötzen, am 30. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kriese, Margarete, geb. Löper, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baatz, Fritz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Kotowski, Hans, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 2. Oktober

Schmerl, Ella, geb. Glowatz, aus Lyck, am 30. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brüttigam, Wilhelm, LOW, Kasseler Gruppe, am 30. September

Martens, Irmgard, geb. Danowski, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 4. Oktober

Philippzik, Ruth, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Oktober

Polixa, Oskar, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 4. Oktober

Ströh, Erika, aus Lyck, am 2. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kiehr, Herta, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober

Mensak, Herbert, aus Salza, Kreis Lötzen, am 3. Oktober

Nestler, Ingard, geb. Eichel, aus Lyck, am 5. Oktober

Sziegoleit, Werner, aus Krauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. Oktober

Wilkop, Ursula, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Engler, Hedwig, geb. Pfeiffer, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Oktober

Gnewuch, Willi, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 30. September

Knafla, Alfred, aus Winrichsrode, Kreis Neidenburg, am 6. Oktober

Zusendungen für die Ausgabe 41/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 41/2022 (Erstverkaufstag 14. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 4. Oktober**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kruska, Gertrud, geb. Bahro, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 5. Oktober

Neiß, Renate, geb. Pfennig, aus Wehlau, am 6. Oktober

Scholla, Reinhard, aus Seedorf, Kreis Treuburg, am 1. Oktober

Weinknecht, Klaus, aus Lyck, Yorkstraße 35, am 30. September

Zachau, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Emde, Hannelore, geb. Döhring, aus Schall, Kreis Wehlau, am 2. Oktober

Engelbecht, Ursula, geb. Schukat, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 1. Oktober

Engels, Karl-Heinz, aus Parthenen, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Feyerabend, Günther, aus Lötzen, am 6. Oktober

Hallbach, Käte, geb. Neumeier, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 4. Oktober

Krumpholz, Magdalena, geb. Bansi, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober

Siebenhaar, Ursula, geb. Podlasly, aus Treuburg, am 5. Oktober

Smollich, Günter, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Tretzak, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 73, am 3. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bandilla, Sergey, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 30. September

Barzik, Maximilian, aus Kielen, Kreis Lyck, am 6. Oktober

Bergmann, Ewald, aus Guttstadt, Glottauer Vorstadt 31, Kreis Heilsberg, am 3. Oktober

Burmeister, Hildegard, geb. Tusat, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 4. Oktober

Chaymowski, Horst, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 1. Oktober

Dziarstek, Herbert, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Oktober

Hartel, Elfriede, geb. Joswig, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

Kowalewski, Eva-Maria, geb. Dorss, aus Treuburg, am 3. Oktober

Pellny, Brunhilde, geb. Bondzio, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 3. Oktober

Gronau, Gerhard, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober

Groß, Gerhard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 30. September

Jankowski, Herta, geb. Lopian, aus Schwidern, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

Kaulbarsch, Werner, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 30. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Benz, Reinhold, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 30. September

Blüm, Otto, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 1. Oktober

Bock, Silvia, geb. Czymoch, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 30. September

Elenis-Mamisas, Lilli, geb. Marzinzik, aus Ortelsburg, am 5. Oktober

Gronau, Gerhard, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober

Groß, Gerhard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 30. September

Jankowski, Herta, geb. Lopian, aus Schwidern, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

Kaulbarsch, Werner, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 30. September

Lippe, Helga, geb. Michalski, aus Compehnen, Kreis Fischhausen, am 30. September

Skibba, Hans, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 5. Oktober

Stock, Waltraut, geb. Przykopp, aus Borken, Kreis Treuburg, am 3. Oktober

Ziemmeck, Dieter, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 2. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dorka, Eckhart, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 30. September

Stadie, Herta, geb. Medved, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 1. Oktober

ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage



29,95 € inkl. Versand

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg
Tel. 040/4140 080
selke@ostpreussen.de

Piper, Ingrid, geb. Topat, aus Riebau, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober

Rupprecht, Reinhold, aus Walden, Kreis Lyck, am 5. Oktober

Schiemann, Werner, aus Neudamm, Kreis Königsberg, am 1. September

Schnierda, Ursula, geb. Nowakowski, aus Lyck, Morgenstraße 3, am 4. Oktober

Schulz, Ruth, geb. Wenzek, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 30. September

Schütt, Gertrud, geb. Blumenthal, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 5. Oktober

Stanko, Werner, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Oktober

Sylvester, Hilla, geb. Jundel, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober

Tietz, Gerhard, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dawideit, Werner, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober

Sawieurcha, Karl-Heinz, aus Fylitz, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober

Stadie, Herta, geb. Medved, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 1. Oktober

Kairies, Erich, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober

Kriesell, Ulrich, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober

Nicolovius, Hannelore, aus Treuburg, am 6. Oktober

Szagun, Werner, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober

ZUM 70. GEBURTSTAG

Lüneburg – Sonntag, 2. Oktober, 16.30 Uhr, im SCALA Programmokino, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg: „Es ist ein Elch entsprungen“, Filmvorführung mit einer Einführung von Christoph Hinkelmann, Eintritt: 11,- Euro, ermäßigt: 9,50 Euro, Gäste unter 18 Jahren: 6,- Euro.

Zum Abschluss der aktuellen Sonderausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums „Der Elch – Klischee und Wirklichkeit eines Symboltiers“ wird in dem Film „Es ist ein Elch entsprungen“ mit den bekannten Schau-

spielern Mario Adorf und Anja Kling die lustige Seite des Elches gezeigt. Bei diesem Film für die ganze Familie haben Groß und Klein etwas zu lachen.

Wer glaubt schon an den Weihnachtsmann? Der kleine Bertil jedenfalls nicht mehr. Doch als eines Tages ein Elch durchs Dach mitten ins Wohnzimmer kracht und berichtet, dass er für den „Chef“ auf Probefahrt war, wird Bertil nachdenklich. Der Film basiert auf dem gleichnamigen Buch von Andreas Steinhöfel, erschienen 1995 im Carlsen Verlag, Hamburg.

**Ostpreußisches Landesmuseum**

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

4. November: Arbeitstag der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

**Hinweis**

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

**Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen**

Auskünfte erhalten Sie bei der

Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826,

E-Mail: info@ostpreussen.de,

Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe,
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat

Ansbach – Sonntag, 2. Oktober,
14.30 Uhr, Schrannensaal, Dinkels-
bühl: Tag der Heimat.

Der Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Bayern, Christoph Stabe, wird die Festansprache halten, für das Kulturprogramm wird die „Tanz- und Spädeel Leba“ aus Erlangen pommersche Volksmusik und -tänze in Tracht vorführen.

Vortrag eines Eisenbahners

Ansbach – Sonnabend, 15. Okto-
ber, 15 Uhr Orangerie: Treffen der
Mitglieder.

Rainer Claassen,stellvertreter-
der Vorsitzender der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in
Bayern, berichtet über Lebenssta-
tionen eines Eisenbahners: Von
Württemberg nach Ostpreußen.

Tag der Heimat

Hof – Sonnabend, 8. Oktober,
11 Uhr, Mahnmal der Vertriebenen,
Blücherstraße: Feierstunde des
Bunds der Vertriebenen (BdV),
Kreisgruppe Hof.

Unter dem Leitwort „Vertrie-
bene und Spätaussiedler: Brücke-
bauer in Europa“, der Mitwirkung
des Posaunenchores der Luther-
kirche und der Volkstanzgruppe im
BdV Hof werden Vorsitzender
Christian Joachim, Vertreter der
Stadt und des Landkreises Hof der
Toten gedenken und durch die
Kranzniederlegung an die Millio-
nen Opfer der Weltkriege erin-
nern. Die Bevölkerung der Stadt
und des Landkreises Hof ist herz-
lich eingeladen, an der Veranstal-
tung teilzunehmen. Trachten sind
ausdrücklich erwünscht.

Schabbern wie daheim

Hof – Die Landsmannschaft der
Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe
Hof, traf sich im September in
der Gaststätte Jahnheim. Vorsitzender
Christian Joachim begrüßte Mitglie-
der und Gäste und gratulierte den
Geburtstagskindern.

Am „Tag der deutschen Sprache“ ließ es sich Vorsitzender Christian Joachim nicht nehmen, über den ostpreußischen Dialekt zu referieren. Leider ist dieser in seiner unverfälschten Form immer weniger zu hören. Aber viele Begriffe haben sich in die heutige Zeit gerettet. Die Sprache wurde von den Menschen, die in Ostpreußen lebten, mitgebracht. Wenn man die ursprüngliche Herkunft der Bewohner betrachtet, war Ostpreußen „eine Musterkarte Europas“. Im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung ergaben sich innerhalb des Preußenlandes Vermischungen. Kolonisten kamen mit dem deutschen Ritterorden aus Nieder- und Mitteldeutschland, aus Holland, Westfalen, Niedersachsen und der Mark, und aus den Kolonisationsgebieten östlich der Elbe, aus Lübeck, Pommern und Schlesien. Jede dieser Volksgruppen brachte neben Bräuchen und Eigenschaften auch ihre Sprache mit. Dank der klugen Siedlungs- politik des Ordens gelang eine Verschmelzung der Urbevölkerung mit den Ansiedlern. Im 16. Jahrhundert siedelte Herzog Albrecht Holländer und Mennoniten an. Nach den Verlusten infolge der Pestjahre 1708-10 wurden französische Schweizer und Hugenotten in das Land gerufen. Einige Zeit später folgten Einwanderer aus Nassau und der Pfalz und 1732 etwa 15.000 Salzburger, die aus Glau- bensgründen die Heimat verlassen mussten. In den Städten, besonders in den Hafenstädten, siedelten sich Schotten und Engländer an. Während des napoleonischen Kriegs blieb mancher Soldat im Lande, und 1825 kam die russische Sekte der Philipponen dazu. Ein kleiner Exkurs in das Wörterbuch der ostpreußischen Dialektbegriffe

stieß bei den Zuhörern auf reges Interesse und wurde eifrig ergänzt. Niederpreußisch, so ergänzte der Vorsitzende, ist ein Dialekt des Ostniederdeutschen, der bis 1945 in Ost-, Westpreußen und Danzig gesprochen wurde. Diese Dialektform steht sprachwissenschaftlich im Kontrast zu den Dialekten mitteldeutscher Einwanderer. Allerdings ist das Niederpreußische dem Untergang geweiht, da der Großteil der Niederpreußischsprecher zu Kriegsende aus Ostpreußen floh oder von dort vertrieben wurde. Die Flüchtlinge passten sich der Sprache der jeweiligen Gegend an, um sich zu assimilieren, und vermieden es, außerhalb der Familie ihren Heimatdialekt zu sprechen. Von den übrigen ostniederdeutschen Dialekten unterscheidet sich das Niederpreußische durch viele Gemeinsamkeiten mit dem Hochpreußischen. Seine wichtigsten Merkmale sind die Entrundung (Kenig, Brieder statt König, Brüder), eine Vorliebe für Verkleinerungssilben (wie -ke bei Gottke und -che bei Hundche, Mutterche) und „nuscht“ für „nichts“. Dazu kommen Lehnwörter aus den baltischen Sprachen, aus dem Polnischen und Masurischen. Diese sind für die Ostpreußischen Dialekte typisch und wurden zum Teil auch im hochdeutschen Sprachmilieu der Region verwendet, wie Bowke für kecker Bursche (bowa: Unterhaltung, Kurzweil), Dubs für Gesäß (dubris: tiefe Stelle), schabbern für reden (zaberoti: plappern, schwatzen).

Den Ausflug in die Sprachlandschaften Ostpreußens und ihre Eigenheiten beendete Joachim mit dem Wunsch und der Bitte, aus Liebe zu Ostpreußen den noch bekannten Wortschatz innerhalb der Familie zu pflegen und zu erhalten. **Jutta Starosta**

Der Elch, Heimatsymbol der Ostpreußen

Hof – „Und die Meere rauschen den Choral der Zeit, Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit.“ Mit

der dritten Strophe des Ostpreußengedichts leitete zweite Vorsitzende Jutta Starosta ihren Vortrag über den Elch ein. Dieser steht Paten für die Schönheit der ostpreußischen Landschaft und ist gleichzeitig das Heimatsymbol der Ostpreußen. 1957 trug die Landsmannschaft der Ostpreußen die schwarze Elchschaufel als „Warenzeichen“ ein. Seitdem ist diese ein beliebtes Erkennungszeichen und Identifikationssymbol.

Elche und Menschen sind schon seit der Steinzeit vertraute Nachbarn. Das belegen zahlreiche Funde in Ausgrabungsstätten und Höhlemalereien.

Der Elch ist der größte Vertreter aus der Familie der Hirsche. Mit einer Schulterhöhe bis 2,3 Metern, einer Körperlänge bis zu drei Metern und einem Gewicht bis 800 Kilogramm übertrifft er die anderen Hirscharten deutlich. Der massive Körper besitzt lange Beine. Seitlich betrachtet fällt ein kleiner Buckel im Rückenbereich über den Vorderläufen auf. Dieser sogenannte „Elchbuckel“, ein erhöhter Widerrist, entsteht durch Bänder und Muskeln, die das Gewicht des Weihers tragen. Der Kopf ist länglich und trägt bei den männlichen Tieren ein Geweih, das jährlich abgeworfen und neu gebildet wird.

Elche findet man auf der gesamten Nordhalbkugel. Zeitweise galt das Tier als fast ausgestorben. In Ostpreußen waren Elche durch Dekrete der brandenburgisch-preußischen Herrscher bereits ab 1638 geschützt. Doch auch hier schwankte ihre Zahl. Während des Siebenjährigen Krieges 1756-1763 zählte man sieben Tiere, im Jahr 1914 etwa 800 Stück, 1945 rund 1500 Exemplare.

Schon vor dem Krieg galten Darstellungen von Elchköpfen und Elchschaufeln als volkstümliche Symbole für die ostpreußische Heimat. Eindrucksvoll sind die Elche auf den Kurenwimpeln der Fischerboote am Kurischen Haff. Ortschaften, Städte und Kreise, zum Beispiel Allenburg, Heyde-



Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 6349 83
BIC: FUBKDE71



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke,
Alter Hessenweg 13, 21335 Lüne-
burg, Tel.: (04131)42684, **Schrift-
führer und Schatzmeister:** Hilde
Pottschien, Volgerstraße 38, 21335
Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz
Kutzinski, Im Wiesengrund 15,
29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz
Folger, Sommerlust 26, 38118
Braunschweig, Tel.: (0531)
2509377. **Bezirksgruppe Weser-
Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp
22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901)
2968

Filmvorführung

Oldenburg – 12. Oktober, 15 Uhr,
Stadthotel, Hauptstraße 38, 26122
Oldenburg-Eversten: DVD-Vorfüh-
rung „Marthelchen“; Elfi Hoppe
hat ihr Projekt Marthelchen – nach
einem Büchlein und einer Hör-CD –
nun um einen Videofilm erwei-
tert. Ihn wollen wir im Beisein von
Hoppe vorführen. Telefon (0441)
5009-0, denken Sie bitte an Ihren
Verzehr am Veranstaltungsort.

Bericht

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg lud ihre Mitglieder und Freunde wieder zu einer Veranstaltung ins Stadthotel Oldenburg ein. Gisela Borchers stellte drei Schlesier vor, die nach der Vertreibung in Oldenburg einen Wiederanfang wagten oder ihre Wirkungsstätte in Oldenburg fanden.

Johannes Rieger gründete in Oldenburg seinen Farbengroßhan-
del wieder, den er bereits in Gleiwitz, Oberschlesien betrieben hatte und weitete seinen Geschäftsbereich auf mehrere Einzelhan-
delsgeschäfte aus.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonneiere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

AZ-03-B

LANDESGRUPPEN UND HEIMATKREISE

Fortsetzung von Seite 15



Schleswig-Holstein

Schlachter Eberhard Monse aus dem Kreis Habelschwerdt, Schlesien, gründete in Oldenburg sein Unternehmen, nachdem er zunächst in Delmenhorst gelernt hatte. Mittagstisch und Suppentreff bei Monse waren legendär in Oldenburg.

Der Bildhauer Uwe Reimann aus Jauer, Schlesien, ist mit seinen Skulpturen sehr präsent in Oldenburg und im ganzen Oldenburger Land.

Wieder ließ der Besuch zu wünschen übrig: für 20 Personen ist es schwer, ein anspruchsvolles Programm mit auswärtigen Referenten zu planen.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 94549, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Herbsttagung

Landesgruppe – Sonnabend, 8. Oktober, 10 bis 15 Uhr Haus Union, Schenkendorffstraße, Oberhausen: Herbsttagung (Kultur- und Frauentagung) der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW. Interessierte sind willkommen.

Vorsitzender: Edmund Ferner,

Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Erntedank

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 11. Oktober, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Erntedank mit Pastorin Ulla Wichmann. Erntedank ist eine Feier im Herbst, nachdem die Ernte eingebracht wurde, um Gott für die Gaben der Ernte zu danken.

Dieses, eines der ältesten Feste, will die LM Ost-, Westpreußen und Danzig mit Mitgliedern und Gästen feiern. Gäste sind herzlich willkommen!

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Sonntag, 2. Oktober, 10 Uhr, Kirchengemeinde St. Michael: Erntedankfest.

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810,

GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Bericht

Bad Nenndorf – Von Freitag bis Sonntag fand im September das

jährliche Kreistreffen/die Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung statt. In diesem Jahr nahmen 57 Personen teil. Bereits am Freitag tagte die Delegiertenversammlung. Am Sonnabend trafen die Teilnehmer ein, die sich schon am Vormittag die ersten Vorträge und Filmbeiträge über Ostpreußen konnten, unter anderem zeigte Dieter Wenskat Bilder seiner letzten Reise in die Elchniederung. Der offizielle Teil der Veranstaltung begann mit der Begrüßung durch den Kreisvertreter, danach sprach der Landrat der Grafschaft Bentheim, Patenkreis der Elchniederung, Uwe Fietzek. Nach der Totenehrung folgten Andachtsworte von Pfarrer Loeper, er ist Nachfahre vom Kirchspiel Groß-Friedrichsdorf. Nach dem Rechenschaftsbericht des Versammlungsleiters Fritz Klingsporn mit Kassenbericht, Wirtschafts- und Ertragsplan erfolgte die Wahl für die Kirchspiele Inse, Tawe und Loya. Dies war erforderlich, da der bisherige Kirchspielvertreter Wolfgang Nienke vor Kurzem verstorben ist. Als neue Kirchspielvertreterin wurde Gisela Hahn gewählt, die sich den Mitgliedern kurz vorstellte und über ihre Verbindung zur Elchniederung erzählte.

Zum Abschluss des offiziellen Teils stand noch eine Ehrung an: Für seine Leistungen und seinen Einsatz für die Kreisgemeinschaft Elchniederung wurde Fritz Klingsporn – Versammlungsleiter und Kirchspielvertreter für Heinrichswalde – die silberne Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.

Am Sonntag gab es die Möglichkeit, das Agnes-Miegel-Haus in

Bad Nenndorf zu besichtigen und an einer kleinen Führung teilzunehmen.



75 Jahre Patenschaft: Der Hagener Oberbürgermeister, Erik Schulz, überreicht der Kreisvertreterin, Bärbel Wiesensee, die Ehrenurkunde

Bad Nenndorf zu besichtigen und an einer kleinen Führung teilzunehmen.
Manfred Romeike

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkirchen, Telefon (02163)

898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkrestreffen der Kreisgemeinschaft Lyck

Hagen – Endlich war es wieder möglich. Am letzten Augustwochenende trafen sich die Mitglieder und Freunde der Kreisgemeinschaft Lyck e.V. (KG) in ihrer Partnerstadt Hagen.

Nach zweijähriger Zwangspause fand am Sonntag das Kreistreffen im Hotel Mercure in Hagen statt. Zuvor trafen sich schon die Mitglieder des Vorstandes und des Kreistages zu ihren Sitzungen am Freitag und Sonnabend. Am Son-

abendnachmittag wurden, im Gedanken an Flucht und Vertreibung, Kränze an den Lycker Steinen in Hagen niedergelegt.

Das Kreistreffen am Sonntag stand im Zeichen des diesjährigen 75-jährigen Bestehens der Kreisgemeinschaft Lyck. Die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee begrüßte aus diesem Anlass zur Feierstunde zahlreiche Ehrengäste und den Kreisältesten der KG Lyck, Gerd Bandilla. Zu den Ehrengästen gehörten der Oberbürgermeister der Stadt Hagen, Erik O. Schulz, Hans Dieter Fischer, 1. Bürgermeister von Hagen, Klaus Arno Lemke, Vorsitzender der LO-Landesgruppe NRW, Jens Bergmann vom Hagen Heimatbund sowie Emanuel Schmidt, Vertreter der Bevölkerungsgruppe Banather Schwaben. Diese richteten eine Grußnote in ihrer jeweiligen Funktion an die Gäste.

Weiterhin gehörte zu den Ehrengästen Heiko Hendriks, Beauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Ausiedlern und Spätaussiedlern im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW. In seiner Festrede würdigte er die Arbeit der KG in den letzten 75 Jahren. Er nahm Bezug auf die aktuelle Situation in Europa, insbesondere die noch anhaltende Pandemie und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Dazu spannte er den Bogen in seiner Rede in die heutige Zeit und wies darauf hin, dass es unbedingt notwendig sei, unserer heutigen Jugend die Erlebnisse und die Geschichten der Vertriebenen in den Bildungseinrichtungen des Landes zu vermitteln. Darin sehe er eine seiner Hauptaufgaben

Rätsel

Laubbaum, Ölbaumgewächs	▼	Arznei-mittel-kunde	▼	Hoher, Stuhl ohne Lehne	▼	Brut-stätte, Nest	▼	Gebärde	euro-p. Hoch-geburgs-teil	▼	Salzana-me des Ame-rikaners	Wein-stock	▼	emper-kieltern (Pflan-zen)	monar-chische Staats-form	▼	Brauch, Sitte (late-nisch)	▼	student. Organi-sation (Abk.)	▼	Besitz, Ver-mögen	verant-wortlich führen			
schmut-zig, fettig	►					Vor-de-asiat	►																		
früherer persi-scher Titel	►			früher. 1. Klasse des Gym-nasiums	►						feines Baum-woll-ge-webe	►													
Impfstoff	Gebirgs-übergang	Nacht-vogel	►																						
spani-sche Reis-speise	►			spaßig, komisch																					
netz-artiges Gewebe																									
wunszu-sfrieden	►																								
Schüttlerrätsel:																									
Magisch: 1. Zahltag, 2. Slipper, 3. Lametta, Autourin, 5. Geburtstag, 6. Universität, 7. Hugenotte – Mitteleuropäer: 1. Städte, 2. Kreedeter, 3. Lestaten, 4. Alkohol, 5. Geblüte, 6. Uniflorin, 7. Lippenstift, 8. Käferkäfer, 9. Käferkäfer, 10. Käferkäfer, 11. Käferkäfer, 12. Käferkäfer, 13. Käferkäfer, 14. Käferkäfer, 15. Käferkäfer, 16. Käferkäfer, 17. Käferkäfer, 18. Käferkäfer, 19. Käferkäfer, 20. Käferkäfer, 21. Käferkäfer, 22. Käferkäfer, 23. Käferkäfer, 24. Käferkäfer, 25. Käferkäfer, 26. Käferkäfer, 27. Käferkäfer, 28. Käferkäfer, 29. Käferkäfer, 30. Käferkäfer, 31. Käferkäfer, 32. Käferkäfer, 33. Käferkäfer, 34. Käferkäfer, 35. Käferkäfer, 36. Käferkäfer, 37. Käferkäfer, 38. Käferkäfer, 39. Käferkäfer, 40. Käferkäfer, 41. Käferkäfer, 42. Käferkäfer, 43. Käferkäfer, 44. Käferkäfer, 45. Käferkäfer, 46. Käferkäfer, 47. Käferkäfer, 48. Käferkäfer, 49. Käferkäfer, 50. Käferkäfer, 51. Käferkäfer, 52. Käferkäfer, 53. Käferkäfer, 54. Käferkäfer, 55. Käferkäfer, 56. Käferkäfer, 57. Käferkäfer, 58. Käferkäfer, 59. Käferkäfer, 60. Käferkäfer, 61. Käferkäfer, 62. Käferkäfer, 63. Käferkäfer, 64. Käferkäfer, 65. Käferkäfer, 66. Käferkäfer, 67. Käferkäfer, 68. Käferkäfer, 69. Käferkäfer, 70. Käferkäfer, 71. Käferkäfer, 72. Käferkäfer, 73. Käferkäfer, 74. Käferkäfer, 75. Käferkäfer, 76. Käferkäfer, 77. Käferkäfer, 78. Käferkäfer, 79. Käferkäfer, 80. Käferkäfer, 81. Käferkäfer, 82. Käferkäfer, 83. Käferkäfer, 84. Käferkäfer, 85. Käferkäfer, 86. Käferkäfer, 87. Käferkäfer, 88. Käferkäfer, 89. Käferkäfer, 90. Käferkäfer, 91. Käferkäfer, 92. Käferkäfer, 93. Käferkäfer, 94. Käferkäfer, 95. Käferkäfer, 96. Käferkäfer, 97. Käferkäfer, 98. Käferkäfer, 99. Käferkäfer, 100. Käferkäfer, 101. Käferkäfer, 102. Käferkäfer, 103. Käferkäfer, 104. Käferkäfer, 105. Käferkäfer, 106. Käferkäfer, 107. Käferkäfer, 108. Käferkäfer, 109. Käferkäfer, 110. Käferkäfer, 111. Käferkäfer, 112. Käferkäfer, 113. Käferkäfer, 114. Käferkäfer, 115. Käferkäfer, 116. Käferkäfer, 117. Käferkäfer, 118. Käferkäfer, 119. Käferkäfer, 120. Käferkäfer, 121. Käferkäfer, 122. Käferkäfer, 123. Käferkäfer, 124. Käferkäfer, 125. Käferkäfer, 126. Käferkäfer, 127. Käferkäfer, 128. Käferkäfer, 129. Käferkäfer, 130. Käferkäfer, 131. Käferkäfer, 132. Käferkäfer, 133. Käferkäfer, 134. Käferkäfer, 135. Käferkäfer, 136. Käferkäfer, 137. Käferkäfer, 138. Käferkäfer, 139. Käferkäfer, 140. Käferkäfer, 141. Käferkäfer, 142. Käferkäfer, 143. Käferkäfer, 144. Käferkäfer, 145. Käferkäfer, 146. Käferkäfer, 147. Käferkäfer, 148. Käferkäfer, 149. Käferkäfer, 150. Käferkäfer, 151. Käferkäfer, 152. Käferkäfer, 153. Käferkäfer, 154. Käferkäfer, 155. Käferkäfer, 156. Käferkäfer, 157. Käferkäfer, 158. Käferkäfer, 159. Käferkäfer, 160. Käferkäfer, 161. Käferkäfer, 162. Käferkäfer, 163. Käferkäfer, 164. Käferkäfer, 165. Käferkäfer, 166. Käferkäfer, 167. Käferkäfer, 168. Käferkäfer, 169. Käferkäfer, 170. Käferkäfer, 171. Käferkäfer, 172. Käferkäfer, 173. Käferkäfer, 174. Käferkäfer, 175. Käferkäfer, 176. Käferkäfer, 177. Käferkäfer, 178. Käferkäfer, 179. Käferkäfer, 180. Käferkäfer, 181. Käferkäfer, 182. Käferkäfer, 183. Käferkäfer, 184. Käferkäfer, 185. Käferkäfer, 186. Käferkäfer, 187. Käferkäfer, 188. Käferkäfer, 189. Käferkäfer, 190. Käferkäfer, 191. Käferkäfer, 192. Käferkäfer, 193. Käferkäfer, 194. Käferkäfer, 195. Käferkäfer, 196. Käferkäfer, 197. Käferkäfer, 198. Käferkäfer, 199. Käferkäfer, 200. Käferkäfer, 201. Käferkäfer, 202. Käferkäfer, 203. Käferkäfer, 204. Käferkäfer, 205. Käferkäfer, 206. Käferkäfer, 207. Käferkäfer, 208. Käferkäfer, 209. Käferkäfer, 210. Käferkäfer, 211. Käferkäfer, 212. Käferkäfer, 213. Käferkäfer, 214. Käferkäfer, 215. Käferkäfer, 216. Käferkäfer, 217. Käferkäfer, 218. Käferkäfer, 219. Käferkäfer, 220. Käferkäfer, 221. Käferkäfer, 222. Käferkäfer, 223. Käferkäfer, 224. Käferkäfer, 225. Käferkäfer, 226. Käferkäfer, 227. Käferkäfer, 228. Käferkäfer, 229. Käferkäfer, 230. Käferkäfer, 231. K																									

Heimatkreisgemeinschaften

in seiner Funktion. Höhepunkt der Feierstunde war die Übergabe einer Ehrenurkunde der Stadt Hagen anlässlich des 75-jährigen Bestehens der KG Lyck von Oberbürgermeister Schulz an die KG, in Vertretung ihrer Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee. Die Urkunde wird ihren gebührenden Platz in unseren Räumlichkeiten finden.

Unbedingt zu erwähnen sind die hervorragende Moderation der Feierstunde durch Peter Mook und die Rezitation zweier Gedichte durch Anneliese Wickel. Die musikalische Begleitung übernahm Dai-Röhl, Max Reger-Musikschule.

Nach dem Ende der Feierstunde kam es bis zum späten Nachmittag zu zahlreichen Treffen, Gesprächen und dem Austausch von Gedanken und Erlebnissen. Dazu wurden kulinarische Speisen und Getränke durch die Mitarbeiter des Hotels Mercure angeboten.

Andreas Schenkewitz

70. Geburtstag auch das 30. Jubiläum als 1. Vorsitzende unseres Deutschen Vereins Heide in Heydekrug begehen. Wir gratulieren recht herzlich der Jubilarin und bedanken uns für die jahrzehntelange sehr gute Zusammenarbeit mit der AdM und ihr Wirken für unsere Landsleute im Kreis Heydekrug.

Alles Gute für die Zukunft, insbesondere Gesundheit und Kraft für noch viele gemeinsame Jahre wünscht die Arbeitsgemeinschaft Memellandkreise.

Die Glückwünsche gehen nach LT-99169 Silute, Ventes 31, Telefon (00370) 671 02051. Uwe Jurgsties

Neu geboren, um zu leben

Memel – Unsere Gruppe besteht aus elf Senioren. Wir hatten keine Kindheit, keine Jugend. Wir wurden nicht geschult, wir wurden ausgegrenzt, weil unser Blut wie von unseren Eltern und Vorfahren aus dem Memelland deutsch ist und bleiben wird. Wir haben Krieg gesehen, wir haben Gewalt gesehen, wir haben gesehen, wie Frauen vergewaltigt wurden, wir sind über Leichen gegangen und haben nichts als Schmerz gesehen, viele von uns mussten Zeit in den Lagern verbringen, wuchsen als Waisen auf, wir mussten im Stroh schlafen und uns mit Stroh zudecken. Der Hunger nach dem Krieg und die Kälte haben tiefe Narben in unseren Herzen hinterlassen. Viele von uns mussten ihre Namen ändern, um nicht als Faschisten bezeichnet, gefoltert und vergewaltigt zu werden. Wir haben unsere Kinder so gut wie möglich erzogen, aber nicht einmal in der Richtung und Kultur, die wir wollten. Und die Frustration wuchs noch, als die Kinder einiger Senioren wie Vögel in eine fremde Welt flogen und allein gelassen wurden.

Wir hatten aber Glück und wir sind wie neu geboren! In Memel wurde Dank unseres Vorsitzenden Heiko Roland Kressin und der Mitglieder wie Karina Krigeryte, Zermen Kressin, Judita Elbert, Stefan Elbert ein Verein gegründet. Dank dieser Menschen sind wir wie neu geboren. Wir sind unserem Vorsitzenden dankbar, dass wir uns treffen können. Wir sehen in den Augen anderer Mitglieder, was wir selbst durchlebt haben. Wir halten uns an den Händen und drücken unsere große Liebe zu der deutschen Sprache aus, der Sprache unserer Mütter, die wir als Kinder hörten. Wir kannten die deutsche Kultur nicht, und heute wird uns bewusst, dass wir etwas wert sind, weil wir Deutsche sind. Wir reisen viel, treffen uns und unterhalten uns mit Gästen. Die Freude ist immer groß, wenn die Kinder und Enkelkinder der Senioren auch kommen.

Hilda Kalvys

tagssitzung 2022 der Kreisgemeinschaft (KG) Neidenburg e.V. statt.

Da wieder vier Jahre vergangen waren, standen die Neuwahlen auf dem Programm. Die Mitglieder hatten bis zum 15. Juli ihre Wahl vorgenommen und ihre Kandidaten dem Wahlausschuss mitgeteilt. Aus dem ehemaligen Kreistag stellten sich Ruth Bahr, Siegrid Bießner und Günther Ernst nicht mehr zur Wiederwahl. Jürgen Kowalek war zwischenzeitlich verstorben. Dafür wurden Ruth Brandt, Ute Kondritz, Mike Dienstbier und Dirk Zielinski neu in den Kreistag gewählt. In der konstituierenden Sitzung wurden folgende Personen mit dem entsprechenden Aufgabenbereich, vom neuen Kreistag gewählt: Ulrich Pokraka ist Kreisvertreter und Vorsitzender; Ute Kondritz ist stellvertretende Kreisvertreterin; Wilfried Brandt ist Schriftleiter; Ruth Brandt ist Schatzmeisterin; Gisela Merchel ist Mitgliederdatenbearbeiterin; Marion Haedge ist Beisitzerin; Martin Hennig ist Internetbeauftragter und Lektor; Ulrich Hoffmann ist zuständig für die Heimatstuben, Frank Jork und Reinhard Kayss für die Familienforschung, Gisela Klima-Axmann für die Bruderhilfe; Lutz Knief ist Revisor und zuständig für die Gratulationen, Jürgen Szepanek ist ebenfalls Revisor, erteilt Ausküfte und übernimmt den Vertrieb von Dokumentationen; Mike Dienstbier ist Revisor; Dirk Zielinski ist Protokollführer; Gerhard Toffel ist Kreisältester.

Nachdem alle gewählten Mitglieder ihre Posten annahmen erfolgte eine kleine Aussprache. Da wegen der Corona Pandemie in den vergangenen Jahren, nur wenig Aktivitäten stattfanden, gab es auch nicht so viel zu berichten. Der Kreisvertreter dankte allen Teilnehmern und beendete die Kreistagsitzung 2022.

Ulrich Pokraka

Heimattreffen

Bochum – Nach zweijähriger Corona Pause fand unser Neidenburger Heimattreffen wieder statt. Die Organisatoren hatten doch gewisse Zweifel, ob viele Landsleute den Weg nach Bochum finden würden. Doch schon sehr früh kamen die ersten Besucher voller Erwartung. Pandemiebestimmt war es nicht möglich, einen Chor für die musikalische Unterhaltung zu bekommen. Auch der Pfarrer hatte für das Geistliche Wort kurzfristig abgesagt. So musste das Programm ein wenig abgeändert werden.

Der offizielle Teil begann mit der Begrüßung und den einführenden Worten des Kreisvertreters. Die Grußworte der Stadt Bochum, durch die Bürgermeisterin Züleyha Demir, in Vertretung des Oberbürgermeisters Thomas Eiskirch, folgten im Programmablauf. Sie stellte die doch schwierige Arbeit der Vereine, in den krisenbehafteten Zeiten in den Vordergrund. Sie fand schöne und passende Worte, um diese Arbeit zu würdigen.

Auch das Lied der Ostpreußen "Land der dunklen Wälder" und das Lied der Deutschen "Einigkeit und Recht und Freiheit" wurde gemeinsam gesungen. Danach folgte ein sehr interessanter Vortrag über Familienforschung, von unserem Familienforscher Reinhard Kayss. Der Vortrag fand die Anerkennung und viel Beifall von den Teilnehmern des Treffens.

FOTO: UWE JURGSTIES

Gerlinda Stunguriene wird 70
Gerlinda Stunguriene geb. Gruschpalkyte wurde am 5. Oktober 1952 in Windenburg geboren und kann in diesem Jahr neben ihrem



Gerlinda Stunguriene

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Neues aus der KG

Bochum – Am 3. September fand im Kunstmuseum Bochum die satzungsgemäß einberufene Kreis-

Starke Farben Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2023“

Der neue Kunstkalender „Ostpreußen und seine Maler“ für das Jahr 2023 erscheint erstmalig im DinA3-Format.

Der Kalender enthält für jeden Monat ein Blatt mit großem Motiv aus der ostpreußischen Farbwelt. Rechts daneben ist ein schmales Kalendarium abgedruckt, aus dem der jeweilige Monat, das Jahr und die entsprechenden Wochentage hervorgehen, wobei Sonn- und Feiertage in einem kräftigen Rot leuchten, regionale Feiertage sind in einem blassen Rot gehalten.



Ernst Bischoff-Culm, Junges Fischerpaar, Öl, um 1908 Foto: LO

Die Motive zeigen Szenen aus der Flora, Fauna und der Lebenswelt Ostpreußens.

„Starke Farben“, schreibt der Kurator des Ostpreußischen Landesmuseums in seinem Vorwort für diesen Kalender, „haben die ostpreußischen Maler nach 1945 eingesetzt, um die Erinnerungen an die verlorenen

gegangene Heimat festzuhalten, so dass man sie sich immer wieder vor Augen führen kann, wenn die inneren Bilder drohen zu verblasen.“ Künstler wie Eduard Bischoff, Ernst Mollenhauer, Alexander Kolde und Heinrich Bromm sind in diesem Kalender unter vielen anderen Malern dabei.

Der Kalender kostet 22,- Euro, einschließlich Portokosten und kann bestellt werden bei:

typeart satz&grafik GmbH, Südstrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) 557378-0, per Telefax unter (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de

Viele hatten schon eine lange Anreise hinter sich, und so war es der richtige Zeitpunkt für den kostenlosen Imbiss. Gut gestärkt konnte man jetzt alte und neue Geschichten austauschen, wovon auch reger Gebrauch gemacht wurde. Nach Kaffee und Kuchen fand ein gemütliches, familiäres Heimattreffen einen harmonischen Ausklang. Ulrich Pokraka

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Haina, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen

Herne – Nach zwei Jahren Pause fand das Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft (KG) Ortelsburg im Kulturzentrum der Patenstadt Herne statt. Der erste Vorsitzende Marc Plessa begrüßte nahezu 200 Gäste. Als Ehrengäste nahmen die Bürgermeisterin der Stadt Herne, Andrea Öhler, sowie der erste Vorsitzende des Freundeskreises Herten-Szczytno, Jürgen Hoffmann, in Begleitung des ehemaligen Vorsitzenden Karl-Heinz Egger teil. Auch die ehemaligen Vorsitzenden der KG Edelfried Barginski und Wilhelm Geyer folgten der Einladung. Eine Delegation des Kulturvereins „Heimat“ aus Ortelsburg nahm die weite Reise auf sich, um dem Treffen beizuwohnen. Öhler sprach in ihrem Grußwort die besonderen Leistungen der Vertriebenen an und sicherte der KG auch in den nächsten Jahren weitere Unterstützung zu. Der Schatzmeister Ingo Gosdek erinnerte während der Totenehrung an den kürzlich verstorbenen frühe-

ren Geschäftsführer Manfred Katzmarzik.

Die Historikerin Angelika Müller beschäftigt sich unter anderem mit der Zuwanderung der Masuren ins Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert, wobei sie in ihrem Festvortrag besonders auf die identitätsstiftende Religionszugehörigkeit einging und an die evangelischen Gebetsvereine und die Gromatki erinnerte. Sie berichtete anschaulich über Begegnungen mit „alten“ Masuren und ihren Traditionen. Monika Krzenzek, die neue

erste Vorsitzende des Kulturver eins „Heimat“ in Ortelsburg stellte sich den Besuchern vor und bedankte sich für die Unterstützung der Kreisgemeinschaft.

Die Besucher nutzten die Gelegenheit vor und nach der Feierstunde Erinnerungen auszutauschen und zu plaudern. All das hat man seit zwei Jahren schmerzlich vermisst!

Am 17. September 2023 feiert die Kreisgemeinschaft ihr 75-jähriges Jubiläum. Bitte unbedingt diesen Termin notieren.

ANZEIGEN



Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen, über weite Felder lichte Wunder geh'n.

Hans Hermann Adloff

* 29. 1. 1936
Deutschendorf
Kreis Preußisch Holland

† 7. 9. 2022
Eisenach
Thüringen

In Liebe und Dankbarkeit
Deine Söhne Frank und Sven
mit ihren Familien
im Namen aller Angehörigen

Dresden und Immenstadt im Allgäu, im September 2022

Er hat alles vergessen, außer seine Frau, seine Mutter, seine Oma und Opa.

UND OSTPREUSSEN

Mit Geduld ertragenem Leiden verstarb unser Vater

Max Urban

* 11. 4. 1932
Rudlauken / Ossafurt
Berlin

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied

Deine Söhne Thomas und Jörg mit Frauen
Deine Enkelkinder Sabine und Corinna
Deine Urenkel Lina und Till

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Auf den Spuren von Humboldt in Malapane

Mehrtägige Konferenz über die Beziehung der beiden Gelehrtenbrüder zu der oberschlesischen Stadt

VON CHRIS W. WAGNER

Von Beruf ist Józef Tomasz Juros Mediziner, doch seine Leidenschaft gehört der Erforschung der Heimatgeschichte und genauer der Geschichte der historischen Kettenbrücke sowie der 1754 gegründeten Eisenhütte und Gießerei im oberschlesischen Malapane [Ozimek]. Es ist die älteste Eisenhütte auf dem heutigen Territorium der Republik Polen. In der königlich-preußischen Hütte Malapane wurden Elemente für Hängebrücken gegossen. Und die wohl älteste auf dem europäischen Festland ist in Malapane erhalten geblieben. Dank Juros und seinen Mitstreitern war sie einst restauriert und zugänglich gemacht worden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Brücke nur den Hüttenarbeitern, die sie auf dem Weg ins Werk passieren mussten, zugänglich. „Es gab sogar Bewohner der Stadt, auch wenn es nur wenige waren, die diese Brücke nie gesehen haben“, erinnert sich Juros. „Dementsprechend auch das Unwissen über den Stellenwert dieser Brücke. Juros' Verein hatte maßgeblich dazu beigetragen, dass die historische Kettenbrücke saniert wurde, sowohl für Einheimische als auch Touristen zugänglich wurde. Nun musste noch das Wissen um den geschichtsträchtigen Ort an den Mann gebracht werden.“

Unwissen über Kettenbrücke

2017 hatte Juros Historiker zu einer Konferenz nach Malapane geladen. Im Ergebnis entstanden mehrere Publikationen. Auch der Initiator selbst verfasste als Hobbyhistoriker historische Abrisse zu Malapane. Bei der Recherche zu der zweiten Auflage seiner Geschichte von Malapane stieß er auf Informationen über einen Aufenthalt des Universalgelehrten Alexander von Humboldt (1769–1859) in dem Ort. Diese galt es wissenschaftlich zu unterfüttern.



Steht für die preußische Geschichte Malapanes: Die Kettenbrücke über den gleichnamigen Fluss

Foto: Wagner

Es dauerte einige Jahre, aber Juros nahm auch diese Hürde. „Es gab Vermutungen, dass Alexander von Humboldt wegen der Dampfmaschine, die hier Ende des 18. Jahrhunderts hergestellt wurde, Malapane besuchte. Aber ich konnte es anfänglich nicht belegen“, berichtet er. Er sprach mit Humboldt-Biografen in der Bundesrepublik und der Republik Polen, bis er eine Spur fand. „Ich stieß auf eine Publikation in deutscher Sprache des hochgeschätzten polnischen Humboldtkenners Professor Krzysztof Zielnica von der Breslauer Universität. Das war der Durchbruch, denn ich bekam Zugang zu neuen Forschungen. Nun kann ich beweisen, dass sich Alexander von Humboldt am 17. und 18. Dezember 1792 in Malapane aufhielt“

Józef Tomasz Juros
Hobbyhistoriker und
Vereinsgründer.

der von Humboldt am 17. und 18. Dezember 1792 in Malapane aufhielt“, sagt Juros stolz. Bei einem privaten Plausch im Bonner Biergarten hatte er dieses Wissen an den Vorsitzenden der Humboldt-Gesellschaft und CSU-Politiker, Hartmut Koschyk, weitergegeben, quasi von Oberschlesier zu Oberschlesier, da Koschyks Wurzeln dort liegen. Koschyk zeigte sich elektrisiert.

Das Ergebnis war eine mehrtägige Konferenz diesen Monat in Malapane, die neben Vorträgen auch Exkursionen auf Humboldts Spuren im Programm hatte. Eine der Reisen führte nach Ottmachau [Otmuchów] und hatte mit dem älteren Bruder Alexanders, Wilhelm von Hum-

boldt (1767–1835), zu tun. „Dieser Staatsmann, Organisator und Reformator des preußischen Schulwesens hatte seine größten Erfolge im diplomatischen Dienst – während der preußischen Befreiungskriege“, erklärt Matthias Lempart von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, der in Malapane ein Referat über Wilhelm von Humboldts Beziehungen nach Ottmachau hielt. Burg Ottmachau bekam Humboldt vom preußischen König „für seine Verdienste um den preußischen Staat verliehen“, so Lempart. Die Säkularisation von 1810 hatte es möglich gemacht.

Humboldt-Erbin in Ottmachau

„Burg Ottmachau blieb bis 1929 im Besitz unserer Familie“, sagte Dorothée-Isabell Freifrau von Humboldt-Dachroeden. Die Urgroßnichte Alexanders und Urenkelin Wilhelm von Humboldts besuchte zum ersten Mal Malapane. In Ottmachau war sie bereits 2017. „Wenn ich ehrlich bin, geschah es auf Drängen meines Mannes. Ich wollte eigentlich gar nicht hin, denn ich dachte: ‚Nee, es ist verloren, lasst mich damit in Frieden!‘ Aber, manchmal bin ich als Ehefrau folgsam und tat es doch“, so Freifrau von Humboldt-Dachroeden. „Wir haben sogar in der Burg übernachtet. Und als wir auf den Schlosshof kamen und ich die Tür öffnete, habe ich gedacht: ‚Ich kenne das alles‘. Mein Vater hat so positiv über seine Kindheit erzählt, von den vielen Geheimgängen, sodass mir alles vertraut war“, sagt sie.

In Malapane hat sie an der Fassade des Hütten- und Eisengussmuseums in unmittelbarer Nähe der Kettenbrücke eine Gedenktafel für ihren Urgroßonkel Alexander von Humboldt enthüllt. „Diese Tafel soll uns, hoffentlich für immer, an den Besuch Alexander von Humboldts am 17. und 18. Dezember 1792, also vor genau 230 Jahren, in Malapane erinnern“, hofft Juros und verspricht, dass in einigen Monaten eine Publikation mit den Referaten der Humboldt-Tagung erscheinen wird.

BRAUCHTUM

Gott nicht vergessen

Zum Erntedank in Ostpreußen

Plon in Tolksdorf



FOTO: OSTPREUSCHES BILDARCHIV/FABIAN GRAF ZU DOHNNA

Der letzten Garbe wurden besondere Kräfte zugesprochen und mit der Erntekrone der Gutsherrschaft überreicht. Toni Schwaller hat in dem Arbeitsbrief der Landsmannschaft Ostpreußen „Wir binden den Plon“ dem Schnittermädchen folgende Worte zugewiesen: „Eck bring dem Herrn e Kranz von Koorn, he ös gewasse under Distel un Doorn, he hett utgestande Schnee, Hoagel on Rejen, wi wönsche de Herrschaft väl Jlöck on Sejen!“

Der Bauer richtet seine Worte an den Schöpfergott: „Wi danke dem Herrgott fär all sine Trie on bidde: Leew Gottke, stoah wedder ons bie. Far Hoagelschlaag mokst ons das Föld bewoahre, datt wi dat Koorn önné Schien kenne foahre.“

Die Bäuerin richtet den Blick auf das Weltliche und spricht: „Wi danke de Händ, de gebunde dat Koorn, de jeflochte von Oahre de Erntekron. Wi danke ju Lied, denn de Arbeit wär schwer, drum bidd wi ju alle to Austbeer her.“

Nun ruft auch der Bauer zur ganz weltlichen Feier auf: „Musikante, nu speelt, datt de Balkes sich bege, Marjellkes, nu danzt, datt der Flicker foorts fleje. Jungs, schmiet de Klompe, leihst de Marjellkes opp, denn hiede göfft Austbeer, doa danz wi Galopp.“

Die Erntekrone aus Ähren, mit bunten Bändern geschmückt, wurde um 1935 dem Gutsherren, Heinrich Graf von Dohna, von einer Schnitterin mit feierlichem Spruch übergeben, wenn der letzte Erntewagen eingefahren war. Dann begann das Erntedankfest mit Freibier, dem Austbier, und Tanz. Der ausgedehnte Besitz von Gut Tolksdorf erstreckte sich über leichte und schwere Böden, sodass fast alles ange-

baut werden konnte: Getreide, Hülsen- und Hackfrüchte, vor allem Zuckerrüben. Mit der technischen Verbesserung, der sogenannten Melioration der Böden, wurde bereits im 20. Jahrhundert begonnen. Zuletzt waren hier von 1980 Hektar Acker-, Wiesen- und Weideland rund 1600 Hektar dräniert. Ein eigener Dampfpflugsatz ermöglichte die intensive Bearbeitung großer Schläge.

Nach dem Überreichen der Erntekrone folgt eine Wasserschlacht.

In anderen Teilen Ostpreußens gab es zusätzlich das Roggenband, mit dem die Gutsherrschaft gebunden wurde, um sich mit Austbier, also mit Erntebier, freizukaufen.

Im Arbeitsbrief „Vom Festfeiern in Ostpreußen“ heißt es: „Arbeit war Gotestdienst, besonders in ihren hohen Zeiten. Der Sämann warf die ersten Körner in Kreuzform auf den Acker. Ein Kreuz malte der Bauer mit dem Schaufelstiel in die Körner des ersten Scheffels, ein Kreuz schnitt die Mutter vor dem Brotanschneiden in die Kruste. Arbeit und Gebet zu gleich.“

Arbeit und Gebet gehören zusammen. So ist es auch in Ostpreußen. Tatsächlich wurde oft schon vor dem kirchlichen Feiertag im Oktober das Erntefest gefeiert. Das liegt vor allem am Winterroggen, die bis 1938 in Ostpreußen vorherrschende Getreideart. Er wird im September gesät und oft schon im August geerntet. Winterroggen wurde auf über 20 Prozent der gesamten Ackerfläche angebaut. In den Kreisen Neidenburg waren es 1938 über 37 Prozent der Ackerfläche. Auch die Kreise Ortelsburg und Johannisthal setzten

vor allem auf den Winterroggen. Diese Getreideart nutzt die Winterfeuchtigkeit sehr gut aus und übersteht so auch leichter eine Frühjahrstrockenheit, zudem hält dieser Roggen Temperaturen bis zu minus 25 Grad Celsius stand.

Sommerroggen erreichte im Gegensatz zum Winterroggen nur einen geringen Ertrag. Auch Weizen wurde nur begrenzt angebaut, da es bis 1938 nicht genügend ertragreiche und winterharte Weizensorten gegeben hat. Der Sommerweizen brauchte zur ertragreichen Ernte viel mehr Sonnentage als vorhanden waren. Der höchste Weizenanbau erfolgte in den Kreisen Rastenburg, Insterburg und in Königsberg. Wintergerste war zu anfällig für Auswinterungsschäden und hatte so keine große Bedeutung. In Gebiete mit schweren Böden wie in den Kreisen Gerdauen und Bartenstein wurden Roggen-Weizen-Gemisch ausgesät, das sogenannte Winter-Menggetreide.

Wer mehr zum Plon und der Landwirtschaft in Ostpreußen erfahren möchte, kann sich auf der Internetseite der Landsmannschaft Ostpreußen unter www.ostpreussen.de/lo/mediathek/arbeitsbriefe.html sämtliche Arbeitsbriefe anschauen und herunterladen. CRS

MARITIMES

Die wechselvolle Geschichte der „Gorch Fock“

Und was das Schiff mit dem Hiddenseer Goldschatz verbindet

VON ROSEMARIE SCHMIDT-WALTHER

Ich durfte die „Gorch Fock“ tauften. Nein, nicht die, die gerade für 135 Millionen Euro saniert wurde, sondern ihre ältere Schwester „Gorch Fock“ (I). Von so einem warmen Geld-Regen kann die fast 90 Jahre alte Bark nur träumen.

Trotzdem führt sie jetzt ihr drittes Leben. Und das in ihrem alten Heimathafen Stralsund. Der Stadt, die auch meine Heimatstadt ist und von der ich ein wunderschönes Taufgeschenk erhielt.

Wie es dazu kam, ist eine abenteuerliche Geschichte, die viele Jahre zuvor begann. 1932 wurde die Bark von der Reichsmarine bei der Hamburger Werft Blohm+Voss auf Kiel gelegt, lief im Mai 1933 vom Stapel und wurde nach dem Dichter Johann Wilhelm Kienau alias Gorch Fock getauft. Sie diente als Segelschulschiff und wurde zum Ende des Krieges am 30. April 1945 im Strelasund von der Wehrmacht versenkt.

Auch unter ukrainischer Flagge

Die sowjetische Militär-Administratur ließ das Schiff 1947 bergen und anschließend in Wismar und Rostock wiederherstellen. Man gab ihr 1950 den Namen „Towarischtsch“ (Genosse/Kamerad) und ließ sie wieder als Segelschulschiff auf das Meer. Mit dem Ende der Sowjetunion fuhr sie ab 1992 unter ukrainischer Flagge und bot Mitfahrten an, was weltweit von zahlenden Trainees genutzt wurde.

Inzwischen betreute der Verein Tall-Ship-Friends e.V. das Schiff und bemühte sich um notwendige Reparaturen, die jedoch durch die Ukraine nicht finanziell erbracht werden konnten. Ebenso schei-



Ein Ereignis, das im November 2003 mehr als zehntausend Menschen anlockte: Taufpatin Rosemarie Schmidt-Walther im Medienrummel kurz nach der Taufe

terten einige Reparaturangebote aus Großbritannien.

Der Verein organisierte die Arbeiten in Wilhelmshaven, wo die Bark 1999 festmachte. Nach anfänglichen Aktivitäten scheiterte auch hier das Vorhaben, sodass sich der Verein Tall-Ship-Friends zurückzog. Der Zustand der „Towarischtsch“ verschlechtert sich zunehmend wie bei einem schwerkranken Patienten.

Mein Mann, der Schiffahrtsjournalist Peer Schmidt-Walther, der jede Regung eines Wasserfahrzeugs zu spüren scheint, hatte natürlich „Wind“ davon bekommen und leitete die Rettungsaktion ein. Er rüttelte an den Rathästüren, scharte Gleichgesinnte um sich und nahm Kontakt zum Verein Tall-Ship-Friends auf. Das Ziel: Das Schiff muss zurück nach Stralsund in seinen alten Heimathafen. Alles war von

Erfolg gekrönt. Der Verein kaufte die „Towarischtsch“.

Stralsund bot nun auch den Liegeplatz im Hafen und die erforderlichen städtischen Leistungen für die Versorgung mit Wasser und Strom an. Im Spätsommer 2003 wurde die Bark in Wilhelmshaven auf ein Dock-Schiff geladen und nach Stralsund auf die Volkswerft gebracht, wo sie innerhalb von sechs Wochen instandgesetzt und die Schwimmfähigkeit wieder hergestellt wurde.

„Towarischtsch“ wieder „Gorch Fock“

Am 29. November 2003 taufte ich sie auf ihren alten Namen „Gorch Fock“. Mehr als zehntausend Menschen hatten sich am Hafen eingefunden, um diesen Moment mitzuerleben. Die Flasche Champagner – von einem Altstadt-Händler gestiftet –

zerschellte beim ersten Wurf unter lautem Jubelrufen am weißen Rumpf.

Der Oberbürgermeister überreichte mir unerwartet ein Taufgeschenk. Eine weiße Schachtel mit der Aufschrift C. Stabenow, dem Namen eines bekannten Goldschmieds in der Hansestadt. Sie enthielt eine goldene Kette. Ich erkannte sofort die kleine Replik eines Teils vom berühmten Hiddenseer Goldschmuck und fühlte mich geehrt. Obwohl es an sich schon eine große Ehre war und ist, die Taufpatin der wiederbelebten „Gorch Fock“ (I) zu sein, war ich außerdem noch sehr erfreut und dankbar.

Erste Replik Ende 19. Jahrhundert

Die Kette erinnert mich seit fast 20 Jahren an diesen wundervollen Augenblick der Taufe. Das Hängekreuz ist erstaunlich kunstvoll gearbeitet und mit dem Original identisch. Lediglich die Größe unterscheidet sie. Wie auch das Material, denn beim Original beträgt der Goldgehalt zwischen 93 und 97 Prozent, während die Taufkette aus Sterlingsilber besteht und vergoldet wurde.

Den winzigen filigranen Verzierungen mit Flechtband und Granulationen tut dies keinen Abbruch. Betrachtet man das Schmuckstück, möchte man gern genauer wissen, wie der Goldschmied C. Stabenow es hergestellt hat. Wie zu erfahren war, wird der Schmuck in einer Negativform gegossen. Anschließend werden unter der Lupe die feinen Strukturen präzise herausgearbeitet.

Für die Schmuckstücke im Kleinformat musste der Goldschmied zunächst Originale herstellen, die dann für den Abdruck benutzt werden konnten. Allerdings durfte Ende des 19. Jahrhunderts der Kunsthändler und Hofjuwelier

Franz Carl Paul Telge, Berlin, erstmalig einen Abdruck vom Original nehmen. Er war Hofjuwelier und Hofgoldschmied des rumänischen Königspaares Karl I. und Elisabeth. Dabei fertigte er diverse Replikationen prähistorischer Goldfunde an.

Seitdem erfreuen sich die Hiddenseer Motive in den verschiedensten Varianten bei Schmuckliebhabern großer Beliebtheit. Ob Kettenanhänger, Anstecknadeln, Manschettenknöpfe oder Ohrringe – all das gibt es in den unterschiedlichsten Größen, in Gold oder vergoldetem Silber. So auch mein Geschenk zur Taufe der „Gorch Fock“.

Heute gehört das Schiff zum Stadtbild Stralsunds und kann fast täglich besichtigt werden. Wieder sind jedoch Reparaturen fällig, und es wird schon länger diskutiert, ob die Stadt die Bark vom Eigner, dem Verein, für eine Millionen Euro kaufen soll.



Die Taufpatin mit der Replik des Hiddenseer Goldschatzes

FORSCHUNG

Die Qualle ewiger Jugend: Turritopsis dohrnii

Gewidmet Anton Dohrn aus Stettin-Hökendorf – Gründer und Leiter der Zoologischen Station Neapel

In der „Braunschweiger Zeitung“ stand am 2. September 2022 ein Artikel mit der Überschrift: „Qualle mit ewiger Jugend entdeckt“. Spanische Wissenschaftler wollen aus der Tierart Lehren für Altersforschung ziehen. Biologen um den Molekularbiologen Carlos López-Otín von der Universität Oviedo, Spanien, haben vor Mallorcas Küste Exemplare der Art Turri-

topsis dohrnii identifiziert, die über ein Programm der Zellverjüngung verfügt. Es ist der Name der Qualle, der nach Pomern führt.

Ihren wissenschaftlichen Namen erhielt die Qualle 1883 von dem Zoologen August Weismann (1834–1914), der bei seiner Arbeit um die Turritopsis wesentlich durch Anton Dohrn, dem Gründer

und ersten Leiter der Zoologischen Station Neapel, unterstützt wurde. Diese Station mit Unterwasseraquarium ist erst 1874 eröffnet worden und zählt heute zu den ältesten biowissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der Welt. Sie trägt den Namen „Stazione Zoologica Anton Dohrn“.

Anton Dohrn (1840–1909) war der jüngste Sohn von Carl August Dohrn, dessen Vater Heinrich Dohrn (1769–1852) Mitbegründer und Direktor der Pommerschen Provinzialen Zucksiederei (kurz PPZ) in Stettin war. Im Gründungsjahr der PPZ 1817 hatte Dohrn das bescheidene Pfarrgut am Rande der Buchheide in Hökendorf erworben. Für ihn und alle nachfolgenden Dohrns war dieser Landsitz das Domizil eines wohlhabenden Bürgers.

Anton Dohrn wurde im Familienbegäbnis der Dohrns in Hökendorf beigesetzt. Wertvolle Schriften, Sammlungen und Andenken des Forschers lagerten im Archiv des Hökendorfer Gutshauses. Sie gingen am Ende des Krieges 1945 verloren. Der Name Dohrn bleibt aber dank der Arbeit Weismanns für immer am Leben. So wie die unsterbliche Qualle Turritopsis dohrnii.

Weismann, der bahnbrechende Leistungen auf dem Gebiet der Vererbungs- und Abstammungslehre vollbrachte, erkannte als erster die Kontinuität des Keimplasmas. Das Ordnungsprinzip für die Qualle liest sich wie folgt:



Stazione Zoologica Anton Dohrn: Die 1874 eröffnete Zoologische Station in Neapel

Klasse:	Hydrozoa
Ordnung:	Anthomedusae
Unterordnung:	Filifera
Familie:	Oceaniidae
Gattung:	Turritopsis
Art:	Turritopsis dohrnii

Zellen im Außenschirm können zum Keim eines neuen Polypen werden. Durch die wissenschaftliche Namensgebung „Turritopsis dohrnii“ für einen quasi unsterblichen, kolonienbildenden Polyp ist der Name Dohrn unsterblich geblieben.

Auch die Polen, die heute in Stettin-Hökendorf, das sich jetzt Kleskowo nennt, zu Hause sind, lassen die Gutsfamilie nicht in Vergessenheit geraten. Sie haben hinter der Kirche und neben der Ruine des Dohrnschen Kuhstalles Tafeln aufgestellt, auf denen die Familie Dohrn vorgestellt wird. Vom Gutshaus selbst blieb nichts erhalten. Brigitte Klesczewski



Das Gutshaus in Stettin-Hökendorf mit dem letzten Besitzer Boguslav Dohrn

„Polen wird niemals Ruhe geben“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

“

„Immer eine
große Freude,
die Preußische
Allgemeine
zu lesen“

Matthias Schöne, Hannover



Ausgabe Nr. 37

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

POLEN PROFITIERT BIS HEUTE

ZU: WARSCHAU SPIELT MIT DEM FEUER (NR. 36)

Die PAZ scheibt, die aktuellen polnischen Reparationsforderungen an Deutschland „umfassend zu betrachten“. Dem kann nur zugestimmt werden.

Die PAZ referiert zudem polnische Stimmen, dass der polnische Staat ohne den Zweiten Weltkrieg heute in seiner zivilisatorischen Entwicklung auf einem völlig anderen Platz stünde.

Das kann missverstanden werden, denn es ist mehr als zweifelhaft, dass der Zweite Weltkrieg wirklich die wesentliche Ursache für den aktuellen Nachholbedarf des polnischen Staates ist. Die Entwicklung der DDR hat der Welt gezeigt, dass die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges, der auch in Deutschland gewütet hat, nicht die wesentliche Ursache für den Mangel eines zivilisatorischen Erfolges der DDR gewesen sind.

Wesentliche Ursache für den heutigen, teilweise noch defizitären Zustand der polnischen Wirtschaft war die Besetzung durch die UdSSR, einschließlich der Installation eines sowjetkommunistischen Systems und die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus ihrer angestammten Heimat und ihren angepassten Arbeitsplätzen. Naheliegend wäre es deshalb, wenn Polen Ausgleichsforderungen wegen historischer Ereignisse stellen will, diese gegen den Nachfolgestaat der UdSSR zu richten.

Nachdem sich das polnische Volk vom sowjetischen Kommunismus befreit und sich zum freien, rechtsstaatlichen Europa bekannt hat, bleibt es unverständlich, dass sich der polnische Staat nicht mit der Wiedergutmachung der verbrecherischen Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung befasst und insbesondere die völkerrechtswidrige Konfiskation ihres privaten Eigentums weiter ignoriert.

Es widerspricht jeder Moral, dass das christliche Polen weiterhin die Renditen aus dem Hehlergut der Vertreibung noch heute in Anspruch nimmt und weitere Reparationen fordert.

Polen hat schon wesentliche deutsche Reparationen erhalten durch die Inbesitznahme des öffentlichen ostdeutschen Vermögens (von Kohlegebieten, Fabriken, Eisenbahnen, Schulen oder Krankenhäusern). Es hat Milliarden von deutschen Geldleistungen entgegengenommen. Polen profitiert seit vielen Jahren auch von Milliardenzahlungen der Europäischen Union, in der Deutschland der größte Nettozahler und Polen einer der größten Nettoempfänger ist.

Erst wenn Polen die deutschen Vertriebenen entschädigt oder wenigstens ernsthaft versucht, ihnen Wiedergutmachung zu leisten, ist der Weg für eine echte Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk eröffnet, und erst dann ist es sinnvoll, über eventuelle Lücken in der polnischen Reparationsbilanz zu erhandeln.

Albert Krohn, Würzburg

EIN POLNISCHES DAUERTHEMA

ZU: WARSCHAU SPIELT MIT DEM FEUER (NR. 36)

Der materielle Wert der ehemaligen deutschen Ostgebiete dürfte kaum bezifferbar sein und kann im Rahmen eines Leserbriefes nicht dargestellt werden. Verwiesen sei auf Fritz Gaus' Buch „Ostpreußen. Leistung und Schicksal“, auf Gottbold Rhodes „Die Ostgebiete des Deutschen Reiches“, Hans Meisers „Ausplünderung Deutschlands seit 1919“ oder der von der Landsmannschaft Ostpreußen 1981 herausgebrachten Broschüre „Legende und Wirklichkeit. Die polnischen Ostgebiete in neuem Licht“.

Verwiesen sei auch auf Walter Zieglers „Die Vertriebenen vor der Vertreibung“. Die beiden Bände enthalten sachkundige Aufsätze zu Wirtschaft, Landwirtschaft und Gewerbe. Problemlos sind die Werke für wenig Geld antiquarisch erwerbar. Richtig bleibt allerdings, dass es eine aktuelle, prägnante Veröffentlichung zu diesem Thema nicht gibt. Die PAZ wird sich mit Sicherheit weiter mit dem Thema beschäftigen müssen, der polnische Minis-

terpräsident hat schon via „Spiegel“-Interview angekündigt, dass Polen niemals Ruhe geben wird.

Markus Krämer, Allendorf/Eder

MASSLOSE VERHERRLICHUNG

ZU: GLANZ UND GLORIA DES DAUERHAFTEN (NR. 37) UND:
DIE WELT VERNEIGT SICH VOR EINER JAHRHUNDERTMONARCHIN (NR. 37)

Die Verherrlichung von Queen Elisabeth II. in Deutschland kann ich nicht nachvollziehen. Sie hat mit Winston Churchill zusammengetan. Als erklärter Deutschenhasser ordnete dieser flächendeckende, militärisch völlig sinnlose Bombardierungen deutscher Städte an. Etwa 600.000 tote Zivilisten und unzählige Verletzte waren die Folge.

Unter ihrer Regentschaft wurde in London an zentraler Stelle ein Denkmal für Arthur Harris von der Königin-Mutter eingeweiht. Nach internationalem Recht ist der von Harris verursachte Bombenterror völkerrechtswidrig.

Der Austritt Großbritanniens aus der EU vor einigen Jahren ist rückwärtsgewandt und entspricht nicht den Idealen eines geeinten Europas. Schweigen angehiebter Fehlleistungen wäre für deutsche Politiker und Medien besser gewesen. Dr. Wolfgang Link, Gegenbach

AN DIE WAND GEFAHREN

ZUM THEMA DER WOCHE „BÜRGERGELD“ (NR. 35)

Wieder ein Thema, welches durchgepeitscht wurde. Wem nutzt das Bürgergeld? Es fehlen präzise, lückenlose Nachweise darüber. Vorteile werden, wie bisher, sehr viele unserer Gäste haben. Sie, die überwiegend seit Generationen nie in einem nachweisbaren Arbeitsverhältnis gestanden haben. Sie, die mit einem Pkw der gehobenen Klasse Hartz IV abholen oder sich von der Tafel die Lebensmittel abholen. Während sich sehr viele Rentner

und Rentnerinnen nach 30- bis 40-jähriger Berufstätigkeit schämen, zur Tafel zu gehen. Aber die Bundesregierung macht darauf aufmerksam, dass die Altersbezüge im Jahr 2021 gestiegen seien. Auf dem Papier. Was für eine Kaltschnäuzigkeit!

Wie passt das zusammen, wenn Bewohner von Altenheimen feststellen, dass das Geld für den Aufenthalt nicht mehr reicht und sie erklären: „Ich habe meinen Kindern gesagt, wenn es nicht mehr reicht, dann schlägt mich tot.“ Das ist Deutschland. Ein Deutschland, das von den Menschen, die uns regieren, gezielt vor die Wand gefahren wird.

Aber das ist alles unwichtig. Wichtig ist, dass es unseren Gästen aus aller Welt gut geht. Aber das ist in Deutschland noch immer nicht angekommen.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

VÖLLIG VERRÜCKT GEWORDEN

ZU: WENN DIE LICHTER AUSGEHEN (NR. 35)

In den Konflikten zweier ehemaliger Sowjetrepubliken hätten wir uns nie einmischen dürfen, weder durch eine NATO-Osterweiterung noch durch Waffenlieferungen. Es wäre nicht ein einziger Schuss gefallen. Die Zivilbevölkerung hätte in Ruhe weiterleben können und wir hätten unser Land nicht ohne Sinn und Verstand an die Wand gefahren. Jetzt zu jammern, dass der böse Russe uns kein Gas mehr schickt, ist albern.

Es ist schon erstaunlich, dass er uns noch Öl liefert. Noch vor Jahren hätten die Grünen ein Gasterminal vor Rostock aus Umweltschutzgründen massiv bekämpft. Jetzt fördern sie es. Die FDP will die auf dem Meeresgrund der Ostsee liegende Gasleitung Nord Stream 2 wieder abbauen lassen.

Diese wohlstandsübersättigte Welt ist völlig verrückt geworden und Diplomatie anscheinend jetzt ein Tabu. Hauptsache, wir schreiben „*innen“ und wollen mit Elektroautos einen Klimawandel und mit Staubschutzmasken ein Virus bekämpfen.

Carsten Behm, Stralsund

Expertenratschläge, die im Ernstfall Ihr Überleben sichern!

Durch die desaströse Energiepolitik und die erschreckende Inkompetenz der Bundesregierung lautet die Frage schon lange nicht mehr, ob es zu einem Blackout kommen wird, sondern nur noch wann.

Was erwartet Sie,
wenn das Stromnetz zusammenbricht?

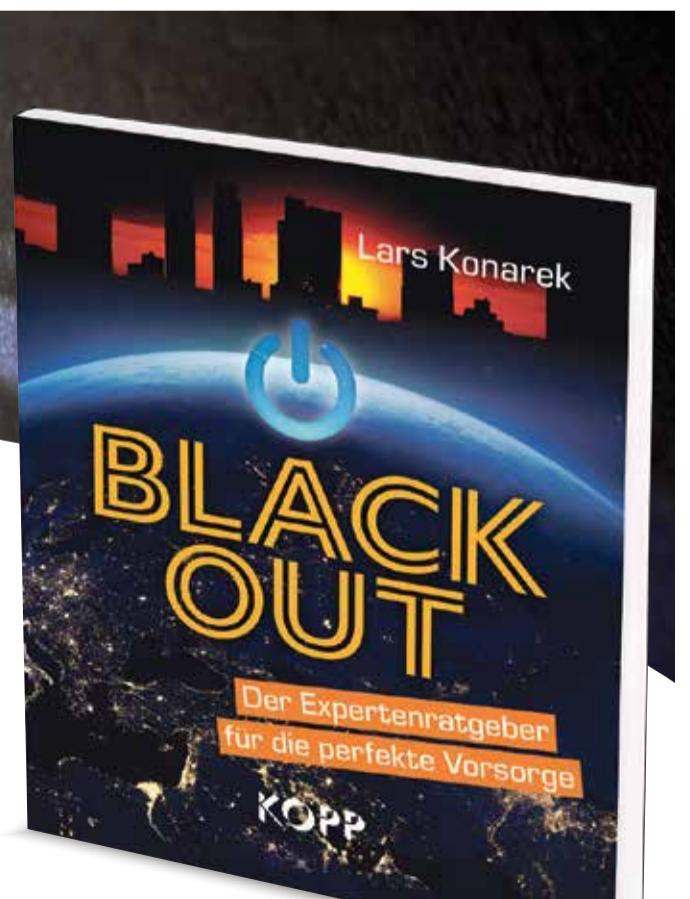
Von staatlicher Seite können Sie keine rasche Hilfe erwarten. Schon begrenzte Stromausfälle in anderen Ländern haben gezeigt, dass es bereits nach wenigen Stunden zu Plünderungen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen kann. Das bedeutet im Klartext: Sie und Ihre Familie sind erst einmal komplett auf sich allein gestellt und auf Selbstversorgung angewiesen.

»Deutschland ist auf einen Blackout überhaupt nicht vorbereitet!«

Der auf Krisen- und Katastrophenfälle spezialisierte Überlebenstrainer und Survival-Experte Lars Konarek gibt in seinem neuen Ratgeber daher wertvolle Tipps, wie eine perfekte Blackout-Vorsorge aussieht und wie Sie sich in einer solchen Situation verhalten sollten. Profitieren Sie von seinem profunden Expertenwissen und erfahren Sie,

- warum Sie unbedingt einen persönlichen Notfallplan brauchen;
- welche »strombezogenen« Maßnahmen Sie jetzt schon ergreifen sollten;
- wie Sie lernen, mit einer Notausstattung umzugehen;
- wie Sie sich auch mental auf einen Blackout vorbereiten;
- welche Überlebensprioritäten am wichtigsten sind;
- wie eine sinnvolle Bevorratung mit Nahrungsmitteln aussieht;
- weshalb eine »Komprimatverpflegung« so wichtig ist;
- welche alternativen Energiequellen es gibt und wie Sie sie am besten nutzen;
- wie Sie noch an Informationen kommen, auch wenn Internet und Handy nicht mehr funktionieren;
- welche Tauschmittel bei einem längeren Blackout wichtig sind;
- welche Medikamente Sie bevorraten sollten;
- was Sie in Bezug auf Babys und Kleinkinder beachten sollten;
- wie Sie sich vor Eindringlingen und Plünderern schützen;
- wie Sie trotz Treibstoffmangel mobil bleiben;
- welche Vorsorgemaßnahmen Sie für Ihre Haustiere treffen müssen und vieles mehr.

Lars Konarek zeigt Ihnen anhand zahlreicher Praxisbeispiele, wie Sie und Ihre Familie einen Blackout unbeschadet überstehen können.



Lars Konarek:
Blackout – Der Expertenratgeber für die perfekte Vorsorge
Paperback • 175 Seiten • durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr. 986 000 • 12.99 €

VON ANNE MARTIN

Krähen flattern in einem mächtigen Schwarm hoch über den Bega-Kanal, fliegen hinüber zur orthodoxen Kirche, deren grüngold gekachelte Türme in der Abendsonne leuchten, und verteilen sich krächzend in den Rabatten des langgezogenen Freiheitsplatzes. Es geht gemächlich zu auf dem Pracht-Boulevard, der geradewegs zur Oper führt: An einem Stand verkaufen Nonnen ihre Heiligenbilder, einige Roma-Frauen lassen sich mit ausgebreiteten Röcken auf den Bänken nieder, die Straßencafés sind luftig besetzt.

Wenige Monate noch, dann wird sich die Stadt mit dem Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ schmücken, dann wird sich zeigen, ob das Ausland neugierig wird auf dieses architektonische Kleinod im Osten Europas, in dem die deutsche Minderheit der Banater Schwaben ihre Bräuche bis heute lebt und wo im deutschsprachigen Nikolaus-Lenau-Lyzeum gleich zwei spätere Nobelpreisträger die Schulbank drückten.

Erste Station einer deutschen Pressedelegation ist beim deutschen Bürgermeister, im Rathaus gleich links. In der Ecke des Sitzungszimmers hängt die rumänische neben der EU-Fahne. Seit 2007 gehört Rumänien zur Europäischen Union, nur bezahlt wird immer noch in Lei statt in Euro. Dominic Fritz stürmt herein, als käme er gerade vom Joggen. Ein junger Mann im lässig geknöpften Jackett, gerade 38 Jahre alt, der die Bürde des Amtes betont locker trägt. Fritz stammt aus dem tiefsten Schwarzwald. Während seines freiwilligen Jahres verliebte er sich in die Stadt und stellte sich im Spätsommer 2020 für die 2016 gegründete „Union Rettet Rumänien“, eine Bürgerrechts- und EU-freundliche Partei, zur Wahl. Über 50 Prozent wählten ihn. Ein Erfolg, der auch eine Bürde ist.

„Von einem Deutschen wird erwartet, dass nach kurzer Zeit alles so ist wie in Deutschland“, sagt Fritz. Dagegen steht ein System von Vetternwirtschaft und Korruption, das nicht so schnell reformiert werden kann, wie er möchte. „Meine Personalentscheidungen wurden aus formalen Gründen immer noch nicht umgesetzt.“

Schwierig ist auch das Verhältnis zum Staatspräsidenten Klaus Johannis, einem Siebenbürger Sachsen. Gelder wurden versprochen, geflossen ist noch nichts. „Manchmal komme ich mir vor, als seien mir hinter dem Rücken die Hände gebunden.“ Fritz’ Gegner warten nur auf Fehler, das ist in Rumänien so wie anderswo auch. Im letzten Winter war die Stadt wegen Insolvenz des Stromversorgers drei Tage lahmgelegt – prompt wurde Fritz das Desaster angelastet. Motto: „Kaum ist ein deutscher Bürgermeister hier, müssen wir frieren wie ehemals im Kommunismus.“

Immerhin: Die Vorbereitungen für den großen Auftritt auf europäischer Bühne nehmen Fahrt auf. Fünf der im Kommunismus verrotteten Kinos werden gerade renoviert, in einem früheren Straßenbahndepot soll ein Kunzzentrum entstehen, im Kunstmuseum ist eine glanzvolle Ausstellung mit Skulpturen des rumänischen Bildhauers Constantin Brancusi geplant.

Bericht eines Russlanddeportierten

Außerdem träumt Fritz von einem Revolutionspfad, der die Stationen der Freiheitsbewegung nachzeichnen soll. „Es ist uns leider noch nicht gelungen, als Revolutionsstadt sichtbar zu werden.“ Der Bürgermeister gibt sich optimistisch, das ist sein Job: „Hier hat Europa gelebt und geatmet, lange bevor es die EU gab. Ich habe den Ehrgeiz, den Blick Westeuropas auf Osteuropa zu ändern.“

Weiter geht es, durch ein Zentrum, in dem der Blick an frisch renovierten Fassaden im Sezessions-Stil hängenbleibt, an rot und zartgrün getönten Jugendstil-Ornamenten, an einer Pestäule mit der Figur des heiligen Nepomuk. Italienische,



Ein Stück deutsches Lebensgefühl

Temeswar im Banat wird 2023 Kulturhauptstadt Europas. Anlass für einen Besuch im „Klein Wien“ des Ostens, in dem eine aktive deutsche Minderheit lebt und wo sogar ein Bürgermeister aus Deutschland regiert

österreichische und ungarische Architekten und Bildhauer hinterließen in Temeswar ihre Spuren. Nur das Revolutionsmuseum, versteckt in einem Hinterhof gelegen, hat von dem Verschönerungswillen bisher noch nicht profitiert. Als Geschenk der Bundesrepublik steht eine Stele der Berliner Mauer mit bunten Graffiti vor der Tür.

Ähnlich wie in der DDR entzündete sich der Umsturz auch in Rumänien im Umfeld der Kirche. Ein regimekritischer Pfarrer aus Temeswar sollte strafversetzt werden und weigerte sich. Erst versammelten sich einige Unterstützer, dann immer mehr, bis es im ganzen Land zu blutigen Aufständen kam. Im Dezember 1989 wurde der Diktator Ceaușescu gestürzt, vor der Oper in Temeswar feierten die Revolutionäre ein freies Rumänien. An der Hauswand gegenüber sieht man immer noch zahlreiche Einschusslöcher.

Weiter zum Müller-Guttenbrunn-Haus, einem sozialen Zentrum in Temeswar. Ignaz Bernhard Fischer, Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Russlanddeportierten, wartet schon. 96 Jahre ist er alt, die hellblauen Augen verschwinden in einem Kranz aus Falten, aber wenn er seine Geschichte erzählt, dann steht er kerzengerade mit gestrafftem Rücken da.

Fischer berichtet, wie die Sowjets ihn mit 19 Jahren in einem Priesterseminar aufgriffen und in die Ukraine deportierten, wie er half, eine Aluminiumfabrik wieder aufzubauen, wie er mit den anderen in einem Zelt schlafen musste und als einzige Nahrung Kohluppe zu essen bekam – mit wenig Kohl. Und wie es ihm gelang, ein paar Scheite Holz zu sammeln, unterm Zaun durchzuschieben und an die Russen zu verkaufen. „Ich konnte mir selber helfen“, sagt der alte Mann.

Fischer erzählt seine Geschichte, solange er noch kann. Und zeigt uns im Foyer das große Gemälde von Stefan Jäger, das die Ankunft der Banater Schwaben vor rund 300 Jahren wie ein Bilderbuchmotiv darstellt. Bauern in bunten Trachten, die Frauen mit bestickten Kopftüchern, fromm und fleißig. Die Eingewanderten legten das Sumpfland trocken, drückten Samen in den Boden und fristen ein karges Leben. Erst Generationen später keimte ein wenig Wohlstand. „Den ersten der Tod, den zweiten die Not, den dritten das Brot.“

Die Krähen steigen wieder hoch, es ist Zeit, zu Abend zu essen. Im Keller des

„Miorita“ flackern Kerzen, Balkan Pop be- schallt den Raum, und dann wird aufgetragen, dass sich die Tische unter den rot karierten Decken biegen – zunächst die Vorspeise, bestehend aus Wurst und grob geschnittener Gurke. Danach der Hauptgang, eine Schlachtplatte, überquellend aus Kotelett, Würsten, Schweinshaxe, halb versteckt unter den dampfenden Fleischbergen einige Krautwickel, ein paar Polentakleckse als Beilage. Dazu ein frisch gezapftes Bier der Eigenmarke Timisoreana. Mag das Land sich nach Europa strecken – die Küche ist deftig, so als ginge es morgens noch immer mit dem Leiterwagen hinaus auf die Felder.

Zwei Nobelpreisträger

Wie beschaulich es ist, mal wieder mit der Straßenbahn zu fahren. Türkis gestrichen, rattert die Tram mit der ersten Besuchergruppe durch die angrenzenden Stadtviertel. Die Elisabethstadt ist das Feine-Leute-Viertel, die Josefstadt eher bürgerlich, in der kreativen Fabrikstadt will der Bürgermeister sein Vorzeigeprojekt, ein umgewidmetes Straßenbahndepot, eröffnen. Wollte man einen Geräuschteppich von Temeswar ausbreiten, dann gehörte neben dem Schreien der Krähen auch die ratternde Straßenbahn dazu.

Zwei marmorne Plaketten im Foyer des Nikolaus-Lenau-Lyzeums erinnern an die berühmten Absolventen: Herta Müller erhielt 2009 den Nobelpreis für Literatur, Stefan Hell 2014 den für Chemie. Über 1600 Schüler lernen hier, verteilt auf vier Standorte. Bei einer Aufnahmeprüfung

muss der zukünftige Lenau-Schüler beleben, dass er auf Deutsch wenigstens grüßen kann. Wobei in dieser 300.000 Einwohner zählenden Vielvölkerstadt, in der Rumänen, Deutsche, Ungarn, Serben und Roma zusammenleben, auch das österreichische „Grüß Gott“ gern gehört wird.

Wer auf Bildung hält, schickt sein Kind auf eine deutschsprachige Schule, Deutsch gilt in Rumänien als Eintrittskarte in die berufliche Karriere. Ob im Lenau-Lyzeum ein besonderes pädagogischen Konzept verfolgt wird? Da lächelt die Schulleiterin Elena Wolf, streicht die rosa Bluse glatt und gönnt sich einen Hauch von Stolz: „Unsere Schüler stellen Fragen. Und sie haben eine eigene Meinung.“ Was dringend gebraucht wird, sind deutschsprachige Lehrer, die allerdings bereit sein müssen, mit einem niedrigen Salär auszukommen.

Erst jetzt fällt auf, dass alle Gesprächspartner auf dieser Reise fließend deutsch sprechen, österreichisch und böhmisch gefärbt. „Paradeiser“ nennen sie hier die Tomaten, „Kasten“ ist ein Schrank. Deutsch wird hochgehalten, auch in der Redaktion der „Banater Zeitung“, wo die Redakteure aus einem einzigen Redaktionsraum mit wackeligen Stühlen heraus über alte Traditionen wie Kirchweihfeste berichten und schulterzuckend vermerken, dass längst auch die jungen Rumänen in Banater Trachten tanzen.

Und was ist mit der Zukunft der deutschen Minderheit, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in einem gewaltigen Exodus gen Deutschland aus-

wanderte? „Die suchst du auf dem Friedhof“, knurrt der Korrektor leise. Weniger als 40.000 Rumäniendeutsche sind es wohl noch, die im Lande leben. Die Zukunft der deutschen Sprache dagegen scheint gesichert.

Auch Lucian Varsandan, Chef des „Deutschen Staatstheaters Temeswar“, ist Lenau-Absolvent und erläutert uns seine Bühne in fließendem Deutsch. Zuerst ein Blick auf die Probebühne, wo junge Schauspieler Sprechtraining erhalten: „Ich schnarche schrecklich schön. Nein, Du schnarchst schrecklich schön“, deklamieren sie mit heiligem Ernst. 145 Plätze hat sein Theater, ein weiterer Spielort ist versprochen, der Spielplan reicht vom „Dschungelbuch“ bis zu Tschechows „Die Möwe“. Wie alle Theater muss auch er sich um sein durch Corona verschrecktes Publikum mühen. Seit wenigen Monaten läuft neben den rumänischen Untertiteln ein Band mit der englischen Übersetzung.

Ganz große Oper

Auf große Gesten setzt Operndirektor Christian Rudik, ein ausgebildeter Bariton. Mit wehendem Schal eilt er voran, zeigt den prächtigen Zuschauerraum, definiert das Repertoire („Das Haus eignet sich optimal für Mozart-Opern“) und verrät seinen Traum: ein Eröffnungs-Konzert mit dem Tenor Jonas Kaufmann. Die Träume in Temeswar fliegen hoch.

Zum Schluss noch ein Blick in die städtische Synagoge, wo sich die Gemeinde im Gedenken an die aus Temeswar stammenden Opfer des Olympia-Attentats von 1972 versammelt hat. In der ersten Reihe sitzt schon Bürgermeister Fritz, die Kippa auf dem Kopf. Der Opernintendant eilt mit wehendem Schal hinzu – man kennt sich in dieser Stadt. Auch der deutsche Chef von „Continental“, der für seine Mitarbeiter im Gewerbegebiet ein modernes Bürohaus hinstellen ließ, duzt den Bürgermeister.

Wenige Monate noch, dann ist der prächtige Dom mit seinen barocken Altären nach der Restaurierung sicher wieder eröffnet, das Kunsthau mit seiner Brancusi-Ausstellung auch, dann sind Oper und alle drei Staatstheater in vollem Betrieb, dann will Temeswar leuchten. Hin aus nach Europa, gern auch in die Welt.

● Reiseinformationen (auf Deutsch): www.temeswar.info. Kulturhauptstadt 2023 (Englisch): www.timisoara2023.eu



Goldener Prunk: Temeswars orthodoxe Kathedrale der Heiligen drei Hierarchen

FÜR SIE GELESEN

Gegen das Vergessen

Waltraut Strittmatter, geborene Apitz (18.8.1935–4.2.2003) lebte mit ihrer Familie bis zur Flucht aus Ostpreußen auf dem Landgut Aweyken bei Königsberg, auf dem ihr Vater Gutsverwalter war.

Ihr Ehemann, der Ingenieur Rolf Strittmatter, hat die hinterlassenen Aufzeichnungen seiner Frau als Büchlein mit dem Titel „Erinnerungen und Gedanken“ veröffentlicht. Darin enthalten sind neben ihren Briefen mit Stellungnahmen zu Themen der Heimatvertriebung die Erinnerungen Waltraut Strittmatters an ihre unbeschwerliche Kindheit im Samland.

Aufbruch in eisiger Kälte

Diese endete am 26. Januar 1945 abrupt mit dem Aufbruch in eisiger Kälte und extremen Erfahrungen auf der Flucht. Nach drei Wochen war die Mutter mit den beiden kleinen Töchtern in Schleswig-Holstein in Sicherheit. Der Vater war im Volkssturm umgekommen. 1952 siedelte die Familie nach Baden in die Gemeinde Reichenau am Bodensee um. Durch die Sparsamkeit ihrer Mutter war es Waltraut möglich, in Konstanz das Gymnasium zu besuchen und später auf der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg ein Lehramtsstudium abzuschließen.

Mit ihrem Ehemann und den beiden Söhnen zog sie später in die Bodenseeregion zurück, die für sie zur zweiten Heimat wurde. Erst im Alter wandte sie sich landsmannschaftlichen Tätigkeiten zu. Es hat sie sehr beschäftigt, dass die Anliegen der vertriebenen Organisationen ebenso wie Ostdeutschland immer stärker ins Abseits gerieten. *Dagmar Jestrzemski*

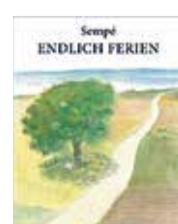
Waltraut Strittmatter, geb. Apitz aus Aweyken, Kreis Königsberg i. Pr.: „Erinnerungen und Gedanken“, Bezug: Rolf-D. Strittmatter, Im Scheibling 6, 69493 Hirschberg, Telefon: 06201/8443764, gebunden, 70 Seiten, kostenlose Abgabe

Zum 90. neu aufgelegt

Der am 11. August in Draguian verstorben französische Zeichner und Karikaturist Jean-Jacques Sempé ist bekannt geworden für seine ausdrucksstarken und feinsinnigen Illustrationen und Cartoons, die spitzfindig wie bei Loriot mit Worten, in kleinen Zeichenstrichen Menschliches zum Ausdruck bringen.

Sempé berührt und zaubert dem Betrachter ein Lächeln ins Gesicht. Seine Kinderbücher über den kleinen Nick und seine Bande stellen eine zeitlose und niedliche Lektüre dar, die gut dazu geeignet ist, sie als Sprachförderung beim Erlernen des Französischen in der Originalsprache zu lesen.

Anlässlich seines 90. Geburtstags ist das Buch „Endlich Ferien“ aus dem Jahr 1990 erneut aufgelegt worden. Es ist ein wunderschöner großformatiger Bildband, der jeden Beobachter begeistern wird. *Angela Selke*



Jean-Jacques Sempé: „Endlich Ferien“, Diogenes Verlag, Zürich 2022, gebunden, 84 Seiten, 36 Euro

BILDBAND DER WOCHE



FOTO: SHUTTERSTOCK

Auf Schritt und Tritt erwartet den Besucher der Stadt Schäßburg, rumänisch Sighișoara, die erst seit 1918 zu Rumänien gehört, Geschichte. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs war die von Siebenbürger Sachsen gegründete Stadt Teil des Königsreichs Ungarn. Professor Jürgen Henkel, Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, sowie der Fotograf und Theologe Martin Eichler gehen ausführlich darauf ein. *MRK*

Jürgen Henkel/Martin Eichler: „Schäßburg (Sighișoara). Eine Erkundung der „Perle Siebenbürgens““, Kunstverlag Josef Fink, Lindenbergs 2021, broschiert, 88 Seiten, 6 Euro

DYSTOPIE

Wenn in Europa die Lichter ausgehen

Vor zehn Jahren erschien Marc Elsbergs dystopischer Thriller „Blackout – Morgen ist es zu spät“ – Heute ist das Thema aktueller denn je

VON WOLFGANG KAUFMANN

Marc Elsberg, eigentlich Marcus Rafelsberger, ist ein österreichischer Bestsellerautor und legte 2012 den inzwischen allein im deutschsprachigen Raum fast zwei Millionen Mal verkauften Thriller „Blackout – Morgen ist es zu spät“ vor. In dem Roman wird von den katastrophalen Folgen eines zweiwöchigen flächendeckenden Stromausfalls in Europa erzählt.

Es gibt zwei Handlungsstränge. Zum einen schildert Elsberg, wie sich das Leben der Menschen in einer Welt ohne elektrische Energie von Tag zu Tag dystopischer und brutaler gestaltet. Zum anderen berichtet er von der Suche nach dem Verantwortlichen für den Blackout, wobei viele interessante Fakten rund um das Thema Stromversorgung zur Sprache kommen.

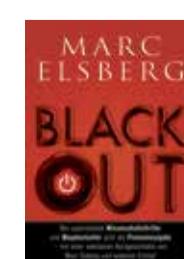
Vor zehn Jahren sorgte dieses Sujet noch für ein angenehmes Gruseln bei der Leserschaft, weil sich damals kaum jemand ernsthaft vorstellen konnte, in welche existenzbedrohende Krise uns die hanebüchene Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union eines Tages führen würden.

Nun ist das Kind offensichtlich in den Brunnen gefallen, und die Möglichkeit von ebenso gigantischen wie folgenschweren Blackouts schwebt im kommenden Winter wie ein Damoklesschwert über Europa. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung des Blanvalet-Verlags, den Roman in einer exklusiven Premium-Ausgabe mit

einigen Anhängen neu herauszubringen, durchaus begrüßenswert.

Zu den hinzugefügten Texten zählt die rund 50 Seiten lange Kurzgeschichte „Black Hole – 10 Jahre später“. Darin geht es um die langanhaltenden Auswirkungen eines großen Blackouts, die teilweise irreversibel sind. Allerdings hätte der Verlag auf einige Beiträge verzichten sollen. Das gilt für „Aus der Fachnische in die öffentliche Debatte“ von Armin Schuster. Denn der seit April 2022 nicht mehr amtierende frühere Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gilt als Mitverantwortlicher für das Totalversagen der Behörden bei der großen Flut in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli 2021 mit 186 Toten und hat daher seinen Ruf als Fachmann verspielt.

Ebenso muten die Rezepte für das „perfekte Blackout-Menü“ lächerlich an: Wenn die Menschen Tage oder gar Wochen ohne Strom auskommen und knallhart um ihr physisches Überleben kämpfen müssen, dann werden sie wohl kaum aus dünnen Gemüsesüppchen oder Schickimicki-Gerichten wie fruchtigem Currycouscous die nötige Energie ziehen können.



Marc Elsberg: „Blackout“, Blanvalet Verlag, München 2021, gebunden, 911 Seiten, 25 Euro

BIOGRAPHIE

Rückzug aus dem Politikbetrieb

Katja Suding war die Hoffnungsträgerin der Liberalen, bis sie sich 2021 ins Private zurückzog. In ihrem Buch „Reißleine“ schildert sie ihre Gründe

VON DIRK KLOSE

Sie hätte in der Politik ganz nach oben kommen können: Die 46-jährige Katja Suding war für die FDP 2011 in die Hamburger Politik gegangen, wurde dort rasch Landesvorsitzende und nach der Bürgerschaftswahl 2015, als ihre Partei wieder ins Parlament kam, Fraktionsvorsitzende. 2017 wechselte sie in den Bundestag, wo sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurde. Bald gehörte sie auch dem Bundesvorstand ihrer Partei an. Heute wäre sie sehr wahrscheinlich Mitglied im Bundeskabinett.

Aber plötzlich steigt sie aus. 2020 informiert sie zuerst den Parteivorsitzenden, dann ihren Hamburger Landesverband, dass sie 2021 alle ihre Ämter aufgeben und sich ins Privatleben zurückziehen werde. Entgeisterung, Zustimmung und Verständnis ringsum sind die Folge.

Die Autorin beschreibt in diesem sehr persönlich gehaltenen Buch „Reißleine“ ihren langsam „Abnabelungsprozess“. Ihre Ideale von einer liberalen und allen Menschen gleiche Chancen gebenden Politik sah sie in der FDP am ehesten verwirklicht. Mit Idealismus und Engagement stürzte sie sich ab 2010 in das politische Tagesgeschäft, was sie zwar rasch nach oben führte, aber zwangsläufig auch den strapaziösen politischen Alltag mit endlosen Sitzungen, Konferenzen, Reden und TV- sowie immer wieder Wahlkampfauftritten mit sich brachte.

Es liest sich überzeugend, wie gern und engagiert sie in den ersten Jahren in Ham-

burg und bald auch bundesweit für ihre Partei arbeitete. Ihr Schwerpunkt war die Bildungspolitik in Land und Bund. Aber schon bald merkt sie: „Das strahlende Lächeln ist den Kameras und den öffentlichen Auftritten vorbehalten. Bin ich allein mit mir, sinke ich oft in mich zusammen.“

Endgültig im Bundestag hören die nagenen Zweifel nicht mehr auf: Eine freie Gesellschaft braucht Menschen, die auch in ihrem Denken wirklich frei sind. Bald ist für sie klar: Ich höre auf. Im September 2020 gibt sie auf dem Landesparteitag der Hamburger FDP ihren Entschluss bekannt. Vorher hat sie Parteichef Christian Lindner informiert. „Wow“, ist dessen erste Reaktion, und dann: „Ich verstehe dich.“ FDP-Vize Wolfgang Kubicki ganz entgeistert: „Das kannst du doch nicht machen! Ohne dich macht es gar keinen Spaß mehr.“

Dieses so ehrlich, auch selbstkritisch geschriebene Buch mag man als Mahnung vor dem zermürbenden, oft leeren Politikbetrieb lesen, ja, als Mahnung vor dem Moloch überhaupt, der heute vielerorts herrscht. Freilich: Nehmerqualitäten, um in der Boxersprache zu reden, muss man wohl haben.



Katja Suding: „Reißleine. Wie ich mich selbst verlor – und wiederfand“, Herder Verlag, Freiburg 2022, gebunden, 256 Seiten, 22 Euro

BEOBACHTUNGEN IN KÖNIGSBERG

„Wie zu Stalins Zeiten“

Unbekümmertheit, Angst und Fluchtgedanken – Die Menschen gehen unterschiedlich mit der aktuellen politischen Lage um

VON ILJA GRIGORINSKIJ

Vor Kurzem habe ich Königsberg besucht. Einmal lief es mir heiß und kalt über den Rücken, als ich in einem Café unbedacht das Wort „Krieg“ aussprach. Dabei spielt es gar keine Rolle, dass ich den Ersten Weltkrieg meinte, denn in Russland ist heute nicht nur verboten, dieses Wort öffentlich auszusprechen, sondern auch das Wort „Frieden“. Denn wenn man von Frieden spricht, bedeutet das automatisch, dass man gegen Putins militärische Spezialoperation ist.

Damit ist man ein Feind des Vaterlandes, der die russische Armee diskreditiert. Und dafür wandert man ins Gefängnis. Es dauert nur ein paar Tage und das Urteil steht. Es gibt viele solcher Beispiele. Es gibt Fälle von der Verfolgung und Bestrafung von Menschen in der Königsberger Region: Sie kamen zu einer erlaubten Protestdemonstration mit einem leeren (!) Blatt Papier in der Hand – leer auf beiden Seiten – und wurden von der Polizei oder der Nationalgarde (Rosgwardia) festgenommen.

„Krieg“ und „Frieden“ verboten

Ich muss sagen, dass die Demonstrationen und Kundgebungen bis zum Tag vor Putins Teilmobilmachung immer kleiner wurden. Als Protestler die Freilassung von Alexej Nawalny forderten, waren es noch Hunderte Teilnehmer, danach waren es nur noch Dutzende. Die Menschen haben Angst. Es ist wie zu Stalins Zeiten. Ich war jeden Tag im Café, traf Bekannte und Freunde. Alle warnten mich. „Ilja, halt den Mund, es ist fast wie 1937. Aus der Ukraine werden Särge mit den Leichen junger Menschen gebracht – die Beamten bezeichnen sie als Helden. Aber wofür sind diese Leute gestorben? Hat jemand ihr Heimatland angegriffen, wollte es ihnen wegnehmen?“

Ich habe mir die Bewohner Königsbergs angesehen. Die jungen Leute sehen



Straßenszene in Königsberg: Junge, mittlere und ältere Menschen, teils unbekümmert, teils mit Angst vor der Zukunft Foto: J.T.

gut aus: Sie lachen, scherzen, eilen ihren Geschäften nach. Alle sind gut gekleidet, die jungen Frauen sind geschminkt. Sie sprechen ein reines Russisch, es gibt fast keinen Jargon, man ist kultiviert. Ich habe auch englische Wortfetzen gehört. Die Jungen üben. Sie sagen offen: „Ja, ich will weg, gut leben und Geld verdienen. Hier gibt es wenig Perspektiven.“

Kaum ein Lächeln zu sehen

Bei der mittleren Generation sieht man nur wenige Leute lächeln. Stellt man ihnen eine Frage, dann schauen sie einen genau an: Gibt es eine Gefahr, ist er vielleicht von den Organen für innere Ange-

legenheiten? Sie stehen an Bushaltestellen und wechseln kein Wort miteinander. Vor 20 Jahren war das nicht so, die Leute waren freundlicher.

Übrigens ist der Stadtverkehr sehr gut ausgebaut. Es dauert nur wenige Minuten, bis ein Trolleybus, eine Straßenbahn oder ein Taxi kommt. Viele teure Automarken stehen in Staus, aber die Fahrer sind höflich. Wie überall gibt es wohlhabende Leute.

Die Gesichter der älteren Generation wirken verschlossen. Viele haben die Mundwinkel nach unten gezogen, ein Schatten der Besorgnis liegt auf ihren Gesichtern. Ich treffe Bekannte. Wir

sprechen zuerst über die Rente und über Krankheiten – das Geld ist knapp, aber Krankheiten sind reichlich vorhanden – und erst dann über die Kinder und Enkelkinder. Viele von ihnen sind altmödisch gekleidet. Es ist offensichtlich, dass ihre Garderobe schon lange nicht mehr erneuert worden ist. Sie halten ihre Taschen fest umklammert. Einige Ältere, vor allem Frauen, stehen mit leeren Händen da. In den Geschäften und auf den Lebensmittelmarkten gibt es reichlich Lebensmittel, aber die Preise steigen und steigen. Viele Rentner kaufen nur wenig Butter, Gemüse, Fisch und Fleisch. Die Produkte werden vor Ort erzeugt –

die Region versorgt sich inzwischen selbst mit Lebensmitteln. Die landwirtschaftlichen Produkte sind gut. Es reicht nach Natur und nach vertrauten Geschmäckern aus der Kindheit ...

Ich habe mit älteren Menschen gesprochen, die emotional und leidenschaftlich ihre Ängste zum Ausdruck brachten: Was wird morgen passieren? Nur wenige Menschen blicken zuversichtlich in die Zukunft. Sie befürchten, dass das Geld nicht für die Wohnung oder für das Nötigste zum Leben reichen wird. In ihren Augen liegt ein gewisser Groll: „Wie kommt es, dass ich so viele Jahre lang ehrlich gearbeitet habe, warum bin ich jetzt in dieser Position?“ Es gibt keine Antwort, weder von Verwandten, noch von Zeitungen, Politikern oder dem Fernsehen.

Was wird morgen passieren?

Ich muss ergänzen, dass es auf den Straßen eine ganze Reihe von Autos mit deutschen Nummernschildern gibt. Unter ihren Besitzern befinden sich oft vierzigjährige Männer – Deutschstämmige aus Kasachstan oder Sibirien (Spättausiedler) –, die bereits beschlossen haben oder darüber nachdenken, dauerhaft in die Region zu ziehen. Sie bauen und kaufen Häuser in Dörfern (nicht in Städten).

Eine andere Besucherkategorie sind der deutsche Ehemann und die russische Ehefrau. Diese Leute fahren meist einfach ans Meer, in den Urlaub. Die Haltung der Einheimischen gegenüber Menschen beider Kategorien ist wohlwollend und ruhig.

Ich hätte noch ein paar Tage bleiben können, es war noch Zeit, aber ich beschloss früher abzureisen. Ein russisches Sprichwort besagt, dass man nicht mit dem Feuer spielen solle, um auf der sicheren Seite zu sein. Und als ich die russisch-polnische Grenze überquerte, atmete ich erleichtert auf: Das war's, ich muss nicht mehr über jedes Wort nachdenken.

KÖNIGSBERGER GEBIET

Reisen in schwieriger Zeit

Im Frühsommer reiste der Autor mit seiner russischen Ehefrau nach Ostpreußen – Teure Lebensmittel, günstige Energiepreise

Als Nachfahre von Ostpreußen bin ich seit 2010 schon 60 Mal im Königsberger Gebiet gewesen und habe dort mittlerweile zwei Jahre meines Lebens verbracht. 2015/2016 erwarb ich eine Wohnung im Litauer Wall mit Blick auf die Lomse. Im August 2018 habe ich Marija, geboren in Wehlau [Znamensk], kennengelernt, und wir haben im April 2019 in Königsberg geheiratet. Am 6. Juni vergangenen Jahres wurde unser Marjelchen Viktoria (Vika) Friederike geboren, das uns seither bei unseren Reisen begleitet. Als Familie führen wir einen Wohnsitz im Westerwald und den zweiten in Königsberg. Beruflich bin ich noch an den Westen gebunden, aber wer kennt schon seine Zukunft?

Ich bin für die Preußen-Stiftung Tolkenita, die Prussia-Gesellschaft, die Kreisgruppe Bonn der Landsmannschaft Ostpreußen und den Förderkreis Kirche Tharau aktiv und habe vor der Corona-Pandemie für diese Kontakte nach Königsberg unterhalten. Es hatten sich gute Kontakte zu den damaligen Museumsdirektoren des Historischen Museums, des Museums Friedländer Tor und Königstor sowie des Bernsteinmuseums entwickelt. Diese Kontakte wurden durch die zwi-

schenzeitlichen Reiseschwierigkeiten unterbrochen.

Seit dem 15. Juli steht der Reiseverkehr nach Russland jedem wieder offen, und die russischen Konsulate erteilen Visa. Allerdings sind aktuell nur Einreisen auf dem Landweg möglich. Vika und ich haben als Familienangehörige von Marija unbeschränkte Jahresvisa. Unsere nach Corona dritte Reise in die Russische Föderation führte uns nach Königsberg, Wehlau, Friedland, Cranz und Moskau.

Einige Eckpunkte zur Situation

Der Spritpreis lag zur Zeit unserer Reise umgerechnet um die 70 Cent, der Wechselkurs Euro/Rubel lag bei 1:65 bis 1:70. Die privaten Wechselstuben sind verschwunden. Wechseln bei den Banken ist problemlos möglich.

In den Supermärkten gab es alles im Überfluss. Speiseöl, Zucker, Mehl, Toilettenpapier etc. sind in großer Auswahl erhältlich. Allerdings erreichen mehr Produkte als früher deutsches Preisniveau. Die „Privatsanktionen“, unter anderem von H&M, Chanel oder McDonalds, sind kaum zu bemerken. Das Fehlen von McDonalds dürfte die Gesundheit steigern. Die Kosten für unsere Wohnung am Li-



Fein herausgeputzt: Im heutigen Königsberg erinnert man sich an die deutsche Geschichte der Stadt und berücksichtigt das bei der Gebäudesanierung Foto: J.R.

tauer Wall sind gering. Der Jahresbetrag für Gas ist günstiger als ein Essen im Restaurant. Strom ist noch billiger.

Wir sind in der Russischen Föderation überall freundlich aufgenommen worden. Man ist Deutschen gegenüber weiterhin aufgeschlossen. Im Königsberger Gebiet sind Deutsche oft als Landwirte aktiv. Einige Italiener, die zunächst in West-

deutschland lebten, führen in Königsberg Eiscafés und Restaurants. Inneneinrichtungen von Cafés und Restaurants werden häufig mit alten Fotos aus deutscher Zeit dekoriert.

Deutsche Produkte lassen sich überall erwerben. Auch für russische Produkte werden oft deutsche Namen verwendet, zum Beispiel für in der Russischen Föde-

ration gebrautes Bier. Viele Güter, die zum Verkauf angeboten werden, stammen wie bei uns aus China.

In Königsberg und den Badeorten herrscht hohe Bautätigkeit an großen Wohnkomplexen. Viele davon, beispielsweise das „Rossgarten“ am Schlosssteich neben der Stadthalle, tragen stilistische Anleihen bei historischen Königsberger Gebäuden. Erfreulich ist, dass der Zustand deutscher Gebäude und Denkmäler oft verbessert wird. Beispielsweise wurde das vom Verfall bedrohte Tor zum Löbenichter Hospital in Privatiniziativ grundsanierter und in augenscheinlich sehr guten Zustand versetzt (die PAZ berichtete).

Mit dem Flugzeug reisten wir weiter nach Moskau. Die Eindrücke sind jedoch zu groß, um sie hier nur kurz zu schildern. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir dort das Münchener Restaurant „Spalten Haus“ in der Tomskaja und die Hilfsbereitschaft der Moskowiter.

Die sichtbare, jedoch zurückhaltende Polizeipräsenz in den Zentren von Königsberg und Moskau haben wir als angenehm empfunden. Wir wurden weder selbst kontrolliert noch haben wir Personenkontrollen beobachtet.

Joachim Ruhnau

● AUFGESCHNAPPT

Männer haben, vielleicht abgesehen vom Skattisch, derzeit kaum irgendwo gute Karten. Ein weiterer Negativposten ist hinzugekommen. Laut einer im November vergangenen Jahres publizierten Studie wurde festgestellt, dass Männer durchschnittlich 41 Prozent mehr zum Klimawandel beitragen als Frauen – und zwar durch ihren höheren Fleischkonsum. Wie Daniel Cox, der Kampagnenleiter der „Tierrechtsorganisation“ PETA, gegenüber der „Bild“-Zeitung erklärte, sei es nun an den Frauen, dagegen anzugehen. Der rührige Aktivist legte auch dar, wie sie das bewerkstelligen könnten. Um nichts weniger zu tun als „die Welt zu retten“, sollten die Frauen „in den Sex-Streik gehen“. Da würden sie schon sehen, wo sie bleiben, die mit der Grillzange hantierenden „Vorstadt-Väter, die 70-Cent-Würstchen ... brutzeln“. Neben dem entgangenen Vergnügen wäre auch gleich der Nachwuchs reduziert, der ja ebenfalls das Klima belastet. Denn, so Cox, jedes ungeborene Kind spare „58,6 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr“.

E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

In einem offenen Brief an die Bundesminister macht die Berliner Unternehmerin Judith Flora Schneider ihrem Ärger über die Politik Luft und hebt dabei unter anderem hervor:

„Es sind nicht die von Ihnen gerne und in einer Endlosschleife zitierten Rechtsextremen, die hier delegitimierend (was für eine fürchterliche Begrifflichkeit, die Sie sich zu Eigen gemacht haben) und antidemokatisch agieren. SIE sind es, Sie haben alles zerstört, was friedvolle, ruhige, stille und leistungsfähige Bürger dieses Landes aufgebaut haben und mittlerweile Ihre politischen und egomaniichen Aktivitäten viel zu lange über sich haben ergehen lassen.“

Johannes Boie rechnet in der „Bild“-Zeitung (23. September) mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ab:

„Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs droht ein Stromengpass! Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden viele Bürger frieren, weil sie die Heizung nicht mehr bezahlen können! Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs regiert ein Minister, dem seine Ideologie über das Anliegen der Menschen geht. Habeck ist gegen alles, was helfen kann, von Atomkraft bis Fracking.“

Ist „Putins Krieg“ tatsächlich die Wurzel unserer Probleme? SPD-Urgestein Klaus von Dohnanyi setzt gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ (23. September) ganz andere Akzente:

„Drei Krisen treffen aufeinander. Klimakrise, Pandemie und nun der Ukrainekrieg. Letzterer brachte den Bruch. Nicht weil Putin vertragsbrüchig wurde, sondern weil wir auf einen Einfuhrstopp von Gas und Öl aus Russland hinauswollten, Energiesanktionen verhängten und nun vor den Trümmern unserer Politik stehen.“

Uwe Brunk, Manager in der Chemiebranche, äußert im Gespräch mit der „Wirtschaftswoche“ (26. September) die Befürchtung, dass große Teile der deutschen Chemie-Industrie sehr bald zusammenbrechen oder ins Ausland abwandern werden:

„Die Bedrohung ist existentiell. Eine solche Dramatik wie jetzt habe ich in meinem über 30-jährigen Berufsleben noch nicht erlebt. Die hohen Energiepreise erdrücken uns. Wenn man verhindern will, dass große Teile der Chemieproduktion nach Asien abwandern, muss die Regierung jetzt sofort handeln.“

Gabor Steingart betrachtet im „Focus“ (26. September) einen Aspekt der italienischen Rechten, der in der deutschen Rechten eher wenig beachtet wird:

„Sie betrachten ... Deutschland als großen Geldautomaten, der sie mit Zuschüssen und Krediterächtigungen aus Brüssel und frischem Geld aus Frankfurt bei Laune hält.“

● WORT DER WOCHE

„Es ist die Merkel-CDU, die sich unter Friedrich Merz keinen Nanometer in die richtige Richtung gewandelt hat.“

Mario Thurnes bei „Tichys Einblick“ am 26. September

DER WOCHENRÜCKBLICK

Erfolg durch Scheitern

Wie die Erderwärmung den „Klimaschutz“ rettet, und weshalb Habecks Mitarbeiter krank werden

VON HANS HECKEL

Der Mann ist alarmiert: „Teils ist es erst ein Schwellbrand, teils brennt schon die Hütte. In jedem Fall ist die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft in Gefahr, es drohen Dauerschäden“, warnt „AKW nee!“-Minister Robert Habeck vor den Folgen seiner eigenen Politik. Trotz dieser Einsicht hält er zäh am Atomausstieg fest und will bloß einen „Streckbetrieb“ von zwei Meilern zulassen, den die Fachwelt für kaum realisierbar hält. Parallel hat Habeck die Bedingungen für das Wiederanfahren von Kohlekraftwerken so stricken lassen, dass der Schritt für die Betreiber wirtschaftlich möglichst unattraktiv erscheint.

Und nun also „brennt die Hütte“ und es „drohen Dauerschäden“. Was ist das? Dr. Jekyll und Mr. Hide am Kabinettstisch? Klingt ganz schön gruselig – aber an solche und ähnlich frappierende Widersprüche werden wir uns wohl gewöhnen müssen. Denn die Realität platzt mit nie gesehener Wucht und Schnelligkeit ins grün-ideologische Wolkenkuckucksheim, wo deshalb Wunsch und Wirklichkeit zu einer bizarren Melange verkleben.

Wie bizarr es werden kann, hat Habeck uns selbst vorgeführt. Der Klimaschutzminister hofft, das wir in der kalten Jahreszeit „ein bisschen Glück mit dem Wetter haben“. heißt: Nur wenn wir einen überdurchschnittlich milden Winter erleben, könnte es sein, dass uns die Abschalt-Orgien der Energiewende nicht auf die Füße fallen.

Blättern wir kurz zurück: Milde Winter galten den Klimakämpfern bislang als Beleg für die nahende „Klimakatastrophe“. Der Kampf galt also dem Erhalt der „richtigen“, der kalten Winter mit Frost und Schnee. Wenn Habeck jetzt auf einen gewissermaßen „klimaerwärmten“ Winter hofft, heißt das nichts anders als: Sein Klimaschutz kann nur funktionieren, wenn er sein Ziel verfehlt und die Erwärmung kommt. Dahingegen scheitert die grüne Energiewende, wenn sie ihr Ziel erreicht und die Erwärmung ausbleibt.

Da kann einem schon schwindelig werden. Und das wird es auch: Beim Kongress des Bundesverbandes der Deutschen Industrie erzählte Habeck, wie hart es seine Mitarbeiter im Ministerium erwischt habe: „Es ist jetzt kein Scheiß, den ich erzähle: Die Leute werden krank. Die haben Burnout, die kriegen Tinnitus. Die können nicht mehr.“ Das können wir gut nachvollziehen: Wochenlang

mussten die Armen an einer „Gasumlage“ basteln, um dann zu erfahren, was für ein „Sch...“ dabei herausgekommen ist, und dass sie daher völlig umsonst gerackert haben. Fürwahr, so etwas kann krank machen.

Auch andere Eingebungen der Regierung haben das Zeug zu einem echten Gesundheitskiller. Sie erinnern sich: Kurz nachdem verkündet wurde, dass wir gar kein Stromproblem hätten, kam eine Außenbeleuchtungsverordnung über das Land. Geschäfte, Gastronomie und frei herumstehende Werbetafeln sollen von 22 bis 16 Uhr nicht mehr illuminiert werden dürfen.

Das spart so viel Strom, wie 40.000 Haushalte verbrauchen, ward uns stolz beschieden. Nun, die drei Atommeiler können zusammen 20 Millionen Haushalte bestromen, das fünfhundertfache. Während wir auf die AKWs verzichten können, muss es auf der Straße unbedingt dunkel werden. Aber es wird noch besser: Aus der Werbebranche verlautet, dass die Tafeln bislang per Dämmerungsschalter an- und ausgehen. Der müsse mit der neuen Verordnung durch eine Zeitschaltuhr ersetzt werden. Wegen des Mangels an Material und Handwerkern könnte es bis Februar dauern, bis alle Tafeln umgerüstet seien. Dann aber sollte die Verordnung eigentlich auslaufen.

Sparsames Heizen soll bestraft werden

Und zum Schluss kommt es noch dicker: Die Beleuchtung der Werbeträger erzeugt bislang auch die Wärme, die verhindert, dass die Tafeln bei zu großer Kälte Schaden nehmen. Bei ausgeschaltetem Licht müssten sie daher zusätzlich beheizt werden, was ein Vielfaches der für die bisherige Beleuchtung nötigen Energie verbraucht. Burnout im Ministerium? Kein Wunder.

Richtig bunt wird es, wenn es nicht nur „ökologisch“, sondern auch „sozial“ zugehen soll. Dann gilt es nämlich, die Umwelt zu schonen und die „Reichen“ zu plündern. Zu den besonders verhassten „Reichen“ zählen bekanntlich die Vermieter.

Die sollen bei den Heizkosten heftiger zur Ader gelassen werden, wenn sie ihre Mietkabschlämmen nicht ordentlich gegen Kälte isoliert haben und weniger, wenn sie ihren Dämmpflichten brav nachgekommen sind. Im letzteren Fall zahlen die Mieter einen höheren Anteil. So will es der Entwurf zur „CO₂-Umlage“, die ab nächstem Jahr eingetrieben werden soll.

Wenn die Werbetafeln nicht mehr beleuchtet werden dürfen, muss man sie beheizen, was viel mehr Energie verbraucht

Aber wie misst man die Wärmedämmung aller Mietwohnungen, ohne jede Einzelne unter die Lupe nehmen zu müssen, was verwaltungstechnisch kaum zu leisten wäre? Na, man betrachtet einfach den bisherigen Heizaufwand der Mietparteien. Wenn der gering ist, gilt die Wohnung als energieeffizient, und wenn er hoch ist, als unzulänglich isoliert – woran ja dann der Vermieter schuld wäre, der dann auch zahlen soll.

Oder? Nicht ganz: Ein Mieter, der aus Sparsamkeit seine schlecht gedämmte Wohnung nur ganz bescheiden beheizt hat, geht als „gut gedämmt“ durch und muss deutlich mehr blechen als der andere, der trotz hocheffizienter Isolierung draufgeheizt und die Temperatur durch häufiges Fensteröffnen reguliert hat. Ist das nicht einen Tinnitus wert?

Robert Habeck lässt sich von derlei Nickeleigkeiten aber nicht vom Kurs abbringen. Auf Plakaten umwirbt er mittelständische Unternehmen, auf „erneuerbare Prozesswärme“ umzusteigen, und winkt mit Fördergeld. Auf dem Schaubild des Wirtschaftsministeriums lacht uns eine herhaft strahlende Bäckerin-Darstellerin an.

Geknickt wird bekanntlich eher nachts, wenn der Mond die „erneuerbare“ Sonnenenergie volle Pulle auf die Erde reflektiert und die Solarpaneele zum Glühen bringen. Wie sagte Habeck? „Die können nicht mehr.“ Ja, das glauben wir dir, Robert.

Verdammt noch mal, gibt es in dem Ministerium keine echten Fachleute mehr, die solchen Unsinn verhindern? Doch, die gibt es, aber die leben gefährlich. Zwei leitende Beamte im Hause Habeck hatten frühzeitig auf die verheerenden wirtschaftlichen Folgen der Sanktionspolitik gegen Russland hingewiesen. Ergebnis: „Habecks Vertraute“, so die „Zeit“, haben den Verfassungsschutz auf die beiden gehetzt – Verdacht der Spionage für Moskau. Habecks Staatssekretär Patrick Graichen warf den Spitzenbeamten vor, eine Linie vertreten zu haben, die meilenweit von der Linie ihres Ministers abgewichen sei. Das reichte ihm offenbar für die Einschaltung des Geheimdienstes

Die Ermittlungen endeten erwartungsgemäß ergebnislos. Doch der Warnschuss saß: Jetzt wissen alle Fachleute im Habeck-Haus, dass offen eingeräumte Sachkenntnis für sie gefährlich werden kann. Dass man besser Gehorsam übt und jeden Mist stoisch mitmacht. Und Deutschland weiß, mit welchen Methoden es regiert wird.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de